

RELIGION & GESELLSCHAFT

IN OST UND WEST

Weihnachtslektüre

Zehn Artikel aus zehn Jahren (2011–2020)



Jens Herlth: Russland als „Reich des Bösen“ im polnischen Geschichtsdenken

Monica Rüthers: Juden in Osteuropa und „Ostjuden“ in den Köpfen

Christian Giordano: Multikulturelle Urbanität am Schwarzen Meer

Viktor Stepanenko: Abschied von der postsowjetischen Politik in der Ukraine

Heike Karge: Virulente Vergangenheit. 20 Jahre nach dem Völkermord von Srebrenica

Fabian Lüscher, Stefan Guth: Tschernobyl 1986 – ein ganz normaler Unfall?

Mariya Y. Omelicheva: Die Instrumentalisierung des Islam in Zentralasien

Frithjof Benjamin Schenk: Das Ende der Imperien und die Folgen für das östliche Europa

Julija Nabereschnaja: Das Weltnaturerbe „Westkaukasus“ in Gefahr

Devin E. Naar: Thessaloniki – das „Jerusalem des Balkans“

Herausgeber: **Institut G2W**

Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft in Ost und West

Zürich 2020 www.g2w.eu

Jens Herlth

Russland als «Reich des Bösen» im polnischen Geschichtsdenken

Der Flugzeugabsturz von Smolensk am 10. April 2010, bei dem der polnische Präsident und andere hochrangige Persönlichkeiten ums Leben kamen, hat ein Schlaglicht auf das schwierige polnische-russische Verhältnis geworfen. Das Bild Russlands als Ursache alles Bösen ist im kulturhistorischen Gedächtnis Polens tief verwurzelt. Der Autor spürt in diesem Essay den literarischen Traditionen des dämonisierten Russland-Bildes nach. – R. Z.

Als ich am 10. April 2010 vom Absturz der polnischen Präsidentenmaschine im russischen Smolensk erfuhr, war ich gerade dabei, einen Vortrag zu Ende zu schreiben, den ich wenige Tage später in Poznań/Posen an einer Konferenz zum «Bild Russlands in der polnischen Literatur» halten sollte. Schon aus der ersten lakonischen Meldung des Unglücks sprach eine derart machtvolle Symbolik, dass man sie jedem Film oder Roman wohl als zu dick aufgetragen angekreidet hätte: Ausgerechnet in Russland und dazu noch ausgerechnet in der Gegend von Katyn, dem bei Smolensk gelegenen Ort eines durch den sowjetischen Geheimdienst ausgeführten Massakers, dem im Frühjahr 1940 ca. 22 000 polnische Kriegsgefangene zum Opfer gefallen waren,¹ stürzte die Maschine russischen Typs ab. Darin befanden sich der Staatspräsident, seine Frau und zahlreiche hochrangige Vertreter von Politik und Militär auf dem Weg zu einer Gedenkfeier aus Anlass des 70. Jahrestags des Verbrechens. Polen befand sich für Tage und Wochen in Schockstarre; über die Grenzen der politischen Lager hinweg trauerte man um die in Smolensk zu Tode Gekommenen.

Russland als *black box*

Zwei Tage nach dem Absturz erhielten die Konferenzteilnehmer eine E-Mail von den Organisatoren: Man sei mit dem Rektor der Universität übereingekommen, die Konferenz trotz des tragischen Ereignisses wie geplant durchzuführen. Also arbeitete ich weiter an meinem Manuskript und verfolgte dabei im Internet die Berichterstattung über die Untersuchung der Ursachen des Absturzes. Den genauen Titel meines Vortrags hatte ich bereits im Oktober zuvor nach Poznań gesandt. Er lautete: «Russland – die *black box* des polnischen Katastrophismus». Mir war bewusst, dass dieser Titel ein Stirnrunzeln bei den Zuhörern hervorrufen würde. Doch die Grundgedanken, so hoffte ich, würden sich überzeugend darstellen lassen: In der polnischen Kulturgeschichte gibt es Phasen, in denen Dichter,

Schriftsteller, Philosophen oder Publizisten pessimistische Zukunftsvisionen entwerfen, zukünftige Katastrophen beschwören, die eigene Gesellschaft und Nation vor dem (erneuten) Untergang warnen wollen. Ich hatte mich mit diesem Phänomen intensiv befasst, und mir war aufgefallen, dass in frappierend vielen Fällen der Ausgangspunkt dieser bedrohlichen Tendenzen in Russland angesiedelt wird. Die seit den polnischen Teilungen des späten 18. Jahrhunderts vor allem von russischen Hegemonialbestrebungen geprägte gemeinsame Geschichte spielt da durchaus eine Rolle. Doch die Katastrophenvisionen der polnischen Dichter lösen sich bewusst von der historischen Erfahrung und dämonisieren Russland, machen es zu einem Reich des Bösen. Die Spur zu den Ursachen verliert sich dann in seinem Schatten. Russland als *black box*, das sollte in meinem Vortrag nun heißen: Es gibt eine spezifische Tendenz im polnischen Geschichtsdenken, verhängnisvollen und potentiell katastrophalen sozialen oder politischen Entwicklungen einen Ursprung in Russland zuzuweisen, ohne dass dabei gesagt würde, wo und wie genau diese Entwicklungen in Russland entstehen.

Noch im Oktober hatte ich überlegt, ob ich wohl das englische Wort im Titel belassen könnte, hatte dann aber herausgefunden, dass man im Polnischen in diesem Zusammenhang von *czarna skrzynka* spricht. Also machte ich Russland zum «schwarzen Kasten» des polnischen Katastrophismus. In den Berichten über Smolensk und die Folgen tauchte nun dasselbe Wort in einem ganz anderen Zusammenhang auf: «Schwarzer Kasten gefunden», las ich und stutzte, bevor mir einfiel, was ich über meinen Untersuchungen zur Geschichtsphilosophie der polnischen Dichter und Denker schlicht vergessen hatte – dass mit *black box* natürlich auch im Polnischen vor allem der Flugschreiber gemeint ist. Unter dem frischen Eindruck des Unglücks von Smolensk musste mein Vortragstitel wie eine unerhörte Provokation klingen. Doch für eine Änderung war es natürlich schon zu spät: Die Plakate und Programme waren längst gedruckt. So bereitete ich mich also darauf vor, den Konferenzteilnehmern zu erläutern, dass ich die Katastrophe vom April nicht vorhersehen konnte und dass ich den makabren Doppelsinn meines Vortragstitels sehr bedauerlich fand.

Nach meinem Vortrag zeigte mir der Organisator der Konferenz ein langes Interview, das der Reporter einer Lokalzeitung mit ihm geführt hatte. Der ganzen Konferenz wurde durch die neuerliche tragische Einfärbung der Katyn-Problematik eine ungewöhnliche Aufmerksamkeit zu Teil. In der abschließenden Frage des Interviews brachte der Journalist mit einiger Entrüstung den «schockierenden» Titel eines der Konferenzbeiträge zur Sprache – mein Kollege konnte mit dem Verweis auf die lange Vorlaufzeit derartiger Anlässe den Verdacht einer bewussten Provokation entkräften.



Illustration von Honoré Daumier zur Londoner Konferenz von 1832: Die Frau auf dem Boden symbolisiert Polen, niedergedreten vom russischen Bär.



Porträt des Dichters der polnischen Romantik Graf Zygmunt Krasiński (1812–1859) von Władysław Walkiewicz (1833–1900).

Wenn man sich freilich vor Augen hält, welche Rolle der Absturz von Smolensk und damit auch der Flugschreiber der Präsidentenmaschine in den Stunden, Tagen und Monaten nach dem 10. April 2011 in den politischen Debatten und den verschiedenen Internetforen gespielt haben, dann zeigt sich, dass meine Anwendung des systemtheoretischen Begriffs der *black box* auf bestimmte Tendenzen der polnischen Russland-Wahrnehmung eine gewisse Berechtigung bekam. «Ausgerechnet» war natürlich nicht nur mein eigener erster Gedanken gewesen, als ich davon erfahren hatte, wer hier zu welchem Anlass und an welchem Ort ums Leben gekommen war. Reflexartig reagierten nationalistische Kreise sogleich mit dem Verdacht einer Orchestrierung der Geschehnisse durch russische Geheimdienste. Und wie zumeist in solchen Fällen war von der ersten Äußerung des Verdachts an klar, dass er durch keine noch so wasserdichte Falsifikation je aus der Welt zu schaffen sein würde. Dies umso mehr, als die Tendenz zur Wahrnehmung Russlands als Ursprungsort eines geradezu metaphysischen Bösen in der polnischen Kulturgeschichte tief verwurzelt ist. Und Lech Kaczyński, der konziliantere und charismatischere der Kaczyński-Zwillinge, war als polnischer Staatspräsident der Exponent einer Partei, die in den Jahren seit ihrer Gründung im Jahr 2001 mit einer durch nationale Mythen befeuerten Rhetorik die polnische Politik bestimmt hatte. Die Gedenksendungen, die in den Tagen nach seinem Tod im polnischen Fernsehen liefen, zeigten auch noch einmal seinen denkwürdigen Auftritt während des russisch-georgischen Krieges im August 2008 in Tbilissi. Auf Polnisch rief Kaczyński dort in die Menge: *«Wir sind hier, um den Kampf aufzunehmen. Zum ersten Mal seit längerer Zeit haben unsere Nachbarn im Norden, – für uns ebenfalls im Norden und im Osten – das Gesicht gezeigt, dass wir seit Jahrhunderten von Jahren kennen.»*

Kein Wunder, dass nun ein russisches Komplott hinter seinem Tod vermutet wurde. Indes, die genaue Beweiskette dieser Vermutung wird für immer in der imaginären *black box* der polnischen Russland-Wahrnehmung verschlossen sein – anders als die echte *black box*, die bald gefunden und (von russischen Experten) analysiert wurde. Ein Erinnerungsort des polnischen Martyriums im 20. Jahrhundert, das noch immer von romantischen Denkmodellen geprägte polnische Geschichtsdanken, die nationalistische Rhetorik und das tagespolitische Kalkül der Kaczyński-Partei «Recht und Gerechtigkeit», dann die russische Maschine, die russischen Fluglotsen und die russische Flugüberwachung – hier wurde mit den realen Fakten ein Bau-satz für Verschwörungstheorien mitgeliefert.

Erinnerungspolitische Konflikte nach Smolensk

Dies wurde mir erst während der Rückreise klar: Ich hatte viel Zeit, denn wegen des Vulkanausbruchs in Island waren alle Flüge aus Poznań annulliert worden, und so musste ich mit dem Zug zurück in die Schweiz fahren (hier zumindest war keine Verschwörung zu vermuten – auch wenn in der Imagination der polnischen Roman-

tiker die unterirdisch pulsierende und dann plötzlich hervorbrechende Lava eine Metapher für revolutionären Aufruhr sein kann). Am Bahnhof hatte ich mich mit Presseerzeugnissen verschiedener politischer Orientierungen eingedeckt: Es war der 17. April, der Tag, an dem die Feierlichkeiten zur Beisetzung Kaczyńskis begannen. In der Presse waren die Opfer des Absturzes zu «Gefallenen» geworden, und das Präsidentenehepaar sollte in der Krypta der Wawel-Kathedrale in Krakau beigesetzt werden, neben polnischen Königen und anderen bedeutenden Figuren wie den Dichtern Juliusz Słowacki und Adam Mickiewicz oder Marschall Józef Piłsudski (s. G2W 6/2010, S. 7).

Mit einer gewissen Erleichterung las ich, dass es in einigen polnischen Städten zu Demonstrationen gegen die Entscheidung von Kardinal Dziwisz von Krakau (des früheren Sekretärs von Johannes Paul II.) gekommen war, das Begräbnis in der Wawel-Kathedrale zu erlauben. Das Argument: Kaczyński habe keine nennenswerten politischen Erfolge aufzuweisen gehabt; er wäre eine episodische Figur der polnischen Politik geworden, wenn nicht eine Verkettung unglücklicher Umstände seinen Tod in ein Bad nationaler Symbolik getaucht hätte. Die Kirche dürfe sich nicht in dieser Weise in das politische Geschehen einmischen, und sie solle sich auch nicht zum Instrument eines kurzfristigen populistischen Kalküls machen.

Schon am Morgen, noch auf dem Weg zum Bahnhof, hatte ich bemerkt, dass es eine Diskrepanz zwischen der offiziell annoncierten Pietät und der Wirklichkeit gab: Für 8:56 Uhr – genau eine Woche nach dem Zeitpunkt des Absturzes – war eine Schweigeminute angesetzt worden. Ich hatte zuvor noch überlegt, ob ich auch innehalten sollte, wenn, wie ich erwartete, für diesen Moment alle Polen um mich herum in stiller Trauer verharren würden. Doch alles, was ich auf meinem Weg von der Schweigeminute bemerkte, war das Geheul der Sirenen; Autofahrer und Passanten setzten ihren Weg ungerührt fort.

Wer das Geschehen der folgenden Wochen bis zum Wahlsieg des derzeitigen polnischen Präsidenten Bronisław Komorowski gegen Jarosław Kaczyński bei den Wahlen im Sommer 2010 verfolgte, der konnte sich davon überzeugen, dass die Katastrophe von Smolensk alsbald in den gewöhnlichen Kreislauf tagespolitischer Auseinandersetzungen eingespeist wurde. Mal wurden die Politiker des liberalen Lagers um den Premierminister Donald Tusk und den amtierenden Präsidenten Komorowski als die moralisch Verantwortlichen für den Absturz angeprangert, dann wieder die russische Seite. Doch das Kalkül des Kaczyński-Lagers ging nicht auf, wie der Ausgang der Wahlen zeigte. Ist dies nun ein Zeichen dafür, dass die polnische Gesellschaft sich von der Definitionsmacht des «romantischen Paradigmas» befreit hat, dem sie nach Einschätzung mancher Kulturhistoriker noch bis in die jüngste Zeit unterlag? Vieles deutet darauf hin, doch letztlich ist diese Frage kaum zu beantworten. Und die erbitterten erinnerungspolitischen Kämpfe, die um das Unglück von Smolensk und das Andenken seiner Opfer ausgefochten wurden, zeigen, dass in der polnischen Öffentlichkeit nach wie vor bestimmte Elemente eines romantischen Russland-Bildes virulent sind.

Russland-Bild bei Mickiewicz und Krasiński

Die vielleicht bekannteste und aufschlussreichste Russland-Passage in der polnischen Literatur findet sich im «Exkurs» zum dritten Teil des Dramas *Ahnenfeier* des polnischen Nationaldichters Adam Mickiewicz (1798–1855). In einem auf persönliche Erfahrungen zurückgehenden Gedicht beschreibt der Dichter hier den «Weg nach Russland». (Er selbst war 1824 wegen Mitgliedschaft in einem patriotischen Studentenbund an der Universität Wilna zur Verbannung nach Russland verurteilt worden.) Das Gedicht präsentiert die russische Landschaft als eine öde Schneewüste, in der das Auge vergeblich nach einem

Halt sucht: «*Leer, weiß und offen ist das Land, / Wie ein zum Schreiben vorbereitetes Blatt Papier... / Ob auf dieser Karte der Finger Gottes schreiben / Und dabei gute Menschen als Buchstaben verwenden wird, / Ob er hier die Wahrheit des heiligen Glaubens skizzieren wird, / Dass die Liebe den menschlichen Stamm regiert [...]?*», so fragt sich der Sprecher des Gedichts und hält auch gleich eine andere Möglichkeit der historischen Entwicklung Russlands bereit: «*Oder ob der alte Feind Gottes / Kommen und mit seinem Schwert in dieses Buch einritzen wird, / Dass die menschliche Gattung in Fesseln geschlagen / Und die Knute seine Trophäe sein wird?*»

Immerhin ließ Mickiewicz in diesen Versen noch die Möglichkeit einer gottgefälligen und positiven Entwicklung Russlands aufscheinen. In der polnischen Dichtung aus der Zeit des Novemberaufstands von 1830/31 war Russland schon eindeutig zu einem geradezu mythisch aufgeladenen Reich der Finsternis geworden, dass sich von «Norden» aus über ganz Europa auszubreiten drohte. Russland ist in der Imagination der romantischen Dichter ein Fall, der aus der christlichen Geschichte herauszufallen droht.

Besonders frappierend ist diese Sichtweise bei dem Dichter Zygmunt Krasiński (1812–1859). Krasiński war der Sohn eines Generals, der einst für Napoleon gekämpft hatte, dann aber in russische Dienste eingetreten war. Während des Novemberaufstands hatte sich der Vater nach St. Petersburg geflüchtet und war damit in den Kreisen der polnischen Patrioten diskreditiert, die entweder am Kampfesgeschehen teilnahmen oder in den Salons der europäischen Hauptstädte Stimmung für die polnische Sache machten. Sein Sohn, der sich in Briefen an einen englischen Freund gern zu einem Kämpfer für die Nation und gegen die «barbarischen» Unterdrücker aus dem Norden stilisierte, geriet dadurch in einen schweren Gewissenskonflikt: Auf der einen Seite stand das Gebot des Gehorsams gegenüber dem väterlichen Willen, auf der anderen die patriotische Pflicht zur Verteidigung der polnischen Sache. Dieser Konflikt spitzte sich zu, als der Vater den Sohn nach St. Petersburg rief, wohl um ihm zu einem Posten in der Zarenadministration zu verhelfen. Krasiński folgte dem Befehl des Vaters und verbrachte ab Oktober 1832 fünf Monate in der Hauptstadt des Russischen Reiches. Die Audienz beim Zaren Nikolaj I. soll er genutzt haben, um diesen um die Erlaubnis zur Ausreise zu bitten.

Krasiński reiste in den folgenden Jahren mit russischem Pass durch Europa und immer wieder auch zu dem im russischen Teilungsgebiet liegenden Familiengut Opinogóra. Seine literarischen Werke veröffentlichte er anonym, vor allem in seiner ausgiebigen Korrespondenz äußerte er sich sehr deutlich zu Russland: Es galt ihm als das Reich des Bösen schlechthin. Hier kamen für ihn alle verhängnisvollen Tendenzen zusammen: die asiatisch-rückständige «Despotie» genauso wie der hypermoderne «Kommunismus». So schrieb er 1849: «*[...] und es wird, wie vorhergesagt, der schreckliche Moment kommen, in dem der Atheismus und das Schisma, der Kommunismus und Moskau, zu einem einzigen Bösen zusammenfließen werden, das sich ‚Antichrist‘ nennt. Ich sehe das ganz klar vor mir. Der Zar wird dereinst an der Spitze des Kommunismus, an der Spitze des Atheismus stehen.*»

Bei Krasiński sind die Würfel gefallen: Anders als für Mickiewicz war für ihn klar, welche Richtung die russische Geschichte eingeschlagen hatte. Sein eigenes Russlanderlebnis verarbeitete er in einem wohl 1836/37 verfassten Prosagedicht mit dem Titel *Die Versuchung*. Es schildert die Audienz eines namenlosen Jünglings bei einem finster-charismatischen «Herrscher über Leben und Tod», der von ihm verlangt, seinen alten Loyalitäten und Hoffnungen abzuschwören und sich ihm zu Dienst zu verpflichten. Der Jüngling erliegt dieser Versuchung; doch sein Tod durch das

Schwert eines treuen Freundes befreit zumindest seine Seele von der ewigen Schande des Verrats an der Mutter «Polen».

Dämonisiertes Russland

Von dieser Dämonisierung Russlands, das bei Krasiński auch immer gleich mit den «Höllenbanden» der frühen kommunistischen Bewegungen in Europa assoziiert wird, führt ein direkter Weg zum Russlandbild der polnischen Rechten der Gegenwart, wie es sich nach dem Unglück von Smolensk in Verlautbarungen des Krasiński-Lagers und vor allem in zahlreichen Internetforen manifestiert. Dabei muss der Bogen gar nicht bis zu Krasiński gespannt werden. Die gleichen Muster tauchen als Elemente einer politischen Theologie des polnischen Konservatismus in verschiedenen Momenten der polnischen Geistesgeschichte wieder auf: 1867 schreibt der Romancier Józef Ignacy Krzewski (1812–1887): «*Der Kampf Moskaus mit Polen ist ein Kampf der neuen Menschen, der Sozialisten des Ostens mit der alten christlichen Welt. [...] Der asiatische Sozialismus kann dem europäischen die Hand reichen [...] und die christliche Gesellschaft umstürzen. Dadurch kann Moskau in sich zusammenfallen, jedoch in seinen Trümmern wird es Europa mitreißen.*» Und in seinem 1865 veröffentlichten Roman *Der Moskowiter. Ein zeitgenössisches Sittenbild* bringt Krzewski die Funktionsweise dieses spezifischen Russlanddiskurses auf den Punkt: «*Berge von Büchern wurden über Moskau geschrieben [...]. Und trotz allem ist dieser heute noch größer gewordene Riese für die Welt eine terra incognita. [...] Wie zu Zeiten Herodots verdeckt den Norden ein Vorhang aus Schnee, hinter dem nichts zu sehen ist außer weißer Dunkelheit.*»

Dass der Oktoberumsturz von 1917, der Aufbau des kommunistischen Systems in Russland und vor allem dann die sowjetische Hegemonie in Ostmittel- und Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg ohne große Probleme mit diesen längst bereitstehenden Mustern gelesen werden konnten, ist nur zu verständlich. Bereits in der Zwischenkriegszeit veröffentlichte der Historiker Jan Kucharczyński ein siebenbändiges Werk, das die Kontinuität zwischen dem Zarismus des 19. und dem Kommunismus des 20. Jahrhunderts unter dem Titel *Vom weißen Zarentum zum roten* (1923–1935) sinnfällig werden ließ.

Das reflexhafte Aufwallen dieses dämonischen Russlandbildes nach dem Unglück von Smolensk war wohl unvermeidlich: Wieder einmal schien der Verlauf der Realgeschichte zu bestätigen, was man über Russland immer schon gewusst haben wollte. Wieder einmal wurde ein polnisches Unglück durch eine finstere russische Unwägbarkeit erklärt – und dies noch bevor die Aufzeichnungen der realen *black box* analysiert worden waren. Doch die Wahniederlage von Jarosław Kaczyński im Juli 2010 zeigt auch, dass das dämonische Russland-Bild heute in Polen eher als Thema für literaturwissenschaftliche Konferenzen als für politische Debatten geeignet ist.

Anmerkung

- 1) Im April und Mai 1940 fanden an verschiedenen Orten der Sowjetunion Massenerschießungen polnischer Gefangener statt, darunter vor allem Angehörige des Offizierskorps. Die hier genannte Opferzahl bezieht sich auf die mit dem Begriff «Marsaker von Katyń» bezeichneten Verbrechen. Das russische Parlament hat die sowjetische Verantwortung dafür am 26. November 2010 anerkannt (s. G2W 2/2011, S. 6).

Jens Herlth, Dr., Professor für slavische Literaturen an der Universität Freiburg (CH); Forschungsschwerpunkte: Russische Lyrik des 20. Jahrhunderts, Literatur im ideengeschichtlichen Kontext, Geschichtsphilosophie und Kulturkritik in Polen.

Monica Rüthers

Juden in Osteuropa und «Ostjuden» in den Köpfen

Seit dem Spätmittelalter ließen sich zahlreiche Juden in Polen-Litauen nieder, da die polnischen Könige ihnen dort Freiräume gewährten. Das Gemeindeleben war durch eine enge Verwobenheit von Religion und Alltag geprägt. Die jüdische Aufklärung im 19. Jahrhundert erschütterte die herkömmliche Lebensweise und führte zu neuen vielfältigen Identitätsentwürfen. Im 20. Jahrhundert wurde der «Ostjude» mehrfach neu «entdeckt» und unterschiedlich bewertet. – S. K.

Seit dem 11. Jahrhundert wanderten Juden aus dem Rheinland nach Ostmitteleuropa.¹ Die Vertreibungen begannen während der Kreuzzüge. Als sich christliche Geschäftsleute anschickten, das Zinsverbot zu umgehen, wurden jüdische Geldverleiher von unverzichtbaren Dienstleistern zu ungeliebten Konkurrenten. Während der Pestepidemien gerieten Juden in den Verdacht, die Brunnen vergiftet zu haben. Da auch die Schutzherrn der Juden, die Städte und Fürsten, bei ihnen verschuldet waren, schritten sie nur selten ein.

Juden im östlichen Europa

Dem aufsteigenden Weltreich Polen-Litauen fehlte im 14. und 15. Jahrhundert ein Wirtschaft treibendes Element. Die polnischen Könige luden die Juden ein, sich als Händler im Königreich niederzulassen und statten sie mit Privilegien aus. Die jüdischen Gemeinden genossen einen autonomen Status. Die Gemeinde wurde von einem Rat angesehener Männer geleitet, dem *Kahal*. Der Kahal stellte den Rabbiner ein, sorgte für den Betrieb des Ritualbades und vertrat die Gemeinde nach außen. Nach innen organisierte er die Umlegung der staatlichen Steuern sowie Rekrutierungen oder Freikäufe vom Militärdienst. In den Gemeinden gab es in der Regel eine Begräbnisbrüderschaft sowie Vereine für Wohltätigkeit, Kranken- und Armenpflege. Jede Gemeinde unterhielt ein Lehrhaus und finanzierte das religiöse Studium einiger talentierter junger Männer.

Die günstigen Rahmenbedingungen führten im 16. Jahrhundert zu einer Blüte jüdischer Wissenschaft und Kultur im Königreich Polen. Die Juden erfüllten eine Mittlerfunktion zwischen Stadt und Land, Adel und Bauern. Sie handelten mit Rohstoffen wie Honig, Wachs, Leinen, Fellen und Holz oder arbeiteten als Verwalter der Adelsgüter. Sie waren im Außenhandel aktiv und besorgten als Händler und Hausierer den Austausch von Gütern zwischen Stadt und Dorf. Diese Zwischenposition war besonders in Konfliktsituationen nicht ungefährlich. Zur Katastrophe kam es 1648 in der von Polen beherrschten Ukraine, als sich die Kosaken unter dem Hetman Bogdan Chmelnizkij erhoben. Bauern schlossen sich den Aufständischen an. Sie trafen auf den polnischen Gütern nicht die polnischen Adligen an, gegen die sich ihr Zorn richtete, sondern deren Gutsverwalter, die Juden. Zahlreiche jüdische Gemeinden wurden bei den Massakern verwüstet; Schätzungen belaufen sich auf über 100 000 Todesopfer. Dieser Schock sollte sich langfristig auf die Mentalitäten und die geistig-religiöse Entwicklung der jüdischen Gemeinden Osteuropas auswirken.

Direkt im Zusammenhang mit der als endzeitlich verstandenen Pogromerfahrung kann man die Anziehungskraft falscher Messiasse im 17. Jahrhundert verstehen. Sie predigten den verarmten und verunsicherten Juden, die Erlösung sei

nahe. Die Leere dieser Versprechungen musste irgendwann zutage treten und die Hoffnungen enttäuscht werden. Von Dauer war aber eine mystisch-religiöse Bewegung, die in dieser Zeit ihren Anfang nahm, bis heute stark geblieben und zum Schlüsselbild des «Ostjuden» geworden ist: der *Chassidismus*. Begründet wurde der Chassidismus von Israel ben Eliezer, auch Baal Schem Tov genannt, «Meister des guten Namens». Dieser Wunderheiler und Prediger lebte von 1700 bis 1760 in Podolien, einer in der heutigen Westukraine gelegenen Provinz. Er vertrat die mystischen Geheimlehren der Kabbala und eine emotionale Beziehung zu Gott. Kern seiner Lehre war die Freude, es zählten Inbrunst, Frömmigkeit und Ekstase. Damit formulierte er einen Gegensatz zur talmudischen Tradition der rationalen Gesetzesauslegung. Deren berühmtester Vertreter war Elijah Ben Salomon Salman (1720–1797), der im litauischen Vilnius lehrte. In der jüdischen Gesellschaft war Status aufs engste mit religiöser Gelehrsamkeit verbunden. Der Chassidismus griff diese innerjüdische Sozialordnung an. Chassidische Rebbe waren charismatische Führer, die wie Heilige verehrt wurden. Viele hielten prunkvoll Hof. Die Bewegung gewann ihre Anhänger vor allem in den verarmten südlichen Provinzen, in Podolien, Wolhynien und Galizien. Die Talmudorthodoxie bekämpfte den Chassidismus bis hin zu Denunziationen bei der Obrigkeit.

Religion, Familie und Gemeinde

Die Pfeiler jüdischen Lebens in der Diaspora waren Religion, Familie und Gemeinde. Religion und Alltag waren eng verwoben. Die jüdischen Feste fanden in der Familie statt, die Frau bereitete die besonderen Speisen, der Mann leitete die Zeremonie. Die Feste bezogen sich als zyklische, ritualisierte Erinnerung an das Dasein zwischen Tempelzerstörung und Ankunft des Messias. Die Erinnerung bestand in der Lektüre der entsprechenden Abschnitte und im Fasten an Trauertagen. Bestimmte Speisen machen den ganzheitlichen Charakter der Tradition deutlich wie etwa an Pessach, wenn der Verzehr bitterer Kräuter die bitteren Erfahrungen unter Pharaos Herrschaft vergegenwärtigt, wenn ein zerdrückter brauner Apfel an den Lehm der Hütten erinnert und ungesäuertes Brot an die Eile.

Im Zentrum jüdischer Gelehrsamkeit, Überlieferung und Tradition stand die Tora, die Lehre. Neben der Heiligkeit der Schrift, des Wortes Gottes, welches streng und exakt in Abschriften überliefert wurde, standen immer die Kommentare und Auslegungen dieser Schrift. Die Schriftgelehrten genossen in den jüdischen Gemeinden höchstes Ansehen. Die Autorität der einzelnen Gelehrten brachte eine hohe Flexibilität mit sich, weil die Auslegung der Gebote von angesehenen Rabbinern den lokalen oder zeitbedingten Gegebenheiten angepasst werden konnte.

Das Talmudstudium war Mittel zum sozialen Aufstieg, eine Karriere als Talmudgelehrter das Ziel jedes männlichen Lebens.

Ziel der Eltern war es, den Söhnen ein möglichst intensives Studium zu ermöglichen. Handwerkliche Berufe waren weniger angesehen als solche, bei denen man den Verstand brauchte, wie etwa im Handel. Ganz unten auf der sozialen Skala der Berufe standen Schuster und Schneider – solche Berufe schadeten dem Prestige der Familie und schränkten die Auswahl möglicher Ehepartner ein. Die Ehen wurden von den Eltern mit Hilfe von Heiratsvermittlern arrangiert. Ein guter Student war auf dem Heiratsmarkt begehrt. Ein wohlhabender Vater suchte für seine Tochter einen gelehrten Mann, dessen weiteres Studium er dann finanzierte. Die Ehen wurden früh geschlossen und zur Mitgift gehörte die Unterbringung des jungen Paares im Haus der Brauteltern während drei bis fünf Jahren. Dann war die Gründung eines eigenen Haushaltes vorgesehen. Arme Leute hofften auf kluge Söhne. Töchter brachten Sorge, weil man sie mit einer Mitgift ausstatten musste. Die Heirat der Gelehrten mit den Reichen war ein wichtiger Faktor im jüdischen Gemeindeleben. Diese Gruppe bildete die Elite und hatte in den Gemeinden das Sagen.

Im 18. und 19. Jahrhundert wuchs die jüdische Bevölkerung wegen früher Eheschließungen und besserer hygienischer Bedingungen stark an. Die Vielzahl neuer Haushalte fand keine Lebensgrundlage mehr. Das war ein Grund für die Auswanderungswelle, die in den 1860er Jahren einsetzte und weit über zwei Millionen osteuropäische Juden in die USA, nach Argentinien und Südafrika führte. Die beginnende Industrialisierung und die Schwächung der wirtschaftlichen Lage führten zur Verarmung breiter Schichten, die in den Slums der wachsenden Städte lebten. Die Armen waren weniger dazu verpflichtet, die religiösen Gebote zu befolgen, als die Reichen. Die «Frauen und die einfachen Leute» bildeten eine eigene Kategorie, auch was Kenntnisse und Pflichten anging: Die Frauen mussten nicht täglich in der Synagoge beten, sondern hatten stattdessen häusliche Pflichten. Der koschere Haushalt und die zahlreichen Vorbereitungen für die Feiertage waren sehr aufwändig. Frauen lernten normalerweise die hebräische Sprache, die Sprache Gottes, nicht. Die meisten konnten etwas lesen und schreiben und lasen jiddische Übertragungen der biblischen Geschichten. Die Männer lernten alle Hebräisch lesen, aber nicht immer auch schreiben. Ärmere Leute, Tagelöhner und Wasserträger etwa, konnten kaum lesen und schreiben. Insgesamt unterschied sich die jüdische Bevölkerung aber von der bäuerlichen Umgebung durch einen höheren Alphabetisierungsgrad.

Von den Frauen wurde erwartet, dass sie den Männern das Talmudstudium ermöglichten, indem sie das Haus führten und wesentlich zum Lebensunterhalt beitrugen. Die meisten Frauen waren berufstätig. Sie handelten, hausierten oder hatten einen Marktstand. Es gab auch Frauen reicher Holzhändler, die ihren frommen und weltabgewandten Männern alle Geschäfte führten und deren Einmischung nicht besonders schätzten. Im jüdischen Alltag herrschte eine weitgehende Geschlechtertrennung. Die Straße und der Markt gehörten beiden Geschlechtern, das Haus war der Frau zugeordnet, die Synagoge den Männern. Die Frauen hatten hier nur einen abgetrennten Raum, meistens eine Empore, für sich, die häufig noch durch einen Vorhang oder ein Gitter vom Männeraum abgetrennt war.

Die kleinen Jungen kamen mit drei oder vier Jahren in den *Cheder*, die jüdische Religionsschule. Hier verbrachten sie etwa zehn Stunden täglich. Der Schuleintritt bedeutete den Übertritt von der Frauen- in die Männerwelt. Sie lernten eine Sprache, die die Mutter nicht verstand, und begleiteten den Vater in die Synagoge. Sie durften nicht mehr mit Mädchen spielen. Die Mädchen blieben zu Hause und halfen der Mutter im Haushalt. Unterricht erhielten sie bei der Frau des Lehrers oder beim Dorf-

schreiber. Innerhalb dieses normativen und «idealen» Rahmens entwickelte sich eine große innerjüdische Vielfalt. Diese hing zusammen mit regionalen Unterschieden und schichtspezifischen Lebensweisen, mit religiösen Ausrichtungen und mit Stadt-Land-Unterschieden.

Rechtliche Stellung der Juden

Nach einer Periode der Schwäche des Königreichs Polen-Litauen teilten Preußen, Habsburg und Russland dessen Gebiete im späten 18. Jahrhundert unter sich auf. Der Löwenanteil der litauischen, weißrussischen und ukrainischen Provinzen fiel an Russland. Damit lebte erstmals eine große Zahl jüdischer Untertanen unter russischer Herrschaft. Die Integrationspolitik von Zarin Katharina der Großen wies die Juden dem städtischen Bürgertum zu und zielte auf Assimilation. Juden durften sich nicht außerhalb ihrer bisherigen Siedlungsgebiete niederlassen. Dieser russische *Ansiedlungsrayon* für die jüdische Bevölkerung bestand seit 1791. Später wurde die Gleichberechtigung an die Bedingung der Assimilation geknüpft: Jüdische Akademiker, Großkaufleute und ausgebildete Handwerker erhielten 1859 ein reichsweites Siedlungsrecht. Nach dem Attentat auf Zar Alexander II. kam es jedoch 1881 und auch später wieder zu Pogromen und zu erneuten Restriktionen, etwa im Bildungsbereich.

Am Wiener Kongress 1815 wurde auch das sog. «Kongresspolen» der russischen Regierung zur Verwaltung unterstellt. Die rechtliche Gleichstellung 1862 brachte den Juden die Erlaubnis zum Landbesitz in Dörfern, das Recht auf Niederlassung in Städten, Handels- und Gewerbefreiheit und die Gleichstellung vor Gericht. Polen hatte damit unter russischer Herrschaft eine weit fortschrittlichere Judengesetzgebung als Russland selbst. Der Hauptgrund dafür lag in der Befürchtung, die Juden könnten sich mit den Polen gegen die russische Obrigkeit verbündet.

Die Region Galizien befand sich seit 1772 überwiegend unter österreichischer Herrschaft. Das Toleranzpatent Josephs II. von 1782 hob Kopfsteuer und Ghettos für Juden auf und gestand ihnen Gewerbefreiheit zu. Bis 1848 verfolgte die österreichische Judenpolitik drei Hauptziele: eine Verminderung der Anzahl jüdischer Untertanen durch Taufe, Germanisierung und Assimilation, eine «Produktivierung» der Juden durch Verbot



Der Belzer Rabbi Rokeach Yissachar Dov (1854–1926). Am 17. Juli 1916 traf Franz Kafka diesen «Wunderrabbi» in Marienbad und begleitete ihn und seine Gefolgschaft auf einem langen Spaziergang, er schilderte diese für ihn sehr bemerkenswerte Begegnung in einem ausführlichen Brief an Max Brod vom 18. Juli 1916.

«unproduktiver» Berufszweige wie Pacht und Handel sowie assimilatorische Maßnahmen.

Die jüdische Aufklärung

Im 19. Jahrhundert wurde die traditionelle, durch die Religion bestimmte Lebensweise der Juden durch die Verbreitung der jüdischen Aufklärung, der sog. *Haskala*, erschüttert. Diese hatte ihren Ursprung bei Moses Mendelssohn (1729–1786) in Berlin und verbreitete sich zwischen 1820 und 1880 über Kaufleute und Gelehrte nach Osten. Die *Haskala* propagierte die kulturelle Integration in die Umgebung und machte Religion zur Privatsache. Zum Zentrum der Aufklärung in Osteuropa wurde Vilnius. Die Juden unter russischer Herrschaft sahen sich zugleich mit diesem neuen Gedankengut und mit Bemühungen der Regierung konfrontiert, durch staatliche Rabbinerschulen die Russifizierung der Juden zu fördern. Es kam zu heftigen Kontroversen zwischen Aufklärern und Anhängern der Tradition. Dafür verschwand der Gegensatz zwischen Chassidim und ihren talmudischen Gegnern. Die Aufklärung wurde zum gemeinsamen Feind.

Von Vilnius gingen in der Folge auch andere innovative Impulse aus. Nicht Assimilation stand dabei im Vordergrund, sondern eine neue jüdische Kultur mit Hebräisch als Nationalsprache. Im Umkreis des Rabbinerseminars von Vilnius fanden sich die ersten jüdischen Anhänger der sozialistischen Idee, in Litauen entstand 1897 der «Allgemeine jüdische Arbeiter-Bund», und die führenden ostjüdischen Zionisten stammten von hier. Diese Rolle des litauischen Judentums erklärt sich aus seiner langen geistigen Tradition und aus den historischen Umständen: Wie in Galizien fehlte auch hier in der direkten Umgebung eine einheitliche und starke nationale Kultur. So orientierten sich die Aufklärer zunächst an der deutschen, später an der russischen Literatur und Kultur. Litauen blieb zudem weitgehend von Aufständen und Pogromen verschont, so dass den Juden hier größere Erschütterungen erspart blieben und Brüche mit der Tradition sich nicht aufdrängten. Das Stereotyp des «Litwaken» war wohl das stärkste innerostjüdische Stereotyp überhaupt. Es übertrug sich sogar auf russische Juden, die gar nicht aus Litauen selbst kamen. Die litauischen Juden unterschieden sich von den übrigen aschkenasischen Juden in ihrer Sprache, im kulinarischen Geschmack und der Zubereitung der Gerichte, sie sprachen den Segen über den Wein am Sabbat im Sitzen und standen beim Beten still, anstatt sich zu wiegen. Die Juden in den an Litauen grenzenden Gebieten, die «Polen» im Westen und die «Wolhynier» im Süden, schrieben ihnen bestimmte

Charaktereigenschaften zu: Eine gewisse Gefühlskälte, da ihr Intellekt immer die Oberhand über die Gefühle behielt, Geistesgegenwart und Schärfe des Verstandes. Ihre Frömmigkeit zog man allerdings in Zweifel.

In Polen machten sich die neuen geistigen Strömungen innerhalb des Judentums später bemerkbar als in Litauen, obwohl es näher an Deutschland lag. Warschau wurde nie zu einem Zentrum der Aufklärung wie Vilnius oder Lemberg. Im Zuge der Aufklärung und einer schrittweisen Säkularisierung entwickelten sich vor allem in größeren Städten assimilatorische Gruppen. Um 1900 hatte sich eine kleine, aber einflussreiche städtische jüdische Schicht gebildet, aus der die Intellektuellen kamen, die sich in den verschiedenen politischen und kulturellen Bewegungen der Zeit engagierten und die jüdischen Gemeinden Polens leiteten. Die Mehrzahl der polnischen Juden gehörte aber städtischen Mittel- und Unterschichten an. Die ärmeren und religiösen Juden lebten weiterhin in einer abgekapselten Parallelgesellschaft. In Polen war die Kluft zwischen der assimilierten Elite und den breiten nicht akkulturierten Schichten besonders groß.

In Galizien war der Chassidismus zur religiösen Orientierung weiter Bevölkerungsteile geworden. Das lag an der besonderen sozialen Konstellation im galizischen Judentum: Abseits der Handelszentren mit einer kleinen Schicht wohlhabender Kaufleute setzte die große Masse der ärmeren und ganz armen Juden in den ländlichen Gebieten keine großen Hoffnungen mehr ins Diesseits. Ihnen bot der Chassidismus einen Ausweg und die Möglichkeit, im gemeinsamen Gebet und Feiern einen Vorgeschmack jenseitiger Freuden zu gewinnen. Die Rabbiner mussten sich mit dem Einfluss der örtlichen *Zaddikim* («Gerechten») abfinden. Besonders bedeutend war die Dynastie von Belz, die 1816 von Schalom Rokeach begründet wurde. In den 1870er Jahren begannen die Belzer Chassidim, politisch aktiv zu werden. Der Rebbe von Belz war der erste, der «moderne» Strategien im Kampf gegen die Modernisierung einsetzte. Er und seine Gefolgschaft nutzten die bürgerliche Gleichstellung der Juden, um die Orthodoxie zu stärken: Sie wählten einen ultra-orthodoxen Rabbiner in den Reichsrat.

Vielfalt, Wandel und Anpassung

Das osteuropäische Judentum war multikulturell und vielsprachig und lebte in multiethnischen Umgebungen. Im 19. Jahrhundert gerieten die Juden zwischen rivalisierende Nationalbewegungen. Sie selbst orientierten sich in der Regel nicht an den bauerlichen, sondern an den städtischen und einflussreicheren nationalen Kulturen in einem Gebiet. Zwischen 1848 und 1870 waren die assimilierten Juden im westlichen Galizien beispielsweise an der deutsch-bürgerlichen Kultur Wiens orientiert, während sie unter einer überwiegend polnischen Bevölkerung lebten. In den folgenden Jahrzehnten machte sich eine stärkere Neigung zur Polonisierung bemerkbar, was dazu führte, dass in manchen jüdischen Familien in Lemberg die Eltern untereinander noch deutsch, die Kinder aber bereits polnisch sprachen. Die Juden im östlichen Galizien waren dagegen von ruthenischen Bauern umgeben und neigten eher zur polnischen Kultur hin. Eine assimilierte jüdische Mittelschicht war in allen Städten ein wichtiger Teil der urbanen Eliten. Diese mehrsprachige und in transnationale Netzwerke eingebundene Schicht wurde zu einem wesentlichen Element des multikulturellen Habsburg-Mythos. Die assimilierte jüdische Mittelschicht brachte Künstler und Literaten hervor, die zu jener kulturellen Dynamik beitrugen, die heute noch oder wieder zum Selbstverständnis von zentral- und ostmitteleuropäischen Städten wie Wien, Prag und Budapest gehört.²

Fortschrittlich gesinnte Juden unter russischer Herrschaft wählten die großrussische Kultur und Literatur zum Vorbild, nicht die regionalen bauerlichen Kulturen der Ukrainer, Weiß-



Photo: Wikimedia Commons / Piotr Sereczynski

Auf dem Neuen Jüdischen Friedhof Łódź befinden sich etwa 180 000 Grabstätten mit 65 000 Grabmalen aus den Jahren von 1893 bis 1939. Auf dem Friedhof sind auch etwa 43 000 Opfer des Ghetto Łódź begraben.

russen oder Litauer. Im ethnisch und kulturell einheitlicheren Kongresspolen wurde die polnische Nationalkultur zum Ziel der Anpassung. In den Grenzgebieten zu Preußen dominierte häufig die deutsche Kultur unter den Juden. Die kulturellen Grenzen stimmten nicht mit den Staatsgrenzen überein. Eine Hauptursache für die beobachteten Unterschiede innerhalb des russischen Ansiedlungsrayons war die unterschiedliche Dichte der jüdischen Bevölkerung in den verschiedenen Provinzen. In Gegenden mit wenig Juden war der Einfluss der umgebenden Gesellschaft auf die jüdische Bevölkerung größer.

Allen Regionen gemeinsam war die Spaltung in orthodoxe und «moderne» Juden. Die Hochburgen der «Modernen» waren überall die Städte. Hier gab es zwar auch Orthodoxe, diese verloren jedoch im Laufe weniger Jahrzehnte die Vormacht in den Gemeinden. In den ärmeren Schichten war die Religiosität ebenfalls einer Erosion preisgegeben. Viele verließen ihre Shtetl und zogen in die großen Städte, wo Modernisierung und Industrialisierung eine bessere Existenz versprachen. In den Elendsquartieren von Warschau, Łódź, Minsk oder Vilnius legten sie die alten Bindungen des Glaubens langsam ab. Im sich schnell industrialisierenden Russischen Reich entstand ein neues jüdisches Proletariat. Hier fanden die neuen Bewegungen der Sozialisten, der «Arbeiter-Bund» und die Zionisten ihre Anhänger. Die Masse der jüdischen Land- und Kleinstadtbevölkerung lebte weiterhin traditionell, was sich an den weiterhin hohen Schülerzahlen der traditionellen *cheder* zeigte.

Säkularisierung und Aufbruch

Eine wichtige Rolle bei der Modernisierung des jüdischen Lebens spielten die Frauen. Im Gegensatz zu ihren Brüdern mussten sie nicht den Talmud studieren. Sie lernten Sprachen und lasen mit Begeisterung die Bücher, die die Aufklärer mitbrachten: Schiller, Kotzebue, Zschokke, aber auch populäre Romane in jiddischen Übersetzungen. Jüdische Mädchen strebten im 19. Jahrhundert zunehmend danach, das Gymnasium zu besuchen. Das wurde ihnen manchmal eher erlaubt als ihren Brüdern. Das Heiratsalter stieg infolge des laufenden Akkulturationsprozesses in mittleren und größeren Städten auf 18 bis 20 Jahre, so dass Zeit für höhere Töchterbildung, Lektüre und Träume blieb, aber auch für eigene Pläne und Rebellion.³ Im Sommer besuchten wohlhabende jüdische Familien die mondänen europäischen Badeorte und brachten von dort die letzte Mode mit.⁴ Viele Männer begannen ebenfalls, sich westlich zu kleiden. Der soziale Status hing nun nicht mehr von den Talmudkenntnissen ab, sondern vom beruflichen und sozialen Erfolg. Zugleich wurden die Frauen aus dem Geschäftsleben verdrängt, in dem sich die Männer jetzt bewähren wollten.

Die Pogrome von 1881 bedeuteten das Ende aller Integrationshoffnungen. Bisher hatten aufklärerisch gesonnene Juden erwartet, sich in Russland ähnlich integrieren zu können und die Bürgerrechte zu erhalten wie in den anderen europäischen Staaten. Mit einem Schlag wurde klar, dass das nicht gehen würde. Zur Zeit der Jahrhundertwende herrschte in der jüdischen Gemeinde Osteuropas aber nicht nur Schrecken und Enttäuschung, sondern auch Aufbruchstimmung, ein Gefühl von Hoffnung und Wandel. Die jungen Leute betrachteten die traditionelle Lebensweise als nicht mehr zeitgemäß. Verschiedene Alternativen boten sich an, neben sozialistischen oder nationalen Bewegungen auch die Auswanderung nach Palästina oder Amerika.

Das Bild des «Ostjuden»

Der «Ostjude» ist eine Fremdbezeichnung vom Ende des 19. Jahrhunderts, die einen bestimmten historischen Typus bezeichnet: die Kulturpersönlichkeit des traditionell religiösen, welt-



Drei jüdische Jungen beim Lernen des Hebräischen in Karpatho-Ruthenien; Fotografie von Roman Vishniac aus dem Jahr 1938. Der *Cheder*, die religiöse Grundschule, war je nach Ansicht ein Topos für die Traditionsverbundenheit oder Rückständigkeit der osteuropäischen Juden.

abgewandten, in bescheidenen Verhältnissen lebenden männlichen Juden im Osteuropa des 16. bis 19. Jahrhunderts. Ähnliche Bedeutungen haben die Begriffe des «Chassiden» und des «polnischen Juden» im Englischen. Der «Ostjude» wurde im Verlauf des 20. Jahrhunderts mehrfach neu «entdeckt» und unterschiedlich bewertet. Er war zugleich Symbol jüdischer Rückständigkeit und Inbegriff eines reinen, authentischen Judentums.⁵ Bei den Aktualisierungen spielten jeweils bestimmte Texte und Bilder eine wesentliche Rolle. Die Wiederentdeckung verlief entlang historischer Bruchlinien: Angesichts einer wachsenden Auswanderungswelle und der Modernisierung der Lebensweisen wurde der «Chassid» von jüdischen Ethnografen und von Martin Buber zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum «Urjuden» stilisiert. In der Zwischenkriegszeit durchstreiften Schriftsteller wie Alfred Döblin und Fotografen wie Roman Vishniac Polen und Galizien auf der Suche nach dem authentischen jüdischen Leben. Die Mehrheit der assimilierten westeuropäischen Juden fürchtete die «Ostjuden», die auf dem Weg nach Übersee in westeuropäischen Metropolen hängenblieben. «Ihr Konformismus hatte die deutschen Juden beinahe schon ans Ziel gebracht – beinahe schon wurden sie für echte Deutsche gehalten und nun standen ihnen diese Ostjuden im Weg: Schmutzig, ungehobelt, unzivilisiert waren sie und vermasselten alles.»⁶

1935 bat der «Hilfsverein der deutschen Juden» den damals in Berlin lebenden Wissenschaftler und Fotografen Roman Vishniac, das jüdische Leben in Osteuropa zu dokumentieren. Vishniac arbeitete auch für Spendenkampagnen des amerikanischen *Jewish Joint Distribution Committee* sowie für verschiedene jüdische Wohlfahrtsorganisationen in Polen.⁷ «Moderne» Juden im Westen sollten den «Ostjuden» die Emigration nach Palästina ermöglichen. Die Bildauswahl entsprach diesem Ziel: Vishniac fotografierte zwar neben «Kaftanjuden» auch «Krawattenjuden», diese Fotografien blieben jedoch unveröffentlicht. Die Auswanderer in den USA betrachteten die Bilder mit nostalgischen Gefühlen. Der Anblick von Armut, von barfüßigen Kindern und gebeugten Alten rechtfertigte zugleich den Entscheid zur Auswanderung. Nach dem Holocaust wurden Fotografien aus dem Polen der Zwischenkriegszeit von amerikanischen Juden als Zeugnisse des Verlustes betrachtet. Vishniacs Fotografien armer, religiöser Juden aus dem Osteuropa der Zwischenkriegszeit wurden so stilbildend, dass die ganze Epoche *The Time of Vishniac* genannt wurde. Die Shoa führte zu einem Bruch in der Wahrnehmung der Fotografien. Von nun an waren sie überschattet von diesem späteren Ereignis, das

die Wahrnehmung steuerte. Diese «Überschattung» bezeichnet Carol Zemel als «retroaktive Vorausschau»: Sie nutzt das Wissen um spätere Ereignisse, um sich ein Urteil über die Beteiligten zu bilden, wie wenn diese hätten wissen müssen, was später kam.⁸

Ein ähnlich prägender Bildlieferant für den «Ostjuden» und Gegenbild zu Roman Vishniacs melancholischen Aufnahmen war ein Broadway-Stück von 1964: *The Fiddler on the Roof*. Das Musical war so erfolgreich, dass es 1971 verfilmt wurde und weltweit ein großes Publikum erreichte. Unter dem Titel *Anatevka* wurde das Stück ab 1968 auch auf zahlreichen Bühnen in West- und Ostdeutschland inszeniert. Das Stück legte den visuellen und musikalischen Grundstein für das *Klezmer revival* der 1980er Jahre. Der Titel *Fiedler auf dem Dach* spielte auf ein Bildmotiv von Marc Chagall an. Der einfache Mann im *Shtetl* ist eine romantisierte, aber auch amerikanisierte Version der Erzählung *Tewje, der Milchmann* von Scholem Alejchem (1859–1916).⁹ Darin geht es um den schmerzhaften Prozess der Säkularisierung, des sozialen Wandels und der Ausgrenzung. Im Musical überwogen dagegen glückliche Armut und naive Fröhlichkeit, das «Ursprüngliche» und «Authentische». Es bot eine quasi touristische Reise in eine idealisierte Vergangenheit des Shtetls an. In der amerikanischen Populärkultur ist es zur Quelle zahlreicher Zitate, Bezüge und Parodien geworden. Dieses Musical hatte einen großen Einfluss auf das amerikanisch-jüdische Selbstverständnis. Das Lachen über jüdische Topoi ermöglichte es auch säkularen Juden, symbolisch vermittelt an einer vorgestellten Gemeinschaft amerikanischer Juden teilzuhaben. In Europa, vor allem in Deutschland, war das Publikum nicht jüdisch. Tewje repräsentierte hier eine ambivalente Mischung von Schuld, Verlust und «jüdischer Gewitztheit». Die Rezeption schwankte, ähnlich wie später bei der Klezmermusik, zwischen didaktischer Erbauung und politischer Folklore. Das Stück war sehr beliebt und prägte die Vorstellungen vom osteuropäischen Judentum nachhaltig. Der Fokus auf das vorrevolutionäre Russland und die Pogrome «entlastete» sowohl die sozialistische DDR, wie auch das westdeutsche Publikum: Das zaristische Russland hatte die Juden auf dem Gewissen.

Funktion von Bildbänden

Für säkulare amerikanische Juden ist das Bild des «Chassiden» symbolischer Teil ihres Jüdischseins. Sie pflegten diesen Bezug durch entsprechende Bildbände.¹⁰ Bildbände vereinen den authentischen Anspruch der dokumentarischen Fotografie mit sinnstiftenden Erzählungen. Diese ergeben sich aus der Auswahl und den Arrangements der Aufnahmen und aus den Texten, welche die Wahrnehmung der Fotos steuern. Ein gutes Beispiel dafür ist «A Vanished World» von Roman Vishniac aus dem Jahr 1947. Vishniac setzte disparate Fotos in Verbindung zueinander und erfand in den Bildlegenden Geschichten dazu. Auch seine Erzählung von der versteckten Kamera gehört in den Bereich der Selbststilisierung und diente dazu, den Bildern Authentizität zu verleihen. Bildbände sind leicht zugänglich und auch nicht allzu teuer. Sie werden als Zeichen des Jüdischen im Wohnbereich zurechtgelegt und dienen der Selbstinszenierung ihrer Besitzer. Hier spielen Stereotype und Kodierungen des Jüdischen auch innerjüdisch eine zentrale Rolle. Die Fotografie und insbesondere der Bildband treten als zentrales Medium der kulturellen Selbstvergewisserung, wenn nicht der Selbstbeschreibung hervor. Sie zeigen den authentischen Juden, der stellvertretend für alle anderen das unverfälschte spirituelle Judentum verkörpert, und bieten symbolische Teilhabe.

Für Europäer und säkulare Juden ist der «Chassid» ein Bild des Anderen als Teil des Eigenen. Er macht das unsichtbare,

spirituelle «Jüdische» sichtbar und definiert die vorgestellte Gemeinschaft derjenigen Juden, die man in ihrem «symbolischen Judentum» als Nachfolger der zionistisch angehauchten «Kulturjuden» der Zeit um 1900 bezeichnen könnte. Diese Bildbände schließen an die Vishniac-Bände an, aber auf eine ganz bestimmte Weise: Bildbände zu heutigen religiösen jüdischen Gemeinschaften verweisen nicht auf den Holocaust und die «Verschwundene Welt», sondern belegen in ähnlichen Bildern das Gegenteil, nämlich das Fortbestehen jüdischer Kultur. Auch im deutschsprachigen Raum erscheinen regelmäßig Bildbände über traditionell religiöse jüdische Gemeinschaften und jüdisches Leben. Dieser Bildgebrauch hat rituelle und magische Aspekte, je andere für Juden und für Nichtjuden.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Haumann, Heiko: Geschichte der Ostjuden. München 2008.
- 2) John, Michael; Lichtblau, Albert: Mythos «deutsche Kultur». Jüdische Gemeinden in Galizien und der Bukowina. Zur unterschiedlichen Ausformung kultureller Identität. In: Keil, Martha; Lappin, Eleonore (Hg.): Studien zur Geschichte der Juden in Österreich (= Handbuch zur Geschichte der Juden in Österreich, Reihe B, Bd. 3). Bodenheim 1997, S. 81-122.
- 3) Rüthers, Monica: Tewjes Töchter. Lebensentwürfe ostjüdischer Frauen im 19. Jahrhundert. Köln 1996; Dies.: Frauenleben verändern sich. In: Haumann, Heiko (Hg.): Luftmenschen und rebellische Töchter. Zum Wandel ostjüdischer Lebenswelten im 19. Jahrhundert (Lebenswelten osteuropäischer Juden Bd. 7). Köln 2003, S. 223-308.
- 4) Vgl. dazu die Autobiografie von Chagall, Bella: Brennende Lichter. Reinbek bei Hamburg 1996.
- 5) Aschheim, Steven E.: Brothers and Strangers. The East European Jew in German and German Jewish Consciousness, 1800–1923. Madison 1982; Sander L. Gilman: Die Wiederentdeckung der Ostjuden. Deutsche Juden im Osten, 1890–1918. In: Brocke, Michael (Hg.): Beter und Rebellen. Aus 1000 Jahren Judentum in Polen. Frankfurt/M. 1983, S. 11-32.
- 6) Hamerow, Theodore S.: Krawattenjuden und Kaftanjuden. Über Assimilation und den Zwang zum Anderssein. In: Riedl, Joachim (Hg.): Versunkene Welt. Wien 1984, S. 77–90, hier S. 86f.
- 7) Shandler, Jeffrey: «The Time of Vishniac» – Photographs of Pre-War East European Jewry in Post-War Contexts. In: Polish. Studies in Polish Jewry 16 (2003), S. 313–333; Newhouse, Alana: A Closer Reading of Roman Vishniac. In: The New York Times, 1.4.2010; abrufbar unter: <http://www.nytimes.com/2010/04/04/magazine/04shtetl-t.html?pagewanted=all>.
- 8) Zemel, Carol: Imaging the Shtetl. Diaspora Culture, Photography and Eastern European Jews. In: Mirzoeff, Nicholas (ed.): Diaspora and Visual Culture. Representing Africans and Jews. London 2000, S. 193–206.
- 9) Zipperstein, Steven J.: Shtetls Here and There. Imagining Russia in America. In: Ders.: Imagining Russian Jewry. Memory, History, Identity. Seattle 1999, S. 15-40.
- 10) Kugelmass, Jack: Jewish Icons: Envisioning the Self in Images of the «Other». In: Boyarin, Jonathan; Boyarin, Daniel (ed.): Jews and Other Differences. The New Jewish Cultural Studies. Minneapolis 1997, S. 30-53.

Monica Rüthers, Dr. phil., Professorin für Europäische Geschichte mit Schwerpunkt Osteuropa an der Universität Hamburg.

Christian Giordano

Multikulturelle Urbanität am Schwarzen Meer

Das Schwarze Meer stellte Jahrhunderte lang eines der Zentren des Weltgeschehens dar: als Endpunkt und Umschlagplatz der Güter der Seidenstraße nach Europa. Bis ins Mittelalter bestanden rege interurbane Kontakte zwischen den Städten des Schwarzen und des Mittelmeeres. Durch sozioökonomische, kulturelle und politische Veränderungen seit dem 15. Jahrhundert rückte die multikulturelle Region zu Unrecht in die Peripherie der westeuropäischen Aufmerksamkeit. – R. Z.

Das Schwarze Meer kann mittels einer verwandtschaftlichen Terminologie als kleiner Bruder des Mittelmeers bezeichnet werden. Diese Verwandtschaft ist nicht nur metaphorisch zu verstehen, denn diese zwei Gewässer sind, auch vom geographischen Standpunkt her gesehen, durch enge Wasserwege direkt miteinander verbunden und zwar durch den Bosphorus, das Marmarameer und die Dardanellen. Neal Asherson bemerkt zu Beginn seines faszinierenden Buches *Black Sea*, dass seit der Antike alle Seefahrer wussten, wie notwendig und daher unausweichlich diese gefährliche Verkehrsverbindung war. Auch als Jason und seine 50 Argonauten die abenteuerliche Reise antraten, mit dem Ziel das mythische Goldene Vlies zu rauben, mussten sie Bescheid wissen, dass es zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer, woher sie stammten, eine zwar schmale und tückische Passage gab, die jedoch eine wichtige direkte Wasserverbindung darstellte.

Interurbane Kontakte zwischen Mittel- und Schwarzem Meer

Die engen Verwandtschaftsbeziehungen sind allerdings nicht nur durch die Geographie bestimmt worden, denn zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer gab es Jahrhunderte, ja sogar Jahrtausende lang intensive Verbindungen wirtschaftlicher und kultureller Natur, die erst im Laufe des 20. Jahrhunderts durch spezifische politische und ideologische Bedingungen – und zwar durch die scharfe Trennung zwischen kapitalistischer und kommunistischer Welt – gezwungenermaßen abgenommen haben bzw. manchmal sogar abgebrochen wurden. Die Ausbreitung des Kommunismus nach der russischen Oktoberrevolution und nach der Errichtung des sog. Ostblocks nach dem Zweiten Weltkrieg hat das Schwarze Meer letztlich zu einem *mare sovieticus* verwandelt, das vom Mittelmeerraum künstlich und mindestens teilweise abgetrennt wurde. Die einzige Ausnahme war die Nordküste Anatoliens und Thrakiens, die zur westlich orientierten Türkei gehörte.

Um die traditionell engen Relationen wirtschaftlicher und kultureller Natur zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer metaphorisch aufzuzeigen, soll hier das Paradebeispiel des weltberühmten Lieds *O Sole mio* angeführt werden. Bekanntlich gilt das Lied als ein Markenzeichen der süditalienischen Metropole Neapel und sogar ganz Italiens. Inzwischen weiß man, dass *O Sole mio* vom neapolitanischen Musiker und Komponist Eduardo Di Capua 1898 in Odessa während einer Russlandtournee des väterlichen Wanderorchesters komponiert wurde. Die Legende fügt hinzu, dass Eduardo Di Capua den Text von *O Sole mio* aus Nostalgie für die heimatliche Sonne schrieb. Interessanter als diese pseudopsychologische Spekulation ist im Hinblick auf den bisher angesprochenen Sachverhalt der engen Beziehungen zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer die Tatsache, dass Di Capua vor allem als Kaffeemusiker

in Odessa weilte, denn in dieser Stadt lebte permanent eine kleine italienische Immigrantengruppe, die mit dem Kauf, dem Handel und dem Export von Getreide tätig war. Der Grund für diese italienische, sprich neapolitanische Präsenz bestand darin, dass zu jener Zeit in Italien ein ständiger Weizenproduktionsmangel herrschte, der erhebliche Engpässe bei der Teigwarenherstellung verursachte. Die neapolitanischen Fabrikanten versuchten, dieses permanente Defizit durch den systematischen Getreideimport aus den üppigen Getreidefeldern der Ukraine zu kompensieren, die damals eine Art Kornkammer Europas darstellte. Es ist nahe liegend, dass regelmäßige Lieferungen über Odessa, dem damals wichtigsten russischen Handelshafen am Schwarzen Meer, nach Neapel verfrachtet wurden. Erst die Oktoberrevolution sowie die sowjetische Kollektivierung der Landwirtschaft und die darauf folgende von Stalin verursachte große Hungersnot haben die Verbindungen zwischen Odessa und Neapel abgebrochen.

An dieser Stelle muss aber zugleich betont werden, dass die regen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen dem Schwarzen und dem Mittelmeer mindestens auf das Mittelalter zurückgehen, denn man darf nicht vergessen, dass einer der wichtigsten Endpunkte der Seidenstraße Trapezunt (heute Trabzon) gewesen war. Wahrscheinlich lässt sich sogar behaupten, dass gerade während mittelalterlicher Zeiten die interurbanen Verbindungen zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer am intensivsten gewesen sind. Es ist bekannt, dass die Seidenstraße der direkteste und verhältnismäßig sicherste Weg zwischen Ostasien und Europa war. Speziell von China über Zentralasien nach Trapezunt wurden begehrte Waren und wertvolle Güter mit Hilfe von Karawanen transportiert, die dann in den wichtigsten europäischen Handelsstädten der damaligen Zeit verkauft wurden. Selbstverständlich gab es damals auch andere Handelswege wie beispielsweise derjenige, der über das Südchinesische Meer, die Straße von Malakka, den Indischen Ozean nach Akaba am nördlichen Ende des Roten Meeres führte. Aber diese Strecke galt sowohl für Menschen als auch für Waren vor allem wegen der endemischen Piratenüberfälle und der tückischen Monsunsaison als unzuverlässig und besonders gefährlich. Deshalb blieb der Seidenweg nach Trapezunt Jahrhunderte lang die bevorzugte Verbindung.

Dies lässt sich vor allem am Fall der Genueser, in minderen Maßen anhand der Venezianer und für kürzere Zeit anhand der Pisaner exemplifizieren, die regelmäßig durch das Schwarze Meer nach Trapezunt segelten, um Güter aus China zu erwerben, die dann in ihren mediterranen Heimatstädten verkauft oder nach Mittel- und Nordeuropa transportiert und schließlich zum Kauf angeboten wurden. Diese Route war damals so befahren, weil sowohl Genueser als auch Venezianer Kolonien und ständige Lager Räume zwischen der eigenen Ursprungsstadt und

Trapezunt sowie anderen Häfen am Schwarzen Meer besaßen. Bis heute kann man beispielsweise auf den griechischen Inseln vor der anatolischen Küste die Reste solcher Siedlungen sehen, die als notwendige Zwischenstationen galten. Als Paradebeispiel dieser langzeitigen mediterranen Präsenz am Schwarzen Meer kann die bis heute übrig gebliebene Festung von *Heraclea* bei Enisala (Provinz Tulcea in Rumänien) angeführt werden, die von genuesischen Händlern im 12. Jahrhundert rekonstruiert und erweitert wurde, um die Sicherheit der Seewege am Schwarzen Meer zu stärken. Man darf in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, das zwischen 1858 und 1860 die Rumänen in der Stadt Constanța den sog. genuesischen Leuchtturm errichteten, mit dem Ziel, die historische Rolle der genuesischen Händlergemeinschaft im kollektiven Gedächtnis dieser wichtigen multikulturellen Hafenstadt der Schwarzmeerregion aufrechtzuerhalten.

Wirtschaftliche und politische Umwälzungen

Die engen Handelsverbindungen zwischen den Städten des Mittelmeer- und des Schwarzmeerraums erfuhren nach der Eroberung von Konstantinopel durch die Osmanen (1453) und nach der Entdeckung neuer ozeanischer Handelswege und der neuen Welt (1492) zwar eine deutliche Reduzierung, jedoch keinen krassen Abbruch. Die Ursache für die partielle Abnahme der Handelsbeziehungen lässt sich vornehmlich nicht, wie der französische Historiker Fernand Braudel betonen würde, auf einzelne Ereignisse zurückführen. Als viel bedeutungsvoller und folgenreicher haben sich langzeitige Prozesse konjunktureller Natur erwiesen.

Es handelt sich dabei um die Entstehung dessen, was Immanuel Wallerstein als das kapitalistische Weltsystem samt seiner spezifischen globalen Arbeitsteilung bezeichnet hat. Es ist heute weitgehend unumstritten, dass zwischen 1460 und 1640 in einem relativ kleinen Kern des Alten Kontinents neue Modalitäten entstanden, welche es erlaubten und erforderlich machten, die Wirtschaft neu zu konzipieren und zu organisieren. Diese neue Wirtschaftsweise, die erhebliche gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen mit sich brachte, und die sich mit der Zeit weltweit ausbreitete, wurde von Max Weber mit dem einfachen und einprägsamen Begriff des *rationalen Kapitalismus* zusammengefasst. Nach Wallerstein gingen die neuen Formen des Sozial- und Wirtschaftshandelns fast unausweichlich mit einer räumlichen Expansionstendenz einher, die zur weltweiten Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise und zu einer Neugestaltung der sozialen Beziehungen zwischen unterschiedlichen kollektiven Wirtschaftspartnern, das heißt zwischen Gesellschaften, Staaten, Nationen, Regionen, Städten usw. führten. Diese auf einer immer stärkeren (Inter-)Dependenz beruhenden Wirtschafts- und Sozialverhältnisse beinhalteten eine spezifische internationale Arbeitsteilung, welche die Sozialstrukturen und Kulturmuster aller Gesellschaften, die vom Bildungs- und Ausbreitungsprozess des kapitalistischen Weltsystems betroffen waren, in entscheidender Weise beeinflussten.

Die neue internationale Arbeitsteilung innerhalb des kapitalistischen Weltsystems beruhte dabei auf der systematischen territorialen Trennung von Zentren, Peripherien und externen Zonen. Zunächst teilten sich Europa und etwas später weite Teile des Globus einerseits in (wenige) Regionen auf, die eine Beschleunigung der Geschichte in Form einer raschen Modernisierung ihrer sozioökonomischen Struktur erlebten, und andererseits in (viele) Räume, die Jahrhunderte lang andauernde sozioökonomische Stagnations- und Verarmungsprozesse durchlaufen sollten, die wiederum mit tief greifenden Erscheinungen kultureller Missachtung und Ausgrenzung einhergingen. In den externen Zonen gab es Gesellschaften, die für längere Zeit außerhalb des Weltsystems blieben und erst später dazu kamen.



Jason bringt Pelias das Goldene Vlies.

Die Errichtung des kapitalistischen Weltsystems brachte einen gewaltigen Umbruch der sozioökonomischen und kulturellen Verhältnisse in Europa mit sich, der einerseits zur Verschärfung der bereits bestehenden Unterschiede führte, und andererseits die Formation von neuen historischen Regionen auf dem Alten Kontinent mit sich brachte.

Man kann daher zu Recht behaupten, dass Europa ab dem 15. Jahrhundert aufgrund der ökonomischen, sozialstrukturellen und kulturellen Differenzen zwischen dem Zentrum, seinen verschiedenen Peripherien und den vom kapitalistischen Weltsystem nur am Rande oder nur zeitweise gestreiften Gesellschaften, die man in den sog. externen Regionen beobachten kann, ein immer stärker differenziertes Profil annimmt.

Vom Zentrum zur Peripherie

Nach der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems erfuhren sowohl die mediterranen Gesellschaften als auch diejenigen des Schwarzen Meeres entweder einen tief greifenden Prozess der Peripherisierung, oder sie wurden in das Osmanische Reich einverleibt, das während eines relativ langen Zeitabschnittes am Rande des Weltsystems blieb und daher eine externe Region bildete.

Die nicht unter osmanischer Herrschaft geratenen Städte des Mittelmeerraumes sowie die des nördlichen Schwarzen Meeres entwickelten sich somit als Peripherien, die in erster Linie die Zentrumsländer Nordwesteuropas (England, Flandern, usw.) mit Nahrungsmitteln sowie mit Rohstoffen zur Herstellung wertvoller Textilien, Pelz- und Lederwaren belieferten.

Was die Situation des Osmanischen Reiches angeht, lässt sich feststellen, dass die Pforte eigene und unabhängige Sozial- und Wirtschaftsstrukturen besaß. Erst im Laufe seines Niedergangs, als westeuropäische Beobachter es bereits als den „kranken Mann am Bosphorus“ bezeichneten, wurde das imperiale Gebilde in das sich zunehmend ausbreitende Weltsystem eingeschlossen. Die Folge dieses Integrationsprozesses war die Peripherisierung und das langsame Abbröckeln jenes mächtigen Reichs, das auf dem Höhepunkt seiner Macht Wien belagert hatte. Dieser Prozess der Peripherisierung betraf sogar in größerem Maße auch die Städte und Regionen des Mittelmeerraumes und des Schwarzen Meeres. Die meisten urbanen Zentren sowie das entsprechende Umland,



Foto: Wikimedia Commons

Überreste der genuesischen Festung von Heraclea bei Enisala (Provinz Tulcea in Rumänien).

die Jahrhunderte lang unter osmanischer Herrschaft gestanden hatten, wurden somit eine Peripherie der Peripherie.

Es mag merkwürdig erscheinen, dass bisher Russland kaum als Hauptakteur am Schwarzen Meer erwähnt wurde. Es muss aber betont werden, dass die Moskauer Zaren bis zu Beginn des 18. Jahrhunderts andere Sorgen und Interessen hatten, als Expansionspläne am Schwarzen Meer zu schmieden. Seit dem Fall von Konstantinopel und bis 1700 war das Schwarze Meer, vom politischen Standpunkt her gesehen, das *Kara Deniz* d.h. eine von den Osmanen beherrschte Gegend. Erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts nahm in Zusammenhang mit dem langen Untergang des „kranken Mannes am Bosphorus“ die russische Präsenz zu, so dass das *Kara Deniz* sich relativ schnell in das *Tschernoje More* d.h. in ein russisch und später sowjetisch dominiertes Gewässer verwandelte. Dieser politische Wechsel änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass die Städte am Schwarzen Meer weiterhin eine Peripherie blieben.

Einen endgültigen Schub in Richtung Peripherisierung lässt sich im 19. und im 20. Jahrhundert beobachten, der mit der definitiven Auflösung der Imperien und mit der unheilvollen Entstehung einer Reihe relativ kleiner, wirtschaftlich benachteiligter und untereinander rivalisierender Nationalstaaten endet. Diese neuen Nationalstaaten haben durch ihre jeweilige harsch nationalistische Ausrichtung sowohl eine engstirnige protektionistische Politik betrieben als auch brutale ethnische Säuberungsmaßnahmen umgesetzt, die zur definitiven Dekadenz bzw. Zerstörung der einst ökonomisch florierenden und kulturell vielfältigen, ja gar kosmopolitischen Hafenstädte am Schwarzen Meer führten.

Multikulturelle Urbanität am Schwarzen Meer

Wahrscheinlich eines der herausragenden sozialstrukturellen Merkmale der Schwarzmeerregion und speziell des dortigen urbanen Milieus ist die ausgeprägte kulturelle Vielfalt. Wie Historiker festgestellt haben, sind quasi sämtliche Völker, die von Ost nach West gezogen sind, an der Küste des Schwarzen Meeres vorbeigewandert. Man kann also die gesamte Region als ein typisches Überlagerungsgebiet bezeichnen, das man in Anlehnung an den deutschen Historiker Stefan Troebst auch eine *Autobahn der Völkerwanderungen* nennen kann. Aber die Schwarzmeerregion erwies sich auf Grund ihrer Handelsmöglichkeiten auch für Immigranten aus Europa und Asien als attraktiv.

In diesem Sinne sind Odessa, Constanța, Burgas, Varna, Suchumi, Batumi, Trabzon, Samsun, usw. symbolträchtige Namen weltberühmter Städte, die sich Jahrhunderte lang durch eine ausgeprägte Multikulturalität auszeichneten. In diesen Städten trafen sich bzw. ließen sich Menschen verschiedenster Kulturen Europas und Asiens nieder. Das urbane Gesellschaftsgefüge am Schwarzen Meer war also seit jeher durch die Begegnung

und die Konfrontation zwischen Individuen und Gruppen unterschiedlicher ethnischer, religiöser und sprachlicher Zugehörigkeit geprägt, die sich im Alltag nach spezifischen Sitten, Bräuchen, Konventionen und gewohnheitsrechtlichen Normen richteten. In den genannten Städten lebten größere Gruppierungen von Juden, Griechen, Russen, Türken, Deutschen, Polen, Italienern (speziell die bereits erwähnten Genueser und Venezianer), Bulgaren, Rumänen, Armeniern, Gagausen, Tataren, Roma usw. auf engstem Raum zusammen. Nicht vergessen werden sollen dabei auch die Schweizer. Es handelte sich in erster Linie um Konditoren aus dem *Val Poschiavo*, die nach Odessa übersiedelten und dort erlesene Confiterien führten. Als das beste Kaffeehaus der Stadt, in dem sich auch die literarische Elite traf, galt um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert das vom *Puschlaver* Giacomo Fanconi im Jahre 1872 gegründete und bis heute noch existierende gleichnamige Luxuscafé.

Um kein allzu rosiges Bild der urbanen Multikulturalität am Schwarzen Meer zu zeichnen, muss allerdings gleichzeitig hinzugefügt werden, dass die Koexistenz der verschiedenen ethnischen Gemeinschaften nicht unbedingt problemlos verlief. In den Städten der Schwarzmeerküste gab es permanente interethnische Spannungen und Konfrontationen, die sowohl mithilfe von langwierigen Vermittlungen, Verhandlungen und Kompromissen beigelegt bzw. gebändigt werden, als auch zu gewaltsamen Konflikten führen konnten, wie Neal Asherson am Beispiel von Suchumi aufgezeigt hat. Das Ausbrechen solcher blutigen Auseinandersetzungen darf nicht als negative, regional beschränkte Besonderheit betrachtet werden, denn sie sind eher die Regel als die Ausnahme. Auch in den multikulturellen Städten am Schwarzen Meer lebten folglich die verschiedenen ethnischen Gruppen getrennt. Zwischen ihnen herrschte eine permanente Atmosphäre des Misstrauens, die durch die Entstehung der Nationalstaaten und durch die sowjetische Repression wirtschaftlich erfolgreicher Diasporagemeinschaften erheblich verschärft wurde. Das 20. Jahrhundert erwies sich in der Schwarzmeerregion als das Zeitalter der ethnischen Säuberungen und nicht selten auch der Pogrome. Exemplarisch ist das Schicksal der pontischen Griechen, die im Laufe des 20. Jahrhunderts zur Rückkehr nach Griechenland gezwungen wurden und sich dort paradoxerweise als geduldete Diaspora in der eigenen Nation niederlassen mussten.

* * *

Für die meisten Westeuropäer ist das Schwarze Meer eine abgelegene und fast unbekannte Region, ein unbeschriebenes Blatt. Durch eine genauere Betrachtung der Städteentwicklung, die sich bemüht, sowohl die sozioökonomischen, kulturellen und politischen Gegebenheiten zu rekonstruieren, erhält man ein umgekehrtes Bild. Das Schwarze Meer ist aufgrund seiner sehr bewegten Geschichte und Gegenwart eine eigene Geschichtsregion, die durch ihre langzeitige, außerordentlich dramatische soziokulturelle Dynamik einem stets aktiven Vulkan gleicht, der durch eine kontinuierliche Abfolge von Eruptionen gekennzeichnet ist.

Literatur

Asherson, Neal: *Black Sea*. New York 1995; King, Charles: *The Black Sea: A History*. Oxford 2004; Troebst Stefan: *Le Monde méditerranéen – Südosteuropa – Black Sea World: Geschichtsregionen im Süden Europas*. In: Schenk, Frithjof B., Winkler, Martina (Hg.): *Der Süden: neue Perspektiven auf eine europäische Geschichtsregion*. Frankfurt/M. 2007, S. 49–74.

Christian Giordano, Professor am Lehrstuhl für Sozialanthropologie, Universität Fribourg.

Viktor Stepanenko

Abschied von der postsowjetischen Politik in der Ukraine

Im Gegensatz zu der „Orangen Revolution“ von 2004 ist die aktuelle ukrainische Protestbewegung hauptsächlich von zivilen Akteuren initiiert und vorangetrieben worden, die Parteipolitik und politischen Institutionen eher kritisch gegenüber stehen. Mit der Schaffung einer neuen Wertesphäre hat der Majdan versucht, sich von der postsowjetischen Politik abzunabeln. Aufgabe der neuen Regierung wird es sein, die Forderungen des Majdan umzusetzen, um so zu einem richtigen Neuanfang beizutragen. – R. Z.

Die Ukraine durchläuft derzeit einen Prozess dramatischer sozialpolitischer Veränderungen, deren Ausgang noch kaum abzusehen ist. Die Gründe für die ukrainische Protestbewegung und die daraus zu lernenden Lektionen bedürfen noch einer detaillierten Analyse. Klar ist aber, dass „die Straßen zu sprechen beginnen“, wo konventionelle, wenigstens formal demokratische und konsensorientierte politische Mechanismen entweder kollabiert oder substantiell korrupt sind. Das ist in der Ukraine der Fall. Um die politische Situation und die Revolution von 2013/2014 zu erklären, werde ich zwei miteinander zusammenhängende Konzepte anwenden: „postsowjetische Politik“ und „(De-)Institutionalisierung“. Mit „postsowjetischer Politik“ sind ein Mechanismus administrativ stark zentralisierter Entscheidungsfindung und eine Befehlslogik gemeint, die stark mit einer institutionellen Erinnerung an die sowjetische (und heute auch russische) Staatsbürokratie und an ein Ein-Parteien-System belastet sind. „Institutionalisierung“ meint in ihrer soziologischen Bedeutung die Formierung eines Systems mit formalen und informellen Regeln, Normen und Werten, die die soziale und vor allem die politische Interaktion prägen.

Janukovytschs postsowjetische Politik

Mein Hauptargument lautet: Die Majdan-Protestbewegung war ein Versuch, die Institutionen der postsowjetischen Politik aufzulösen. Die Welle des Niederreißens von Lenin-Denkmalern, die die westlichen und zentralen Teile des Landes erfasste, war bloß die simpelste, wenn auch überaus symbolische Handlung in diesem komplexen Prozess. Eine weit schwerere Aufgabe ist es, die Mentalität und Haltungen der Menschen zu ändern. In diesem Sinne war der Majdan eine herausfordernde Erfahrung im Schaffen neuer Institutionen, Regeln und Werte, die im Kern nicht „postsowjetisch“ sind. Man könnte sie „echt demokratisch“, europäisch nennen, sie basieren auf dem Rechtsstaat, respektieren individuelle Rechte und die Menschenwürde und appellieren an die menschliche Gerechtigkeit. In politischer Hinsicht war die ukrainische „Revolution der Würde“ eine einzigartige Erfahrung massenhaften öffentlichen Engagements bei der Suche nach neuen Formen der direkten und repräsentativen Demokratie wie auch nach einer Staatlichkeit, die den Idealen und Normen der sozialen Vorstellungen entspricht. Eine institutionelle Falle besteht allerdings im unvermeidlichen Widerspruch zwischen den idealen Vorstellungen und ihrer praktischen (und möglichen) Umsetzung. Die Entwicklungen nach dem Majdan haben dies bereits gezeigt: Zum Beispiel sind sofortige Neuwahlen kaum möglich, weil die Verfassung legislative Restriktionen enthält, die eingeführt worden sind, um

eine gewisse Regierungskontinuität anstelle eines anarchischen Zustandes zu gewährleisten.

Nachdem Viktor Janukovytsch 2010 die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, änderte sich die sozialpolitische Landschaft der Ukraine drastisch: die Demokratisierung wurde zurückgestutzt, konstitutionelle Menschenrechte, Presse- und Versammlungsfreiheiten eingeschränkt und die totale politische und administrative Kontrolle durch die *Partei der Regionen* (oft ironisch auch „Partei einer Region“ genannt – gemeint ist der Donbass, aus dem der Oligarchen-Clan um Janukovitsch stammt) verstärkt. 2010 verfügte das Verfassungsgericht die Rückkehr zu einem Präsidialsystem mit einem Machtmonopol über das gesamte Spektrum der exekutiven und legislativen Behörden wie auch über das Gerichtswesen, die Armee und die Polizei.

Zudem pflegte das Regime die alte sowjetische Identität mit ihrem breiten Spektrum an Propagandamythen und Ritualen. Zugegebener Weise überwiegt diese Identität heute noch bei einem bedeutenden Bevölkerungsteil in der Ost- und Südukraine und auf der Krim. Die ideologische Sowjetisierung und De-Ukrainisierung kam auch in einer Reihe von Sprach- und Erziehungsstrategien sowie in der kulturellen und medialen Sphäre zum Ausdruck.

Janukovytschs ideales Modell war offensichtlich die russische „souveräne Demokratie“. Doch dem Versuch, Putins autokratisches Modell zu reproduzieren, fehlten zwei Voraussetzungen, die in Russland vorhanden sind: erstens große ökonomische und finanzielle Ressourcen und zweitens eine starke historische Tradition des Etatismus mit einem fast sakralen Verhältnis der Bevölkerung zum Staat. Die ukrainische politische und kulturelle Komplexität und die diversen Interessen der regionalen politischen Eliten und Oligarchen konnten kaum in das autoritäre Ein-Parteien-Schema gezwängt werden. Wichtig ist auch der sozio-demographische Faktor: Um 2010 wurde eine Generation von Ukrainern sozial aktiv, die in einem unabhängigen Land geboren worden und nie Mitglied einer kommunistischen Jugendorganisation gewesen sind.

Trotz der sich stetig verschlechternden sozio-ökonomischen Situation und des massenhaften Misstrauens gegenüber den politischen Institutionen wäre unter normalen Umständen das schwelende Konfliktpotential vermutlich erst bei den Präsidentschaftswahlen Ende 2015 – analog zum Szenario der „Orangen Revolution“ von 2004 – erneut aufgeflammt. Doch das Dilemma zwischen der EU-Orientierung und der von Russland angeführten Eurasischen Zollunion fügte der ukrainischen politischen Krise ein neues geopolitisches Drama hinzu. Die Mehrheit der Ukrainer empfand dieses Dilemma als eine Wahl zwischen einer



Foto: Viktor Stepanenko

Auf den Barrikaden des Majdan repräsentierten sich verschiedene Interessengruppen.

zukunftsgerichteten, pro-europäischen Chance und einem pro-sowjetischen Echo aus der Vergangenheit. So hat Janukovytschs Weigerung, das EU-Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen, die Massenproteste auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz, den Euromajdan vom November 2013, ausgelöst. Pro-europäische Aktivisten betrachteten dies als den effizientesten und bereits erprobten politischen Mechanismus, um die massenhafte Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen.

Der Majdan als neuartige Institution

Als einer der ersten rief der Journalist Mustafa Nayem über soziale Netzwerke zu Demonstrationen auf. Öffentliche Selbstorganisation – und nicht Aufrufe der politischen Elite – charakterisierte wesentlich den ganzen Verlauf der Protestbewegung inklusive der entscheidendsten Episoden. Das offenbart die wichtige Dynamik des soziopolitischen Prozesses in der Ukraine: erstens das extrem geringe Vertrauen in den Staat und die politischen Institutionen und zweitens den Trend einer abnehmenden Parteiorientierung (wenn nicht De-Politisierung) der zivilgesellschaftlichen Demonstrationen. Die späteren Versuche von Politikern, den Majdan zu monopolisieren, wurden stets kritisiert. Dieser Skeptizismus gegenüber der politischen Opposition basiert auch auf der Erfahrung vom „oranen“ Majdan von 2004: Präsident Juschtschenkos Regierung hat viele Menschen enttäuscht. Die Fehler von 2004 nicht zu wiederholen und die Politiker stärker zu kontrollieren, das war die Lektion, die sie aus der Orangen Revolution von 2004 gezogen hatten, und das wurde 2013/2014 auf dem Majdan häufig artikuliert.

Die Mehrheit der Menschen auf dem Majdan, 92 Prozent, war Anfang Dezember 2013 nicht Mitglied irgendeiner Partei oder Bürgerbewegung.¹ Die Zusammenarbeit mit der politischen Opposition erfolgte später aufgrund einer pragmatischen Entscheidung und wechselseitiger Interessen: der Protest brauchte technische, finanzielle und organisatorische Ressourcen sowie institutionalisierte politische Kanäle und Repräsentationen seiner Forderungen. Die Führer der drei politischen Oppositionsparteien konnten all dies zumindest erleichtern. Im Gegenzug fand die politische Opposition auf dem Majdan das mächtigste Instrument, um die Regierungszusammensetzung zu ihren Gunsten zu verändern.

Divergenzen kamen auf beiden Seiten während des Protests zum Ausdruck. Die Demonstranten verlangten von den Politikern einen klaren Plan und eine Vision, die Wahl eines

Anführers und eine öffentliche Diskussion aller Positionen bei den Verhandlungen mit den Behörden. Doch in den entscheidenden Momenten waren es die Demonstranten und nicht die Politiker, die der Situation einen ausschlaggebenden und oft nicht voraussehbaren Impuls gaben. Nach zwei Monaten des „Wartens und Redens“ auf dem Majdan war es die Initiative von Demonstranten (vor allem aus dem „Rechten Sektor“ und von Fußballfans), und nicht von Politikern, am 19.–20. Januar durch die Hruschewskij-Straße zum Parlament zu gelangen. Damit begann die letzte, radikale Phase des Konflikts. Nach dem massenhaften Mord an Demonstranten am 20. Februar war es Volodymyr Parasiuk, Anführer einer Majdan-Selbstverteidigungsgruppe und kein Politiker, der auf der Majdan-Bühne die Unzufriedenheit der Massen mit

den Verhandlungen mit Janukovytsch zum Ausdruck brachte und letzterem das Ultimatum stellte, sein Amt innerhalb von acht Stunden aufzugeben. Im gegenteiligen Fall, so schwor Parasiuk, würden er und seine Kollegen das Präsidialbüro angreifen, auch wenn sie nicht von allen unterstützt würden. In diesen und anderen Episoden sprach der Majdan das letzte Wort. Die politischen Oppositionsführer hatten keine andere Wahl, als diese Forderungen zu akzeptieren und zu repräsentieren, wenn auch auf ihre eigene Weise.

Der Majdan agierte als eine neuartige Institution, die nicht als uniforme hierarchische Organisation verstanden werden kann. Es war viel mehr eine offene und bunte Gemeinschaft, bei der fast alle ukrainischen Regionen und andere Weltregionen mit diversen Flaggen und Zelten symbolisch vertreten waren. Es war eine Kombination von diversen sozialen Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und variierenden Forderungen, die mit der Situation des Landes unzufrieden waren: Studierende, Tschernobyl- und Afghanistankriegs-Veteranen, Besitzer von kleinen und mittleren Unternehmen, die Intelligenzija, Anarchisten, Nationalisten, Rocker, Fußballfans, etc.

Die Transformation des Majdan

Während der vier Protestmonate durchlief der Majdan eine Transformation. Zu Beginn war er eine öffentliche Arena auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz, wo sich Aktivisten und Bürger versammelten, um die aktuelle Situation zu diskutieren und Aktionen zu planen. Mehr als zehn Versammlungen – nach einer aus der Zeit vor der Kiewer Rus' stammenden ostslawischen Stammestradition direkter Demokratie „*vitsche*“ (ukr. віче) genannt – fanden jeweils mit tausenden von Kiewern und Bewohnern anderer Regionen an Sonntagen zwischen Dezember 2013 und März 2014 statt. Der Fokus des Majdan war auf die Bühne gerichtet, von der aus Reden gehalten, Neuigkeiten verkündet und Morgengebete gesprochen wurden. Zudem kommunizierte der Majdan über den einzigen verbleibenden oppositionellen TV-Sender, den 5. Kanal, und über einige Internetseiten sowie eine Vielfalt an sozialen Mediennetzwerken, die von Aktivisten und Unterstützern unterhalten wurden.

Nach der brutalen Niederschlagung des Protests durch die Polizei am 30. November 2013 radikalisierte sich der Protest und es entstand der Majdan-„*sitsch*“ (ukr. січ) – benannt nach dem administrativen und militärischen Zentrum der ukrainischen Kosaken –, ein Selbstverteidigungslager mit schnell in die Höhe

wachsenden Barrikaden. Die Selbstverteidigung wurde mit der Zeit zu einer revolutionären Freiwilligenarmee mit eigenen Divisionen (Hundertschaften) und einer Kommandozentrale, die alle Aktivitäten mit dem Hauptquartier für nationalen Widerstand koordinierte. Ziel war der Schutz der Aktivisten und Bürger auf dem Majdan. Obwohl es sich um ein paramilitärisches Netzwerk handelte, besaßen seine Mitglieder keine Feuerwaffen – zumindest nicht zu dem Zeitpunkt, als die Polizei begann, Waffen auf die Demonstranten zu richten. Die Selbstverteidigungsdivisionen waren entweder nach dem regionalen Prinzip (von Lviv, Volyn etc.) oder nach einem spezifischen Profil (die „Afghanen“, die „Kosaken“, der Rechte Sektor u. a.) organisiert. Bis Mitte Februar 2014 wurden etwa 40 solche Hundertschaften etabliert. Neben diesen Gruppen wurde der Majdan von diversen Einheiten unterstützt, die u. a. medizinische, logistische und Versorgungshilfe leisteten. Eine der effizientesten Strukturen der Protestbewegung war auch der „Auto-Majdan“, eine Gruppe von Autobesitzern, die ihre Fahrdienste anboten.

Die Kontrollfunktion des Majdan

Eine weitere wichtige Funktion des Majdan war die öffentliche Kontrolle der Behörden. Sie wurde besonders wichtig, nachdem Präsident Janukovytsch am 21. Februar 2014 geflohen und die neue Übergangsregierung durch das Parlament bestimmt worden war. Zuvor jedoch wurde jedes Mitglied der neuen Regierung auf dem Majdan bestätigt. Einige aktive Anführer der Protestbewegung übernahmen Ministerposten: Oleh Musij, der Oberarzt der medizinischen Majdan-Einheit, Dmytro Bulatov, Leiter des Auto-Majdan, Sergij Kvyt, der Rektor der Universität der Kiewer Mohyla-Akademie. Auch die neu geschaffenen Institutionen, das Antikorruptionsbüro und das Lustrationskomitee, erhielten Leiter aus den Reihen der Majdan-Aktivisten.

Dennoch sind die neuen Autoritäten nur teilweise fähig, die Forderung des Majdan zu erfüllen, nicht nur die Gesichter, sondern das ganze System zu verändern. Dies nicht nur, weil die wichtigsten Positionen in der Regierung – der Übergangspräsident bis zum 25. Mai, Oleksandr Turtschinov, und der Ministerpräsident, Arsenij Jazenjuk – mit Mitgliedern der *Batkivschtschina*-Partei von Julija Tymoschenko besetzt wurden. Die größten Risiken bestehen in der engen Verbindung zwischen dem „Big Business“ und Politik und in den korrupten Beziehungen in der Staatsmaschinerie des Landes. Die separatistischen Aufstände in den südöstlichen Regionen und die dortigen tiefen ökonomischen Schwierigkeiten werden auch die neue Regierung zu unvermeidlichen Kompromissen mit den verschiedenen Einflussgruppen zwingen.

Nach dem Majdan

Für den Sieg des Majdan als entscheidendes (und gar radikales) Durchschneiden der Nabelschnur zur postsowjetischen Politik hat die Ukraine einen hohen Preis bezahlt: Hunderte von Toten, die russische militärische Besetzung der Krim und deren Annexion, der Aufstand des bewaffneten Separatismus, der durch Putins Russland und durch den Clan des Ex-Präsidenten in den südöstlichen Regionen inspiriert und unterstützt wurde, die harte ökonomische und finanzielle Situation – all dies charakterisiert den Zustand der post-revolutionären Ukraine. Gleichzeitig verwenden bewaffnete anti-ukrainische Separatisten angeblich dieselben Motive und Taktiken wie auf dem Majdan mit dem Argument: „Warum darf Kiew, und uns ist es nicht erlaubt?“

Heute stellen sich folgende Fragen: Hat die Ukraine diesen Majdan gebraucht? War er ein zu hoher Preis für den Versuch, ein radikales soziales Projekt zur Renovation des Landes umzusetzen? Und was haben die Ukrainer davon? Die letzte Frage ist besonders wichtig. Ich denke, die Antwort liegt in der

Wertesphäre, vor allem in der neuen Aktualität von sozialen Beziehungen von Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Vertrauen, Solidarität, Würde und Offenheit, die während der Protestbewegung lebendig und vielfältig als massenhafte Erfahrung realer Demokratie und Patriotismus in Erscheinung getreten sind. Historisch gesehen könnten diese Werte und Normen ein wertvolleres soziales Kapital darstellen als ein höheres Niveau an nationalem ökonomischem Vermögen. Zum ersten Mal seit 1991 kann die Ukraine heute als Nation und Land sein Recht auf Existenz einfordern. Die Unabhängigkeit des Landes von 1991 ist ohne Blutvergießen und größere Konflikte erreicht worden. Es geschah vor allem auf der Basis eines Pakts der bisherigen sowjetischen Elite, durch die Institutionalisierung eines neuen unabhängigen Landes innerhalb der administrativen Grenzen der Ukrainischen Sowjetrepublik. Heute können die Ukrainer ihr Recht auf eigene Staatlichkeit auf eine richtige Art und Weise beweisen, die Grenzen des Landes müssen bestätigt und geschützt werden.

Viele Majdan-Aktivisten waren Enthusiasten und Romantiker, die fest an echte Veränderungen für eine bessere Zukunft des Landes glaubten, sie verteidigten die Menschenrechte und politische Freiheiten, Gerechtigkeit und die Würde der Person. Einen der revolutionären Programmtexte hat Sergij Kemschij verfasst, ein junger Politikwissenschaftler – der Text erschien einen Tag, bevor sein Autor von einem Polizeischarfschützen getötet wurde. Das Dokument beinhaltet eine Stellungnahme zu den neuen Beziehungen zwischen der Gesellschaft und dem Staat sowie die Forderung, die Gesellschaft durch eine aktuelle Realisierung von Art. 5 der ukrainischen Verfassung umzugestalten, in dem vom „Volk als einziger Machtquelle in der Ukraine“ die Rede ist. Die Stimme des Majdan hat verlangt, dass neue legislative Mechanismen direkter Demokratie das Volk nicht nur befähigen sollten, seine Vertreter auf nationaler und lokaler Ebene zu wählen, sondern diese auch – sollte es aufgrund von Vertrauensverlust, Korruption, Fehlhandlungen etc. nötig sein – zum Rücktritt aufzufordern. Kemschij schrieb: *„Die Forderung der Bürger besteht darin, den Staat von einer feudalistischen Geißel in ein Instrument der gesellschaftlichen Selbstorganisation zu verwandeln. [...] Wir brauchen keine Schafhüter mehr, sondern Diener am Volkswillen, die die sozialen Ressourcen effizient koordinieren, um gemeinsame Ziele zu erreichen.“*²

Der Majdan und der Volksaufstand von 2014 waren radikale und manchmal verzweifelte Versuche eines massenhaften öffentlichen Engagements für einen sozialen Wiederaufbau der Ukraine. Heute stehen die Ukrainer vor einer anderen Aufgabe: Wenn die Ideale des Majdan schon nicht vollständig realisiert werden können, so sollten sie dennoch beweisen, dass das Opfer von vielen Romantikern und Patrioten nicht umsonst gewesen ist. Dabei ist die alltägliche Routinearbeit beim Aufbau eines zivilisierten Staates die weit größere Herausforderung als einen Diktator vom Thron zu werfen.

Übersetzung aus dem Englischen: Regula Zwahlen.

Anmerkungen

- 1) Umfrage der *Democratic Initiatives Foundation* und des *Kyiv International Institute of Sociology* vom 7.–8. Dezember 2013; <http://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=216&page=1>.
- 2) Kemschij, Sergij: Čueš, Majdane? [Hörst Du, Majdan?]; <http://www.pravda.com.ua/columns/2013/12/19/7007716>.

Viktor Stepanenko, PhD, Institut für Soziologie an der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Kiew.

Heike Karge

Virulente Vergangenheit.

20 Jahre nach dem Völkermord von Srebrenica

In Srebrenica ereignete sich im Juli 1995 das schlimmste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Bei dem Massaker nach der Einnahme der UN-Schutzzone kamen über 8000 muslimische Jungen und Männer ums Leben. 20 Jahre nach dem Verbrechen, das UN-Gerichte als Völkermord klassifiziert haben, sind weiterhin viele Fragen offen. Noch immer konnten nicht alle Hinterbliebenen die sterblichen Überreste ihrer Angehörigen würdig bestatten, noch immer wird das Geschehen verdrängt und verleugnet, und noch immer sind nicht alle Verantwortlichkeiten beim Fall der Schutzzone geklärt. – S. K.

20 Jahre nach dem Völkermord sind die meisten der hinterbliebenen Frauen von Srebrenica längst ergraut. Das Leben vieler Hinterbliebenen, auch wenn es über zwei Jahrzehnte äußerlich weitergeführt wurde, ist innerlich faktisch steckengeblieben in diesen Tagen im Juli 1995 in Srebrenica. Denn auch 20 lange Jahre nach dem Massaker ist die Vergangenheit für viele von ihnen nicht abschließbar, der Zustand eines *past perfect* nicht erreicht und dies auch in absehbarer Zeit kaum vorstellbar. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Die wichtigsten drei will ich hier benennen.

Die Suche nach den Körpern der Toten

„Neuigkeiten von gefundenen Körpern wurden zu guten Neuigkeiten, da sie eine angemessene Beerdigung ermöglichten.“¹ Diese Worte der Historikerin Selma Leydesdorff könnten kaum treffender gewählt sein, um das Warten, Bangen und Hoffen zu beschreiben, das für viele der Überlebenden von Srebrenica die letzten 20 Jahre geprägt hat und weiterhin prägt.

Die 1996 geschaffene *International Commission on Missing Persons* (ICMP), welche mittels DNA-Analyse maßgeblich an der Identifizierung von Opfern der jugoslawischen Zerfallskriege beteiligt ist, bezeichnet den Völkermord von Srebrenica als „die komplizierteste forensische Herausforderung in Bezug auf die Lokalisierung und Identifizierung der Opfer.“² 20 Jahre nach dem Völkermord und nach dem Ende des Krieges in Bosnien-Herzegowina ist trotz umfangreicher Bestandsaufnahme am ICTY, dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (*International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia*), die genaue Zahl der im Juli 1995 in der Enklave Srebrenica getöteten bosniakisch-muslimischen Männer und Jungen noch nicht (oder nicht mehr) feststellbar. Das ICTY spricht von etwa 7000 bis 8000 Toten, in den westlichen Medien ist meist von „mehr als 8000“ die Rede.³

Die Unsicherheit über die Opferzahl rührt daher, dass die Körper der Getöteten von bosnisch-serbischen Kräften im Juli 1995 zunächst in sog. Primär- und im Herbst 1995 dann in sog. Sekundärgräbern verscharrt worden waren. Das Ziel dieser Aktion, den Völkermord zu verschleiern und die Identifizierung der Opfer zu erschweren, wurde zumindest teilweise erreicht. In vielen Fällen fanden sich, wenn überhaupt, Teile des Körpers eines Opfers auf mehrere verschiedene Gräber verteilt. Was für die ICMP eine enorme Herausforderung bei der Identifizierung der Opfer darstellt, ist für die Angehörigen vor allem eine unvorstellbare psychische Belastung. Manche Frauen konnten nur einige



Gelände des früheren niederländischen Bataillons (*Dutchbat*) in Potočari. Nach dem Fall der Schutzzone suchten hier am 11./12. Juli 1995 Tausende Bosniaken Zuflucht. Foto: Julian Nitzsche, CC-BY-SA 4.0

wenige Knochen ihrer Angehörigen beerdigen, manche nur einen einzigen. Auf dem Gedenkfriedhof in Potočari nahe Srebrenica werden alljährlich am 11. Juli die sterblichen Überreste der im Verlauf des vergangenen Jahres identifizierten Opfer des Völkermordes zur letzten Ruhe gebettet. Am 11. Juli dieses Jahres, dem offiziellen Gedenktag für die Opfer des Völkermordes von Srebrenica, wurden hier weitere 136 Opfer des Massakers beerdigt.⁴ Im Jahr 2010, 15 Jahre waren da seit dem Völkermord bereits vergangen, betrug die Zahl der hier Beerdigten gerade einmal etwa 3000.⁵ 15 Jahre, in denen mehr als die Hälfte der Opfer entweder nicht hatte identifiziert werden können bzw. weiterhin als vermisst galt. 15 Jahre, während derer die Hinterbliebenen Tag für Tag, Jahr für Jahr hofften, der Trauer um ihre Brüder, Söhne, Väter und Ehemänner endlich einen Ort zu geben – viele von ihnen vergeblich. Die Gesamtzahl der Personen, die heute in Bosnien-Herzegowina aufgrund des Krieges 1992–1995 weiterhin als vermisst gelten, liegt bei 8000.⁶ Die Ereignisse vom



Blick auf den Gedenkfriedhof in Potočari.

Foto: Stefan Kube

Juli 1995 betreffend, werden auch in diesem Jahr, 20 Jahre nach dem Völkermord von Srebrenica, noch etwa 1 200 Männer und Jungen vermisst.⁷

Symbolpolitik und Anerkennung des Geschehenen

Abschließen können setzt voraus, dass es Formen der Anerkennung des Geschehenen gibt. Im Falle von Srebrenica ist dieser Aspekt, der in erster Linie symbolpolitische Handlungen meint, vor allem in der Frage der Anerkennung von Srebrenica als Völkermord verdichtet. Wie hochpolitisch und hochpolitisiert dieser Aspekt ist, zeigte jüngst das letztlich erfolglose Zerren um eine UN-Resolution zu Srebrenica. Der von Großbritannien vorbereitete Resolutionsentwurf, welcher den Völkermord von Srebrenica verurteilte, wurde am 8. Juli 2015 durch ein Veto Russlands abgeblockt. Die politischen Führungen Russlands und des ihm nahestehenden Serbien und der *Republika Srpska*, dem serbischen Landesteil von Bosnien-Herzegowina, lehnen eine Bewertung der Vorgänge von Juli 1995 in und um Srebrenica als Völkermord ab, auch wenn dieser bereits vor einigen Jahren von zwei internationalen Gerichtshöfen als solcher klassifiziert worden war. Für die Hinterbliebenen dürfte dieses Votum, kurz vor dem offiziellen Srebrenica-Gedenktag am 11. Juli, einer Re-Traumatisierung gleichgekommen sein. Da sie den Genozid in Srebrenica zugelassen hätte, habe die UN eine Verpflichtung, diese Resolution zu verabschieden, mahnte bereits im März die Vorsitzende der Vereinigung *Majke Srebrenice* (Mütter von Srebrenica), Hatidža Mehmedović.⁸ Nun hat statt der UN das Repräsentantenhaus der USA eine Resolution verabschiedet, in der die „Leugnung oder ein Anzweifeln, dass das Massaker in Srebrenica ein Genozid war“, kritisiert wird.⁹ Diese klare Positionierung der USA auf der Seite derer, die die Gerichtsurteile des Internationalen Gerichtshofes und des ICTY anerkennen, ist zwar ein gewichtiges politisches Statement, bedeutet aber letztlich für diejenigen, die den Völkermord sowieso leugnen, wenig.

Große mediale Aufmerksamkeit ist in diesem Zusammenhang stets auf Serbien gerichtet, das im März 2010 zwar eine Srebrenica-Resolution verabschiedet hatte, das Wort Genozid dabei jedoch nicht verwendete.¹⁰ Einen Umschwung in Bezug auf die serbische Auseinandersetzung mit Srebrenica und Serbiens Verantwortung in den jugoslawischen Zerfallskriegen hat diese Resolution daher nicht ausgelöst. Zwar entschuldigte sich im Frühjahr 2013 der serbische Präsident Tomislav Nikolić vor dem bosnischen Fernsehpublikum für die Mitschuld serbischer Kriegsverbrecher an den Ereignissen im Juli 1995 in Srebrenica. Aber eine Anerkennung von Srebrenica als Völkermord folgte auch daraus nicht. Die bis heute anhaltende Stoßrichtung der

serbischen Politik ist gut zusammengefasst in den Worten des serbischen Ministerpräsidenten Aleksandar Vučić, der nach Bekanntgabe des Scheiterns der UN-Resolution eine Pressekonferenz gab. Seine dortige Ankündigung, an der diesjährigen Gedenkveranstaltung am 11. Juli in Potočari teilzunehmen, erklärte er mit folgenden verschlungenen Worten: „*Weil wir der Meinung sind, dass wir Serben, als ein Volk, das viel gelitten hat, die Verantwortung haben, die Opfer der anderen zu ehren. Nur so werden auch sie unsere Opfer ehren.*“¹¹ Im serbischen öffentlichen Diskurs ist Srebrenica als Erinnerungsort inzwischen salonfähig – aber nur, wenn es a) nicht als Völkermord bezeichnet, und b) an das Gedenken auch der serbischen Opfer in diesem Krieg (die es unbestritten gegeben hat) gekoppelt wird. Die Stein- und Flaschenwürfe gegen Vučić am 11. Juli in Potočari haben gezeigt, dass diese Position schon lange nicht mehr ausreicht, um Versöhnung zu erreichen. Solange der Völkermord als solcher nicht anerkannt wird, wird es diese Versöhnung und ein Anerkennen auch der serbischen Opfer nicht geben können.

Bosnien-Herzegowina, das Land, in dem Srebrenica liegt, hat keine Srebrenica-Resolution verabschiedet. Dies liegt am bis heute anhaltenden Widerstand der politischen Führung der *Republika Srpska* unter Milorad Dodik. Nur in der muslimisch-kroatischen Föderation, dem zweiten Landesteil von Bosnien-Herzegowina, sowie auf kantonaler und kommunaler Ebene wurden Srebrenica-Resolutionen erlassen, wobei die bedeutendste wohl die im April 2011 verabschiedete Resolution in Srebrenica selbst war. Serbische Mitglieder der Gemeindeversammlung nahmen an der Abstimmung über diese Erklärung nicht teil, sie hatten zuvor demonstrativ den Saal verlassen.¹² Srebrenica spaltet das Land bis heute, und so tat es auch der jüngste, im Mai 2015 in das Parlament der *Republika Srpska* in Banja Luka eingebrachte Resolutionsentwurf zu Srebrenica. Dieser forderte, wie auch schon die vorherigen, gescheiterten Entwürfe, die Anerkennung Srebrenicas als Genozid. Auf diese Forderung reagierte der Präsident der *Republika Srpska*, Milorad Dodik, mit den folgenden Worten: „*Unser Standpunkt ist klar. Niemand bestreitet, dass sich in Srebrenica ein Verbrechen ereignet hat, aber eben kein Völkermord.*“ Die *Mütter von Srebrenica* haben daraufhin gegen den Präsidenten Strafanzeige wegen Anstiftung zu Hass auf nationaler, rassistischer oder religiöser Grundlage erstattet.¹³

Srebrenica ist und bleibt ein politisches Thema. Hier geht es schon lange nicht mehr um Symbolpolitik, hier geht es ganz konkret darum, den Völkermord beim Namen zu nennen, damit die Hinterbliebenen die Anerkennung ihrer Trauer und ihres Verlustes erfahren können. Wie schmal aber auch für Letztere der Grat hin zu einer fragwürdigen politischen Instrumentalisierung der Opfer ist, hat eine Meldung vom 12. Juni deutlich gemacht. Hier wurde von Seiten der Srebrenicaer Opferverbände angedroht, die offizielle Gedenkfeier am 11. Juli in Potočari zu verschieben, falls der im Juni in der Schweiz festgenommene Naser Orić, für viele bosniakische Muslime ein Kriegsheld, an Serbien ausgeliefert werden sollte.¹⁴ Ein Trauerprozess, der nicht beginnen kann, kann indes auch durch ein solches politisches Gezerre nicht initiiert werden.

Juristisches versus moralisches Recht

Dass juristische Aufarbeitung wichtig ist, aber allein nicht ausreicht, damit Srebrenica Geschichte werden kann, haben die letzten 20 Jahre hinlänglich bewiesen. Das ICTY hat bislang insgesamt fünf Genozid-Urteile in Verbindung mit Srebrenica gefällt. Die Anklagen gegen Ratko Mladić und Radovan Karadžić, die beiden Hauptverantwortlichen für die Geschehnisse in Srebrenica, lauten ebenfalls auf Genozid, die Urteile stehen noch aus. Bislang sind Urteile des ICTY und des Gerichtshofes in Bosnien-Herzegowina, die auf Genozid oder Beihilfe zum Genozid lauten, nur in Verbindung mit Srebrenica ergangen. Aber dies wird



Jedes Jahr werden am 11. Juli die im vergangenen Jahr identifizierten Opfer des Völkermords auf dem Gedenkfriedhof in Potočari beerdigt (Aufnahme vom 11. Juli 2010).
Foto: Paul Katzenberger / Wikimedia Commons

sich vermutlich ändern, und damit wird sich langfristig auch unser Bild von der Einmaligkeit des Völkermords in Srebrenica im Rahmen der jugoslawischen Zerfallskriege wandeln. Denn die Anklageschriften des ICTY gegen Mladić und Karadžić weiten die Anklage wegen Völkermords auch auf andere Gemeinden in Bosnien-Herzegowina auf. Zu nennen wären hier Prijedor, Foča oder Vlasenica. Im Herbst 2015 wird das Urteil im Prozess gegen Radovan Karadžić erwartet. Wichtig wird dies nicht nur für Historiker und Politologen sein, die sich mit der Frage nach dem Charakter des Krieges befassen. Wichtiger noch wird dies für diejenigen Hinterbliebenen sein, die Opfer außerhalb Srebrenicas zu beklagen haben, und die wie viele der *Mütter von Srebrenica* ebenfalls darauf warten, ihre Angehörigen endlich bestatten und angemessen betrauern zu können.

Die Haltung des ICTY gegenüber dem Völkermord von Srebrenica ist nicht ambivalent. Die gesprochenen Urteile sind eindeutig und lassen keinen Zweifel aufkommen, dass sich die internationale Staatengemeinschaft von den Vorkommnissen, dem schlimmsten Verbrechen auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg, distanziert. Aber juristisches Recht ist nicht dasselbe wie moralisches Recht, oder Recht in den Augen der Opfer. So lancierte das ICTY Mitte Juni dieses Jahres, kurz vor Beginn der offiziellen Srebrenica-Feierlichkeiten, eine neue Webseite zu Srebrenica auf seiner offiziellen Homepage.¹⁵ Dort sind alle am ICTY behandelten Srebrenica-Fälle mit Videos, Infografiken, einer Kurzvorstellung der Anklagen und Urteile sowie Zeugenaussagen dokumentiert. Eine übersichtliche, gut aufgearbeitete und beeindruckende Zusammenschau, die jedoch nicht thematisiert, dass manche ursprüngliche Anklagen, die auf Völkermord in Srebrenica lauteten, durch sog. *plea bargains* abgemildert worden sind. Diese Form der Verständigung im Strafverfahrensprozess, bei dem sich der Angeklagte in der Regel in einem oder mehreren Anklagepunkten (hier: Verbrechen gegen die Menschlichkeit) schuldig bekennt und im Gegenzug ein schwerwiegenderer Anklagepunkt (hier: Völkermord) fallengelassen wird, ist juristisch fraglos zu rechtfertigen, da sie lange Verfahren verkürzt und Ressourcen der Justiz schont. Die moralische Rechtfertigung dagegen fällt schwer, denn wie sollen die Hinterbliebenen damit umgehen, dass ehemaligen hochrangigen politischen und militärischen Entscheidungsträgern wie Biljana Plavčić, Momir Nikolić und Dragan Obrenović eine solche Verständigung mit der Staatsanwaltschaft gestattet wurde, wohingegen die Hinterbliebenen in der *Republika Srpska* weiterhin ihre Männer und Söhne suchen, und um die Anerkennung ihrer Trauer kämpfen müssen? Und dies

alles vor dem Hintergrund, dass viele Hunderte derer, die an der Durchführung des Völkermords beteiligt waren – als Soldat, als Paramilitär, als Bus- oder Bulldozerfahrer –, nach wie vor unbehelligt von jeglicher Justiz ihr Leben weiterleben?

Auch die Niederlande spielen eine Rolle in der juristischen Aufarbeitung von Srebrenica. Hier geht es in erster Linie um die inzwischen langjährigen Prozesse, welche von Srebrenica-Hinterbliebenen gegen den niederländischen Staat geführt werden. Im letzten Jahr gelang dabei ein wirklicher Durchbruch, als nämlich in einem spektakulären Urteil die Niederlande haftbar gemacht wurden für den Tod von etwa 300 muslimischen Männern und Jungen.¹⁶ Bisher, so die Politikwissenschaftlerin Erna Rijdsdijk, sei die offizielle niederländische Narration zu Srebrenica stark auf das niederländische Trauma, also das Versagen von *Dutchbat* im Juli 1995 und dessen Folgen für die eigene Gesellschaft, fokussiert gewesen.¹⁷ Dies könnte sich durch Urteile wie das oben genannte ändern, die das Augenmerk endlich auf die in Srebrenica Ermordeten und deren Hinterbliebenen verschöben.

Verfolgt man die aktuelle internationale Presse, lässt sich zudem vermuten, dass nicht nur der niederländische Diskurs zu Srebrenica künftig ins Wanken geraten könnte. Denn nicht nur sind nicht alle Toten geborgen, nicht nur sind nicht alle Schuldigen verurteilt – hinzu kommt, dass sich nicht alles, was damals geschehen ist, auch rekonstruieren lässt. Die brisanteste Frage ist hier fraglos diejenige nach den Gründen für die ausgebliebene NATO-Luftunterstützung im Juli 1995. Zwei niederländische (Ex-)Militäroffiziere haben diese Debatte im Mai und Juni 2015 wieder angestoßen, und sie sind nicht die einzigen.¹⁸ Die umstrittene Journalistin und ehemalige ICTY-Pressesprecherin Florence Hartmann gehört ebenfalls zu denjenigen, die nicht aufhören, die ganz konkrete Frage nach der Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft für die Ermöglichung des Völkermords zu stellen.¹⁹ Diese Fragen sind nicht bequem, aber man wird sie stellen und vor allem beantworten müssen, um den Frauen von Srebrenica ins Gesicht blicken zu können.

Serbiens Haltung der *Nicht-Anerkennung* des Völkermords in Srebrenica ist, wie oben geschildert, ebenfalls nicht ambivalent. Dennoch scheint sich auch hier einiges zu bewegen. So ist es im März 2015 infolge der neuen Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaften in Belgrad und der bosnischen Hauptstadt Sarajevo zu sieben Festnahmen in Serbien in Verbindung mit Srebrenica gekommen. Der serbische stellvertretende Staatsanwalt für Kriegsverbrechen, Bruno Vekarić, nannte dies „de[n] erste[n] Fall, in dem es um Verdächtige geht, die an den Massenerschießungen



Ein Gedenkstein in Potočari erinnert an die Opfer des Völkermords nicht nur in Srebrenica, sondern auch an anderen Orten in Bosnien-Herzegowina, wie Prijedor, Foča oder Vlasenica.
Foto: Stefan Kube

teilgenommen haben sollen.²⁰ Das ist insofern richtig, als es tatsächlich das erste Mal ist, dass Serbien auf seinem Territorium lebende bosnische Serben verhaftete, die teilweise bereits vor Jahren von der bosnischen Staatsanwaltschaft wegen Genozids in Srebrenica angeklagt worden waren. Der Sprecher des Büros der Staatsanwaltschaft von Bosnien-Herzegowina, Boris Grubešić, würdigte diesen wichtigen Schritt mit den Worten: „Die Vertreter der Opferfamilien von Kriegsverbrechen [...] begrüßen den Schritt der serbischen Justiz, gegen diese Verdächtigen zu prozessieren, der ein klares Signal von Vertrauen und Zusammenarbeit darstellt.“²¹

Die Wiederherstellung von Vertrauen in das Rechtssystem eines Staates, der in Verbrechen involviert gewesen ist – das ist für den Menschenrechtsaktivisten und Philosophen Pablo de Greiff die vielleicht wesentlichste Grundlage für Wiedergutmachung und Aussöhnung.²² Ob dies zwischen Serben und Bosniaken, zwischen Serbien und Bosnien-Herzegowina in nächster Zukunft tatsächlich gelingen wird, ist überhaupt nicht sicher. Viel wird davon abhängen, ob die Welle von Verhaftungen, symbolischen Gesten, Verurteilungen und Resolutionen, die die erste Jahreshälfte 2015 geprägt hat, den Auftakt zu einer erneuten intensiven Auseinandersetzung mit Srebrenica bildet, die keine Angst vor kritischen Fragen auch an die Rolle der internationalen Gemeinschaft hat. Oder ob sich stattdessen nach dem Jahrestag die internationale Aufmerksamkeit wieder anderen Dingen zuwendet und Srebrenica, Prijedor, Foča und andere Orte sowie die dort lebenden Menschen wieder ihrem Schicksal überlässt – bis in wenigen Monaten das nächste Medienevent, die Urteilsverkündung im Falle Karadžić, ansteht. Wie auch immer wir uns entscheiden, für die Menschen in Bosnien-Herzegowina geht das tägliche Leben weiter – ein Leben, das Almir Salihović, Koordinator der Republika Srpska-Rückkehrerkoalition „1st of March“, mit den folgenden bitteren Worten sehr treffend charakterisiert: „Wir leben in einer Gemeinschaft, welche die Wirklichkeit akzeptiert, die ein Völkermord geschaffen hat.“²³

Anmerkungen

- 1) Leydesdorff, Selma: *Surviving the Bosnian Genocide*. Bloomington 2011, S. 8.
- 2) <http://www.ic-mp.org/press-releases/over-7000-srebrenica-victims-recovered>.
- 3) Video „ICTY Remembers: the Srebrenica Genocide (1995–2015)“ auf der ICTY-Webseite „The Tribunal Remembers: The Srebrenica Genocide“, <http://www.icty.org/srebrenica20>.
- 4) Roser, Thomas: Srebrenica: Die Stadt, die nur wegen der Toten lebt, http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4772827/Srebrenica_Die-Stadt-die-nur-wegen-der-Toten-lebt.
- 5) Nikolic, Ivana; Dzidic, Denis: Serbian President Snubs Srebrenica Anniversary, <http://www.balkaninsight.com/en/article/serbia-s-president-slammed-over-not-attending-srebrenica-commemoration>.
- 6) <http://www.ic-mp.org/news/effort-to-account-for-the-missing-must-continue>.
- 7) Borger, Julian: Srebrenica 20 years on: ‘Every year I think this is the year I will bury my son’, <http://www.theguardian.com/world/2015/jul/03/srebrenica-massacre-20-years-on>.
- 8) Dzidic, Denis: Reports of UN Srebrenica Declaration Divide Bosnia, <http://www.balkaninsight.com/en/article/reports-of-un-srebrenica-declaration-divide-bosnia>.
- 9) <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/usa-sieht-srebrenica-als-voelkermord-andere-nicht-13693424.html>.
- 10) Karge, Heike: Nie wieder Srebrenica: Eine Dokumentation der Srebrenica-Erklärungen und ihrer Wirkungen. In: *Südosteuropa* 59, 1 (2011), S. 128–167.



Der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vučić wurde an der Gedenkveranstaltung am 11. Juli in Potočari zum 20. Jahrestags des Massakers mit Flaschen und Steinen beworfen.
Foto: Keystone

- 11) Ivanji, Andrej: Serbische Gratwanderung um Srebrenica-Gedenken, <http://derstandard.at/2000018789071/Serbische-Gratwanderung-um-Srebrenica-Gedenken>.
- 12) Karčić, Hamza: Remembering by resolution – the case of Srebrenica. In: *Journal of genocide research* 17, 2 (2015), S. 201–210, hier S. 206.
- 13) <http://www.klix.ba/vijesti/bih/zbog-negiranja-genocida-podnesena-krivica-prijava-protiv-milorada-dodika/150610019>.
- 14) http://www.b92.net/eng/news/region.php?yyyy=2015&mm=06&dd=23&nav_id=94530.
- 15) „The Tribunal Remembers: The Srebrenica Genocide“, <http://www.icty.org/srebrenica20>.
- 16) <http://www.tagesschau.de/ausland/srebrenica-100.html>.
- 17) Rijdsdijk, Erna: „Forever Connected“: State Narratives and the Dutch Memory of Srebrenica. In: Zarkov, Dubravka; Glasius, Marlies (eds.): *Narratives of Justice In and Out of the Courtroom. Former Yugoslavia and Beyond*. Cham u. a. 2014, S. 131–146, hier S. 132.
- 18) http://www.sense-agency.com/icty/%E2%80%98specter-of-srebrenica%E2%80%99-still-haunting-the-dutch.29.html?cat_id=1&news_id=16629.
- 19) Hartmann, Florence; Vulliamy, Ed: How Britain and the US decided to abandon Srebrenica to its fate, <http://www.theguardian.com/world/2015/jul/04/how-britain-and-us-abandoned-srebrenica-massacre-1995>.
- 20) <http://www.sueddeutsche.de/politik/massaker-von-srebrenica-serbien-lasst-mutmassliche-massenmoerder-festnehmen-1.2399558>.
- 21) Ristic, Marija; Jukic, Elvira M.: Serbia Arrests Eight for Srebrenica Massacre, <http://www.balkaninsight.com/en/article/serbia-arrests-seven-for-srebrenica-massacre>.
- 22) Greiff, Pablo de: Justice and Reparations. In: Greiff, Pablo de (ed.): *The handbook of reparations*. Oxford 2006, S. 451–477, hier S. 462.
- 23) Dzidic, Denis: Srebrenica Convictions Not Enough for Victims, <http://www.balkaninsight.com/en/article/srebrenica-convictions-not-enough-for-victims>.

Heike Karge, Dr. phil., Historikerin, Universität Regensburg, forscht zur Kultur- und Sozialgeschichte Südosteuropas und beschäftigt sich dabei insbesondere mit der Geschichte von Kriegstraumata und Kriegserinnerungen in Jugoslawien im 20. Jahrhundert.

Fabian Lüscher und Stefan Guth

Tschernobyl 1986 – ein ganz normaler Unfall?

In Tschernobyl ereignete sich der erste atomare Super-GAU. Dem Unfall lag eine verblüffende Häufung von Konstruktions-, Organisations- und Bedienungsfehlern zugrunde. Nach der Katastrophe rangierten die Interessen des Staatsschutzes bisweilen vor dem Bevölkerungsschutz. Über die gesundheitlichen Langzeitfolgen des Super-GAUs wird bis heute gestritten. Unstrittig ist allerdings, dass Tschernobyl ins kulturelle Gedächtnis der Menschheit eingegangen ist und bis heute die Debatten über die zivile Nutzung der Kernenergie prägt. – S. K.

Am 26. April 1986 eskalierte im Atomkraftwerk Tschernobyl die unbedachte Simulation eines Störfalls zur bisher größten Katastrophe der zivilen Kernkraftnutzung. Markierte der Super-GAU im AKW „Lenin“ lediglich den Niedergang der Sowjetunion, oder stand er ganz allgemein als Fanal für die inhärenten Risiken komplexer Großtechnologie? Darüber wird 30 Jahre nach Tschernobyl und fünf Jahre nach Fukushima lebhafter gestritten als damals. Rückblickend lassen sich die damaligen Abläufe und Verantwortlichkeiten besser rekonstruieren; über die Langzeitfolgen für Mensch und Umwelt herrscht indes weiterhin Ungewissheit.

Das Versprechen einer strahlenden Zukunft

Was 1986 in die Apokalypse mündete, hatte gut 30 Jahre zuvor mit einem Zukunftsversprechen begonnen. Nach Hiroshima und Nagasaki war die Wissenschaft – wie es der sowjetische Kernphysiker Petr Kapica einmal formulierte – der Menschheit den Beweis schuldig, dass Atomkraft das Leben nicht nur im globalen Maßstab vernichten, sondern es auch in ungeahnter Weise stimulieren könnte. Die sowjetische Führung sah sich berufen, dem „kriegerischen kapitalistischen Atom“ einen friedlichen sozialistischen Zwilling entgegenzustellen – allerdings erst, nachdem sie die Entwicklung eigener Atomwaffen 1953 erfolgreich zum Abschluss gebracht hatte. Ein Jahr später ging das erste Atomkraftwerk der Welt in Obninsk bei Moskau ans Netz. Fortan galt das Glücksversprechen des „atombetriebenen Kommunismus“: die Vision einer Überflussgesellschaft, die von unbegrenzten Energiereserven befeuert würde.

Die rasche Aufskalierung, konstruktive Vereinfachung und Serienproduktion von Reaktorblöcken sollte die Atomenergie allenthalben günstig verfügbar machen; forciert wurde ihr Ausbau seit den 1970er Jahren insbesondere im Umkreis der industriellen Zentren im europäischen Teil der Sowjetunion. Dabei fiel die Standortwahl zumeist auf strukturschwache Regionen wie das als rückständige geltende Podlesien, zu dessen Entwicklung das AKW Tschernobyl beitragen sollte. Zwischen 1970 und 1983 wurden hier vier Reaktorblöcke vom Typ RBMK-1000 errichtet; mit der Fertigstellung zweier weiterer Blöcke wäre die Anlage zum größten AKW der Welt geworden – ein Ehrentitel, der heute dem ostukrainischen AKW Zaporiz'je gebührt, wo allerdings andere Reaktortypen im Einsatz sind.

Ein ganz normaler Unfall?

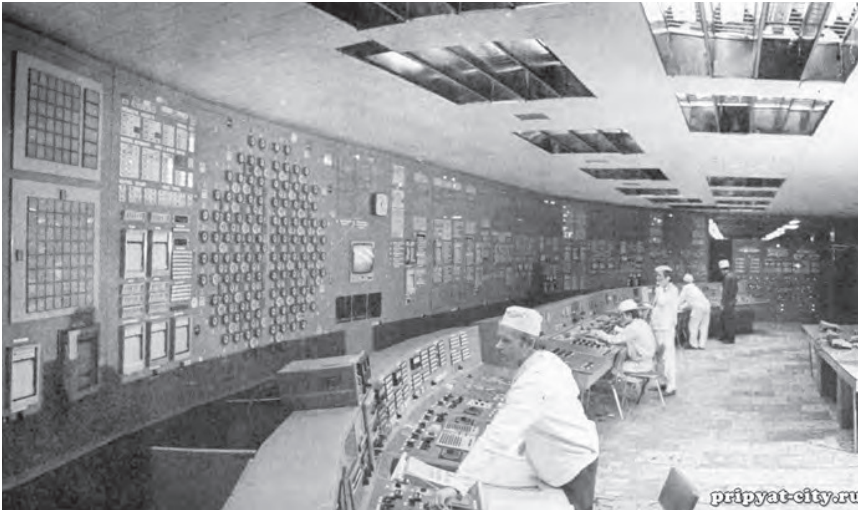
Tschernobyl gelangte stattdessen als Schauplatz des ersten Super-GAU zu trauriger Berühmtheit. Hinter dem scheinbar widersinnigen Begriff verbirgt sich ein Ereignis, das den schwersten im

Atomenergie galt in der Sowjetunion seit den späten 1950er Jahren als Glücksversprechen des „atombetriebenen Kommunismus“: „Leuchte uns als Leitstern, oh lebendiger Bund der Wissenschaft und Arbeit! Ruhm der sowjetischen Wissenschaft!“
Foto: <http://rarita.ru>



Sicherheitskalkül der Konstrukteure *vorhergesehenen* Störfall – denn als solcher ist der „größte anzunehmende Unfall“ definiert – übersteigt. Folgt man der Logik von Charles Perrow, handelte es sich dennoch um einen „normalen Unfall“: Auf diesen provokanten Begriff brachte der Organisationssoziologe seine These, dass schwere Zwischenfälle in hochkomplexen und eng gekoppelten soziotechnischen Systemen, deren schwer durchschaubare Abläufe im Notfall oft keine Zeit für rettende Interventionen lassen, letztlich systemimmanent seien. Auch Perrow räumte ein, dass eine große Anzahl unterschiedlicher Fehler kumulieren müsse, um alle Sicherheitsmechanismen solcher Anlagen auszuhebeln, schloss aus seiner Analyse des schweren Zwischenfalls im amerikanischen AKW Three Mile Island (1979) jedoch, dass solche Fälle niemals auszuschließen seien. Seine Prognose fand im Super-GAU von Tschernobyl ihre Bestätigung: Auch hier lag der Katastrophe eine verblüffende Häufung von Konstruktions-, Organisations- und Bedienungsfehlern zugrunde.

Es war diese Vielfalt an Versäumnissen, die es den beteiligten Akteuren ermöglichte, sich jahrelang gegenseitig die Schuld am Unfall zuzuschreiben. Reflexartig wurde die Verantwortung zunächst vollumfänglich auf das Betriebspersonal abgewälzt, um übergeordnete Instanzen aus der Kritik zu nehmen. Erst im Verlauf der folgenden Jahre und Jahrzehnte wurde die Katastrophe im Licht weiterer Untersuchungen als multikausales Produkt einer vielschichtigen Technopolitik erkennbar. Will man



Für den Super-GAU war nicht das Kraftwerkspersonal allein verantwortlich. Der Katastrophe lag eine verblüffende Häufung von Konstruktions-, Organisations- und Bedienungsfehlern zugrunde.

Foto: <http://pripyat-city.ru/>

Ursachen und Verlauf der Katastrophe verstehen, muss man nach den Prioritäten, Risikohierarchien und Handlungsspielräumen aller Beteiligten fragen – vom Kraftwerkspersonal über den Zivil- und Staatsschutz bis hin zur obersten Partei- und Staatsführung.

Aus Sicht der AKW-Belegschaft waren die Handlungsspielräume in wirtschaftlicher Hinsicht geringer als in technischer. Der Maximierung der Stromproduktion kam angesichts chronischer Engpässe bei der Energieversorgung oberste Priorität zu. In technischer Hinsicht herrschte hingegen eine Kultur der Improvisation. Traditionell genossen sowjetische Reaktorfahrer umfassendere Entscheidungsfreiheiten als ihre westlichen Kollegen, die mit stärker automatisierten Systemen arbeiteten. Das setzte umfassende Kenntnisse und jahrelange Erfahrung voraus – Qualitäten, die im Zuge der raschen Expansion des zivilen sowjetischen Atomprogramms vernachlässigt wurden. Dieser Missstand war 1986 bereits erkannt, Gegenmaßnahmen wie zusätzliche Schulungen und fehlerverzeihende Automatismen ließen aber auf sich warten. Damit traf auch das für den AKW-Betrieb verantwortliche Energieministerium und das für den Reaktorbau zuständige Atomministerium eine unmittelbare Mitschuld an der Katastrophe. Ersterem war anzulasten, dass es die zahlreichen Störfälle in Tschernobyl – allein für die Jahre 1977–1981 wurden 29 Reaktornotabschaltungen gezählt – weniger mit dem scheinbar fernen Risiko einer Nuklearkatastrophe in Verbindung brachte als vielmehr mit der ständig drohenden Gefahr eines Blackouts. Diese fragwürdige Risikohierarchie ergab sich nicht zuletzt aus einem Mangel an hauseigener wissenschaftlich-technischer Kompetenz. Überspitzt formuliert, betrachtete man die schlüsselfertig aus dem Atomministerium gelieferten Reaktoren als Blackboxes, für deren Innenleben man nur beschränkt Verantwortung trug.

Ein sicherer Reaktor!

War also, wie Atomminister Efim Slavskij Tage nach der Havarie vor dem versammelten Politbüro behauptete, tatsächlich nur die fahrlässige Handhabung eines grundsätzlich sicheren Reaktors für die Katastrophe verantwortlich? Bereits der baldige Rücktritt des mächtigen Ministers weckte Zweifel an dieser Darstellung. Zu Recht wurde geargwöhnt, dass die militärisch-zivile Doppelaufgabe des Atomministeriums und die damit verbundene Geheimhaltungskultur die Katastrophe mitbegünstigt hatten. Beides war der Sicherheit nicht zuträglich, und beides schlug sich im Tschernobyl-Reaktor vom Typ RBMK nieder – einer sowjetischen Sonderentwicklung, die nicht grundlos ohne

westliches Pendant blieb. Im Vergleich zu wassermodierten Reaktoren, wie sie im Westen zum Einsatz kamen (und auch der sowjetischen VVER-Reihe zugrunde lagen), war der graphitmoderierte RBMK auf vorteilhafte Leistungsparameter und gute Plutoniumproduktion für das Atomwaffenprogramm getrimmt. Erkauft wurden diese Vorteile mit gravierenden Abstrichen bei der inhärenten Sicherheit. Denn während ein Verdampfen oder gar ein vollständiger Verlust des Kühlwassers die Kettenreaktion in wassermodierten Reaktoren automatisch zum Erliegen bringt, führt derselbe Störfall in graphitmoderierten wassergekühlten Reaktoren wie dem RBMK zu einer exponentiellen *Beschleunigung* der Kettenreaktion.

In dieser Situation, die in der Katastrophennacht eintrat, nachdem ein waghalsiges Sicherheitsexperiment die Kühlwasserzufuhr im Unglücksreaktor abfallen ließ, führte eine zweite konstruktionsbedingte Schwäche des RBMK endgültig in die Katastrophe: seine Kontrollstäbe fuhren zu langsam in den Reaktorkern ein und entfalteten dabei zunächst einen leistungssteigernden Effekt, bevor die leistungsvermindernde Wirkung eintrat – bzw. eingetreten wäre, denn zu diesem Zeitpunkt war eine unkontrollierte Leistungsexkursion bereits nicht mehr zu verhindern. Dass dem Reaktor ein Containment fehlte, spielte angesichts der ungeheuren Wucht der folgenden Explosion kaum noch eine Rolle. Die inhärenten Sicherheitsmängel des RBMK waren nicht nur theoretisch nachvollziehbar – auch in der Praxis hatten mehrere ernsthafte Störfälle in Reaktoren dieses Typs die Katastrophe angekündigt. Nach Zwischenfällen in Leningrad und Ignalina verursachte 1982 ein geborstener Reaktordruckkanal in Tschernobyl selbst einen schweren Strahlenunfall. Für die Bewohner der Kontaminationsschneise befürchtete der KGB schon damals „ernste Konsequenzen bis hin zum Tod“ – dennoch wurde ihnen das Ereignis verschwiegen. Derselben Geheimniskrämerei war es geschuldet, dass die Lehren aus diesen Zwischenfällen nur schleppend oder gar nicht bei den Verantwortlichen in den Kraftwerken ankamen.

Krisenmanagement nach der Katastrophe

Dass sich die Blackbox des Reaktors öffnen und zur Büchse der Pandora werden konnte, überstieg offenbar die Vorstellungskraft des AKW-Direktors: Beharrlich dementierte Viktor Brjuchanov fast 24 Stunden lang den Ernst der Lage. Als schließlich das ungeheure Ausmaß der Katastrophe ersichtlich wurde, bestimmten zwei Faktoren die Reaktion der obersten Partei- und Staatsführung in Moskau. Einerseits gebot das Politbüro über alle Machtmittel eines schlagkräftigen Zentralismus. Protokolle seiner damaligen Krisensitzungen schildern, wie unverzüglich die gewaltige Maschinerie der gesellschaftlichen, militärischen und industriellen Apparate in Gang gesetzt wurde, um der Katastrophe Herr zu werden. Eine Hubschrauberflotte begrub den bloßgelegten Reaktorkern tagelang unter strahlenabschirmenden und reaktivitätsmindernden Materialien, und ein unter den Reaktor getriebener Kühlungsstollen bannte die Gefahr einer erneuten Kettenreaktion. Umfangreiche Eindämmungsarbeiten unterbanden die radioaktive Verseuchung des Dnepr'-Reservoirs, aus dem 32 Mio. Menschen ihr Trinkwasser bezogen; es folgte die behelfsmäßige Einhausung des Unglücksreaktors und die notdürftige Dekontamination großer Gebiete.



Zahlreiche Denkmäler erinnern im postsowjetischen Raum an die Opfer der Tschernobyl-Katastrophe, im Bild das Denkmal in Charkiv, Ukraine.

Foto: Geschichtswerkstatt Tschernobyl

Ungefähr 10000 „Liquidatoren“ arbeiteten Anfang Mai rund um die Uhr gleichzeitig in der Zone, insgesamt kamen ca. 600000 Soldaten und Arbeiter zum Einsatz, ein Drittel von ihnen in unmittelbarer Nähe des Unglücksreaktors. Die Erfolge bei der Katastrophenbewältigung waren vor allem dem entschlossenen Krisenmanagement des Atomministeriums zuzuschreiben, das seit der Frühzeit des sowjetischen Atomprojekts einschlägige Erfahrung mit ähnlichen Aufräumaktionen gesammelt hatte – etwa 1957 im Anschluss an eine verheerende Atommullexplosion im Südrural. Dagegen musste sich das Politbüro auf dem Höhepunkt der Krise eingestehen, dass ihm die Kontrolle über den Gang der Arbeiten weitgehend entglitten war.

Bevölkerungs- oder Staatsschutz?

Schwerer wog als zweiter Faktor der Umstand, dass sich das Politbüro anfänglich nicht dazu durchringen konnte, den Bevölkerungsschutz über die Interessen des Staatsschutzes zu stellen. Ersterer hätte eine rückhaltlose Informationspolitik vorausgesetzt und damit einen Autoritäts- und Prestigeverlust der Partei riskiert. Institutionell lassen sich diese widerstreitenden Interessen auf die Gegenüberstellung von Zivilschutz (GO) und KGB zuspitzen. Die GO war ursprünglich für den Schutz der Bevölkerung im Falle eines (Atom)Kriegs geschaffen und 1980 auch mit dem Krisenmanagement bei zivilen Nuklearunfällen betraut worden. Dieser Aufgabe wurde sie in Tschernobyl durchaus gerecht. Vor allen anderen Akteuren drängte die GO auf die unverzügliche Räumung der Kraftwerksstadt Pripjat', doch diesem Ansinnen widersetzte sich die lokale Parteileitung weitere 24 Stunden. Dasselbe Szenario wiederholte sich in den folgenden Tagen in weiteren stark belasteten Gebieten, wo die Evakuationspläne der GO wiederholt am Widerstand des KGB, der lokalen Parteivertreter, aber auch der zentralen Staats- und Parteiführung scheiterten. So wurden die Einwohner manch hochverstrahlter Gebiete nicht vor den ersten Maitagen in Sicherheit gebracht.

Mit ihrer Strategie, die eine breite Information der Bevölkerung voraussetzte, war der GO auch im Zeichen von Glasnost' wenig Erfolg beschieden. Dafür war maßgeblich der KGB verantwortlich, in dessen Risikohierarchie die Gefahr öffentlicher „Panik“ an erster Stelle stand. Als später Kritik am zögerlichen Schutz der Bevölkerung aufkam, schoben die Staatsschützer die Schuld auf den Zivilschutz ab, was ihnen dank weitgehender Kontrolle über die Krisenkommunikation auch erstaunlich nachhaltig gelang. Versagte der KGB bei der Krisenbewältigung, so erscheint seine Rolle im Vorfeld der Katastrophe in vorteilhafterem Licht. Jahrelang hatte er sich als *Whistleblower* betätigt,

der beharrlich auf schwerwiegende Baumängel und Betriebsstörungen im AKW Tschernobyl hinwies und in Anbetracht der Wirkungslosigkeit seiner Demarchen schließlich gar zur gezielten Indiskretion an die Presse schritt, um die Verantwortlichen unter Handlungsdruck zu setzen: offenbar standen KGB-Informatanten hinter einem rückblickend prophetisch anmutenden Zeitungsartikel, der Wochen vor der Katastrophe vor schweren Sicherheitsmängeln in Tschernobyl warnte.

Fast alle Akteure hatten also im Vorfeld der Katastrophe auf Missstände hingewiesen und auf die eine oder andere Weise auf deren Beseitigung hingewirkt – letztlich aber erfolglos. Ausschlaggebend dafür war ein technopolitisches System, das falsche Anreize setzte und problematische Sachzwänge schuf, und dessen institutionelle Fragmentierung und Geheimhaltungskultur die Zirkulation von Wissen nachhaltig erschwerte.

Umstrittene gesundheitliche Langzeitfolgen

Die gesundheitlichen und ökologischen Konsequenzen des Reaktorunfalls gehören auch 30 Jahre nach dem Super-GAU zu den strittigsten Themen im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs um Tschernobyl. Viele Katastrophenfolgen treten verzögert ein oder sind mit den vorhandenen Analyse kategorien nicht fassbar. Auch überlagerten sich in den betroffenen Gebieten in den Jahren nach 1986 im Zuge der sowjetischen Zerfallskrise verschiedene Prozesse, die sich negativ auf die Gesundheit der dort lebenden Menschen auswirkten. Einige Studien führen eine Reihe von medizinischen Phänomenen direkt auf den radioaktiven Fallout zurück. In anderen Untersuchungen werden solche Schlussfolgerungen dafür kritisiert, dass sie nicht deutlich genug zwischen Gesundheitsschädigungen unterscheiden, die eindeutig durch radioaktive Strahlung ausgelöst wurden, und solchen, für deren Symptome auch andere Ursachen in Frage kommen. Studien des UNSCEAR kamen zum umstrittenen Schluss, dass einzig die erhöhte Schilddrüsenkrebsrate bei Kindern nachweislich mit der erhöhten Strahlenexposition zusammenhänge. Obwohl bis heute darüber gestritten wird, inwiefern Strahlenbelastung und konkrete Gesundheitsschädigungen ursächlich zusammenhängen, besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass sich hohe Strahlendosen negativ auf die menschliche Gesundheit auswirken. Umstritten bleiben dagegen die Langzeitfolgen von kontinuierlicher Niedrigdosis-Strahlung. Im vergangenen Jahr hat eine Studie für Aufsehen gesorgt, die eine minime Zunahme des Leukämierisikos mit niedriger radioaktiver Langzeitbelastung in Verbindung bringen konnte, wodurch die Idee einer trennscharfen Schwelle zwischen harmloser und gefährlicher Strahlung weiter unter Rechtfertigungsdruck geriet.

Gemäß einer 2015 publizierten Untersuchung wurden in der Sperrzone um Tschernobyl wachsende Populationen einiger



Hohe Strahlendosen wirken gesundheitsschädigend. GZW hat von 1994 bis 2013 Ferienlager in Polen für Kinder aus strahlungsbelasteten Gebieten Weißrusslands unterstützt (s. RGOW 9/2013, S. 20).

Foto: Franziska Rich



Der verwahrloste Vergnügungspark in der verlassenen Stadt Pripjat' hat sich tief in das kulturelle Gedächtnis eingeprägt.
Foto: Wikimedia Commons (Alexander Blecher)

Säugetierarten registriert. Gleichzeitig hielt die Studie fest, dass dafür die Abwesenheit des Faktors Mensch eine gewichtige Rolle spielte, und dass das Forschungsdesign keine Aussage über individuelle Folgen der Strahlenexposition zulasse. Damit ist ein weiteres Problem bei der Erfassung von Tschernobyl-Folgen benannt: Die Unterscheidung zwischen individuellen gesundheitlichen Schädigungen und Effekten auf übergeordnete Bezugsgruppen ist entscheidend. Es wäre fahrlässig, aufgrund von Beobachtungen auf der Ebene eines Ökosystems oder einer Population generelle Aussagen zu Strahlenrisiken zu treffen. Letztlich lässt der quantitativ messbare evolutionäre Erfolg einer Population keine qualitativen Schlüsse über individuelles Leid zu und umgekehrt. Trotz intensiver Forschung verschiedener Disziplinen gehen auch 30 Jahre nach Tschernobyl die Meinungen über die Ursachen und Folgen der im Anschluss an den Unfall beobachteten Erkrankungen, vor allem aber auch über die daraus abzuleitenden Maßnahmen, auseinander.

Die Herausbildung einer sowjetischen Öffentlichkeit?

Die Atomwolke, die sich über Tschernobyl gebildet hatte, bedrohte – vom Winde verweht – weite Teile Europas, ohne sich an Republiks-, Staats- oder Blockgrenzen zu halten. In den ersten Maitagen wurde rund um das havarierte Atomkraftwerk eine kreisrunde Zone mit einem Radius von 30 km evakuiert. Später erstellte Strahlenbelastungskarten zeigen indes, wie wenig die kartographische Geometrie der radioaktiven Wirklichkeit Rechnung trug. Der Fallout verteilte sich keineswegs gleichmäßig über die umliegenden Landstriche.

Diese und andere Ungereimtheiten im Zusammenhang mit dem Super-GAU förderten in der Sowjetunion die schrittweise Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit. Dabei kam dem Journalismus eine Schlüsselrolle zu. Alla Jarošinskaja versuchte schon kurz nach der Reaktorexpllosion ihre vor Ort gesammelten Eindrücke zu publizieren. Die Redakteure der großen unionsweiten Tages- und Wochenzeitungen lehnten die unwillkommenen Reportagen aber ebenso konsequent ab wie die lokalen Presse-, Radio- und TV-Redaktionen. Erst im Mai 1989 gelang es der inzwischen in den Volksdeputiertenkongress gewählten Journalistin, vor den versammelten Abgeordneten über Tschernobyl zu sprechen. Ihr politisches Amt ermöglichte Jarošinskaja schließlich auch den Zugang zu Akten, die ihre Urheber der Öffentlichkeit eigentlich vorenthalten wollten. Für die Journalistin bestätigten die Aktenfunde nicht nur die Gefährlichkeit der Atomtechnologie, sondern auch die Konstruktionsfehler,

die dem sowjetischen politischen System ihrer Meinung nach innewohnten. In der strikt dosierten Informationspolitik rund um den Super-GAU erkannte sie einen eklatanten Widerspruch zu den neuerdings geltenden Leitmotiven der Offenheit und Transparenz. Nach Jarošinskajas Auftritt vor dem Volksdeputiertenkongress berichtete zwar sogar die unionsweit gelesene Tageszeitung *Izvestija* über die Enthüllungen der Abgeordneten. Eine bedingungslose mediale Offenlegung der technischen und politischen Entscheidungsprozesse im Vorfeld der Katastrophe blieb allerdings aus.

Trotz – oder gerade wegen – der defizitären Informationspolitik erlebte die Umweltbewegung in der Sowjetunion nach Tschernobyl eine hochaktive Phase und entwickelte sich so zur Keimzelle zivilgesellschaftlicher Strukturen. Der Umweltsoziologe Oleg Janizkij stellte fest, dass sich in den ersten Jahren nach

dem Super-GAU erstmals größere und organisierte Formen des Protests von „Bürgern als Bürger“ erkennen ließen. Ihren vermeintlich unpolitischen Anliegen gegenüber zeigte sich die Staatsmacht nicht selten kompromissbereit. So konnten atomenergiekritische Initiativgruppen den Betrieb einiger Reaktorblöcke tatsächlich behindern oder gar beenden. In den betroffenen Gebieten wurde außerdem der Ruf nach Entschädigungen für Tschernobyl-Opfer laut. So gesehen förderte die Katastrophe ein neues Selbstbewusstsein von Bürgerinnen und Bürgern als selbsthandelnde Subjekte. Dennoch wirkt die gesellschaftliche Reaktion auf Tschernobyl rückblickend eher eruptiv, wie eine kurzlebige Protestbewegung, die – trotz einiger Erfolge – vor Ort letztlich wenig nachhaltige Folgen zeitigte. Andere gesellschaftspolitische Probleme drängten das Atomthema in der zerfallenden Union bald aus dem Rampenlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Tschernobyl im kulturellen Gedächtnis

In einem vielbeachteten Aufsatz beschrieb Ulrich Beck 1986 einen „anthropologischen Schock“, dem sich die Menschheit nach der Katastrophe ausgesetzt sehe. Die strahlenbedingte Gefährdung menschlichen Lebens mache vor keiner Privatsphäre halt und hebe gleichzeitig „die private Verfügung über die Wahrnehmungsmittel“ auf. Zweifellos ist erhöhte radioaktive Strahlung unsichtbar und viele ihrer Langzeitfolgen sind es auf den ersten Blick ebenso. Bei allen damit verbundenen Problemen birgt dieses besondere Gefahrenmoment bis heute auch ein gewisses Faszinationspotential.

In populärkulturellen Reminiszenzen an den Super-GAU werden einzelne Aspekte der Katastrophengeschichte unterschiedlich gewichtet. Wie Tschernobyl dargestellt und erinnert wird, ist dabei stets abhängig vom Zielpublikum, der Absicht und dem Entstehungskontext bestimmter Repräsentationen. In (post-)sowjetischen Memoiren, journalistischen Beiträgen oder Stellungnahmen von Politiker(innen) wird häufig auf die heldenhafte Arbeit der Liquidatoren Bezug genommen. Ihr aufopferungsvoller Einsatz zum Wohl der Gemeinschaft wurde und wird dabei fast ausnahmslos mit der Opferbereitschaft der Rotarmisten im Großen Vaterländischen Krieg – dem sicherlich populärsten Erinnerungsort im postsowjetischen Raum – gleichgesetzt.

Neben den Liquidatoren selbst prägte sich vor allem die verlassene Sperrzone ins kulturelle Gedächtnis ein. Dafür hat sich eine eigentümliche Ikonografie der unsichtbaren Katastrophe



Die neue Schutzhülle „New Safe Confinement“ über dem Unglücksreaktor in Tschernobyl soll 2017 fertig gestellt sein (im Bild links im Juni 2013).

Foto: Wikimedia Commons (Ingmar Runge)

entwickelt. Kaum ein Film, Fotoband oder Ortstermin kommt beispielsweise ohne das verwehrte Riesenrad von Pripjat' aus. Es steht sinnbildlich für den schlagartigen Einbruch der Katastrophe in eine ganz normale Alltagswelt und beschwört nostalgische Erinnerungen an eine scheinbar unbeschwerte Kindheit und Jugend vor dem Unfall. Die Jahrmarktsattraktion wurde zur stummen Heldin des Kurzfilms *Postcards from Pripjat, Chernobyl* (Danny Cooke), der seit November 2014 mehr als drei Mio. Klicks auf YouTube erzielt hat und gehört zu den eindeutigen Erkennungsmerkmalen in der digitalen Kulisse des 2007 erschienenen und sehr erfolgreichen Computerspiels *Stalker: Shadow of Chernobyl*. Die Faszination, die vom Epizentrum des Super-GAU ausgeht, beschert auch TV-Serien, Dokumentar- und Spielfilmen noch immer ein geneigtes Publikum. Seit einiger Zeit kann die Sperrzone nicht nur virtuell, sondern auch real besucht werden. 1999 begann eine ukrainische Reiseagentur, touristische Tagesausflüge von Kiew in die Sperrzone anzubieten. Seither lockt der Katastrophenschauplatz Gäste aus der ganzen Welt ins ukrainisch-weißrussische Grenzland.

Gegenwärtige Vergangenheit

In der russischen Erinnerung figuriert Tschernobyl heute zumeist als Inbegriff der *Katastrojka*. Dahinter verbirgt sich der Glaube, dass erst die *Perestrojka* das Land in die *Katastrophe* stürzte und damit den Super-GAU ermöglichte. Doch dafür war es ein Jahr nach Gorbatschows Amtsantritt schlicht noch zu früh. In Wirklichkeit war Tschernobyl das Produkt jahrzehntelanger Fehlentwicklungen in der sowjetischen Technopolitik, zu denen das Handeln zahlreicher Einzelakteure ebenso beitrug wie ihr dysfunktionales Zusammenwirken. Die Denkfigur von der *Katastrojka* kann aber erklären, weshalb Tschernobyl zwar Gorbatschows Autorität beschädigte und damit den Niedergang der Sowjetunion beschleunigte, die Atomenergie selbst aber nur vorübergehend in Mitleidenschaft zog. Gewiss wurde der Neubau von Atomkraftwerken unter dem Druck einer erwachenden Ökobewegung zunächst gestoppt – für den RBMK dauerhaft, für andere Reaktortypen vorübergehend. Bestehende Reaktoren blieben aber in Betrieb, die inhärent unsicheren RBMK eingeschlossen. In Tschernobyl ging der letzte Reaktor erst 2001 vom Netz, und in Russland wird gerade über eine Laufzeitverlängerungen für elf RBMK-Blöcke auf 45 Jahre und länger diskutiert, obschon der Reaktortyp inzwischen an Altersgebrechen leidet. Gleichzeitig wird der Bau neuer Reaktorblöcke forciert.

Auch Fukushima konnte der nuklearen Renaissance in Russland bislang wenig anhaben. Der japanische Unfall bewies ein Vierteljahrhundert nach Tschernobyl, dass sich ein Super-GAU auch außerhalb der Sowjetunion ereignen kann – und verlieh damit der These vom „normalen Unfall“ neuen Auftrieb. Seither ist der Streit um das Kosten-Nutzen-Verhältnis der zivilen Atomenergie neu entbrannt, auch wenn er in Russland weitgehend aus den staatlich kontrollierten Medien ferngehalten wird. So ist Tschernobyl – wie Fukushima – bis heute nicht nur Gegenstand technischer, ökologischer und medizinischer Fachkontroversen, sondern wirkt als hochpolitisiertes Ereignis auch tief in die Sinngabungsprozesse gegenwärtiger Gesellschaften hinein. Selbst dem „New Safe Confinement“, das gegenwärtig für anderthalb Milliarden Euro in Tschernobyl errichtet wird und den Unglücksreaktor für weitere 100 Jahre sicher einhausen soll, wohnt eine doppeldeutige Symbolik inne: verkörpert es für manche die politisch und technisch erfolgreiche Bewältigung der Katastrophe, so erscheint es anderen als Mahnmal für die unabsehbaren Langzeitgefahren radioaktiver Strahlung.

Literatur

Dalhouski, Aliaksandr: Tschernobyl in Belarus: Ökologische Krise und sozialer Kompromiss (1986–1996). Wiesbaden 2015; **Geist, Edward:** Political Fallout: The Failure of Emergency Management at Chernobyl'. In: *Slavic Review* 74, 1 (2015), S. 104–126; **Gestwa, Klaus:** Katastrojka und Super-GAU. Die Nuklearmoderne in Zeiten von Tschernobyl und Fukushima. In: Kucher, Katharina u. a. (Hg.): *Stille Revolutionen. Die Neuformierung der Welt seit 1989*. Frankfurt/M. 2013, S. 57–72; **Jaroshinskaja, Alla:** Verschlussache Tschernobyl: Die geheimen Dokumente aus dem Kreml. Berlin 1994; **Kuchinskaya, Olga:** The Politics of Invisibility. Public Knowledge about Radiation Health Effects after Chernobyl. Cambridge (Mass.) 2014; **Marples, David:** Chernobyl. A Reassessment. In: *Eurasian Geography and Economics* 45, 8 (2004), S. 588–607; **Petryna, Adriana:** Life Exposed: Biological Citizens after Chernobyl. Princeton (N.J.) 2002; **Schmid, Sonja:** Producing Power: the Pre-Chernobyl History of the Soviet Nuclear Industry. Cambridge (Mass.) 2015.

Fabian Lüscher, M.A., Assistent am Lehrstuhl für Neueste Allgemeine und Osteuropäische Geschichte, Universität Bern.

Stefan Guth, Dr., Historisches Institut der Universität Bern. Habilitationsprojekt „Oase der Zukunft. Die Atomstadt Ševčenko/Aktau, 1959–2019“.

Mariya Y. Omelicheva

Die Instrumentalisierung des Islam in Zentralasien

Der staatlich anerkannte „traditionelle“ oder „offizielle“ Islam in Zentralasien dient einerseits der Stärkung nationaler Identität und andererseits der Legitimation der lokalen autoritären Regimes. Strukturelle und politische Missstände werden mit Verweis auf die „islamistische Gefahr“ erklärt. Die staatlichen Repressionen gegenüber dem „inoffiziellen“ Islam könnten allerdings kontraproduktiv wirken. – R. Z.

Die autoritären Regierungen der zentralasiatischen Staaten stützen sich auf vielfältige Instrumente, um ihre Macht und Legitimität aufrecht zu erhalten. Trotz gewisser regionaler Unterschiede leiten diese Regimes ihre Legitimität von ihrer Fähigkeit ab, sozioökonomische Versprechen einzulösen, staatliche Sicherheit und nationale Einheit zu garantieren und formal repräsentative Institutionen zu errichten, die das demokratische Defizit dieser Länder verbergen. Auch der Islam wird von diesen Regierungen vereinnahmt – ein Prozess, den ich als Instrumentalisierung der Religion bezeichne. Damit ist eine diskursive Darstellung des Islam anhand gewisser Themen gemeint, um bestimmte politische Ziele zu erreichen.¹

Jede Religion eignet sich als System von Glaubenssätzen zur Instrumentalisierung. Die islamische Tradition, die über keine zentrale Organisationshierarchie verfügt und keine autoritative Quelle doktrinärer Interpretation anerkennt, ist besonders offen für unterschiedliche Lesarten religiöser Texte und bewusste Manipulationen religiöser Sinngehalte. Die relative große Interpretationsfreiheit bei der Bestimmung dessen, was „islamisch“ und was „nicht islamisch“ und gottlos ist, ermöglicht Interessensgruppen, darunter auch säkularen Regimen, ihre Autorität über religiöse Praktiken und religiöses Wissen durchzusetzen. In diesem Beitrag werde ich auf verbreitete Themen und Islam-Interpretationen eingehen, wie sie in den offiziellen Diskursen Kasachstans, Usbekistans und Tadschikistans entwickelt worden sind, und zeigen, wie diese Repräsentationen den Regierungen bei der Legitimation ihrer Herrschaft und Politik dienen.

Der Diskurs vom „traditionellen“ Islam

Ein prägendes Merkmal des Islam in Zentralasien ist seine Verbindung mit Ethnizität. Für die Mehrheit der Kasachen, Tadschiken und Usbeken ist ethnische Identität eine muslimische: „Kasache sein bedeutet Muslim sein;“ „Es gibt keinen Usbekschilik ohne Muselmantschilik.“² Diese Entsprechung ethnischer und religiöser Identifikation hat tiefe historische Wurzeln. Vor der Eroberung durch das Russische Reich identifizierten sich große Teile der zentralasiatischen Bevölkerung als Muslime, leiteten diese Identität jedoch eher von gemeinschaftlichen Praktiken und Traditionen ab als von der Treue zum Koran. Die Nationalitätenpolitik der Sowjetära festigte diese religiöse und nationale Identifikation, die sich seit der Unabhängigkeit noch verstärkte. Heute wie Jahrhunderte zuvor gilt der Islam als wesentliches Merkmal der zentralasiatischen Völker. Allerdings beachten viele zentralasiatische Muslime nicht die strikten Regeln islamischer Verbote als exklusive Kennzeichen muslimischer Identität. Stattdessen definieren sie ihre muslimische Identität qua Geburt in einer muslimischen Familie und ihrer Abstammung von Gemeinschaften, in denen der Islam eine zentrale Lebenskomponente darstellte.³



Foto: Steve Evans (Wikimedia Commons)

Usbekische Jungs vor dem berühmten Moscheenkomplex in Buchara.

Die offiziellen Diskurse eines „traditionellen“ Islam lassen sich am besten in diesem Kontext verstehen. Die zentralasiatischen Regierungen nutzen kreativ Referenzen zum reichen islamischen Erbe der Region, um bestimmte Ziele der Nationsbildung (*nation-building*) zu erreichen. Islam Karimov, der ehemalige Präsident Usbekistans, verankerte seine Legitimität in einem usbekischen Nationalismus, der auf dem Zelebrieren des kulturellen und islamischen Erbes des Landes aufbaute. Karimov stellte den „kulturellen“ und „traditionellen“ Islam der Usbeken als moralische Struktur ihres nationalen Charakters und als Hüter der geistigen Werte der Ahnen dar, die von einer Generation zur anderen tradiert würden. Karimov verknüpfte diskursiv seine eigenen Ansichten mit denjenigen, die für das usbekische islamische Erbe repräsentativ sind. So verteidigte er seine islamische Reputation und legitimierte seine Politik.

Dagegen verzichtete Tadschikistans Präsident Emomaliï Rachmon bis vor kurzem auf jegliche Referenzen zum Islam bei seinen Bemühungen um Nationsbildung. Stattdessen griff seine Regierung auf das vor-islamische und persische Erbe als Quelle für ein offizielles kollektives Gedächtnis zurück. Der Islam erwies sich jedoch als widerstandsfähig gegenüber der strengen antireligiösen Politik der Rachmon-Administration. Eine zunehmende Zahl junger Tadschiken bekundet öffentlich Zeichen religiöser Frömmigkeit. Es gibt zudem ein wachsendes Interesse an islamischem Wissen und neue Debatten über das Wesen des „echten“ Islam. Angesichts dieses Wiederauflebens des Islam hat die tadschikische Regierung begonnen, den Islam zu integrieren, indem sie selektiv Referenzen auf das islamische Erbe in die Strategien der Nationsbildung aufgenommen hat. So gedachte Tadschikistan 2009 des „größten Imams“ (*al-Imām al-Aẓam*) Abu Hanifa (699–767), des Gründers der hanafitischen Rechtsschule, und 2010 erhielt Duschanbe den Titel „Hauptstadt der islamischen Kunst“. Ein auffälliger Wandel seiner bisherigen



Der tadschikische Präsident Emomali Rachmon (zweiter von links) in Begleitung seiner Verwandtschaft auf dem Haddsch in Mekka. Foto: Hadamoti Matbuot

Aversion gegenüber islamischen Ritualen zeigte Rachmon 2016, als er öffentlichkeitswirksam in Begleitung von Verwandten und Regierungsangehörigen nach Saudi Arabien reiste, um nach Mekka zu pilgern.

Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbaev hat der nationalen islamischen Tradition ebenfalls seine Reverenz erwiesen, doch verortete er sie im Kontext des konstruierten Bildes von Kasachstan als friedlichen und stabilen multikonfessionellen und multiethnischen Staat. Die Idee nationaler Einheit ist für Nasarbaevs Regierung zu einer Legitimitätsquelle geworden, die als intelligente Politik, verantwortlich für interethnische und religiöse Eintracht, geschätzt wird. Dieses Modell friedlicher religiöser Koexistenz in einem modernen und ökonomisch entwickelten Staat ist zu Kasachstans nationaler Marke geworden, die gegenüber den anderen muslimischen Ländern zur Schau gestellt wird.

Der Diskurs eines „offiziellen“ Islam

Die zentralasiatischen Republiken sind verfassungsmäßig säkulare, aber vorwiegend muslimische Staaten. Nach verschiedenen Schätzungen machen Muslime 52 bis 65 Prozent aller Gläubigen in Kasachstan aus und 90 bis 93 Prozent in Turkmenistan. In Kirgistan identifizieren sich 75 bis 86 Prozent der Bevölkerung mit dem Islam, und etwa 88 bis 90 Prozent der Usbeken sowie 90 bis 98 Prozent der Tadschiken sind Muslime. Die Mehrheit der zentralasiatischen Muslime sind Sunniten der hanafitischen Rechtsschule, es gibt aber auch Sufi, Schiiten und salafistische Minderheiten in Zentralasien.⁵

Die Verfassungen der zentralasiatischen Staaten deklarieren eine Trennung von Staat und Religion und gewähren religiöse Freiheiten. In Wirklichkeit hingegen üben die Regime jedoch weitgehende Kontrolle über religiöse Praktiken aus: durch die obligatorische Registrierung religiöser Vereinigungen, Bestimmungen über die Qualifikationen des Klerus, Zensur religiöser Literatur und Information, und sogar durch die Überwachung von Moscheen mit Sicherheitskameras. 2016 hat Duschanbe die einzige legal operierende islamische politische Kraft in Zentralasien verboten – die *Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans*. Andere zentralasiatische Staaten haben die Bildung religiöser Parteien sofort nach Erlangung der Unabhängigkeit verboten.

Der Zugriff der Regierungen auf die Praxis des Islam hat sich in den vergangenen Jahren noch verstärkt. Tadschikistan zum Beispiel hat Vorschriften zu privaten Feiern, Beerdigungen und Hochzeiten erlassen, Studentinnen das Tragen des Hidschab verboten und Minderjährigen untersagt, an öffentlichen religiösen Ritualen teilzunehmen. 2016 sind Berichte über erzwungene Bartrasuren und neue Einschränkungen bei der Pilgerfahrt nach

Mekka bekannt geworden. Auch Kasachstan hat die Einschränkungen religiöser Tätigkeiten verschärft, indem kasachische Bürger nach Hause beordert wurden, die an religiösen Institutionen im Ausland studierten. 2016 wurde zudem das neue *Ministerium für religiöse Angelegenheiten und Bürgergesellschaft* geschaffen, das Frauen verbot, in Bildungsinstitutionen Kopftücher zu tragen, und ankündigte, den Salafismus zu verbieten.

Die Instrumentalisierung des Islam, indem die Kategorie einer „offiziellen“ Religion geschaffen wurde, lieferte den Regierungen den notwendigen Rahmen zur Legitimierung der staatlichen Kontrolle religiöser Angelegenheiten. Die vage Kategorie eines „offiziellen“ Islam wurde mit einem Korpus an Texten, Praktiken, Institutionen und Individuen verbunden, die von den neuen religiösen Verwaltungsorganen genehmigt wurden. Nominell zwar unabhängig, agieren die neuen zentralasiatischen Muftiate, die ein Monopol über religiöse Bildung und die Organisation von Kontakten mit dem Rest der muslimischen Welt ausüben, als Staatsorgane. Zudem sind verschiedene Behörden zu religiösen Angelegenheiten innerhalb der zentralasiatischen Regierungsstrukturen für die Implementierung von Religionsgesetzen verantwortlich.

Islamische Gruppen und Bewegungen, die ihren Glauben außerhalb der staatlich geförderten religiösen Institutionen praktizieren, werden von den Muftiaten als pseudo-muslimisch angesehen, kriminalisiert und staatlicherseits verfolgt. Wie es der ehemalige usbekische Präsident Islam Karimov lapidar zum Ausdruck brachte, muss „*die falsche Art von Islam in Schach gehalten werden, falls notwendig mit unerbittlichen Mitteln*.“⁶ Der „offizielle“ hanafitische Islam wurde diskursiv mit der regionalen islamischen Tradition in Verbindung gebracht und mit positiven, subjektiven Bewertungen wie „aufgeklärt“, „spirituell“, „authentisch“, „gemäßigt“, „tolerant“ und „sensibel“ konnotiert.⁷ Inoffizielle islamische Praktiken werden als „fremd“, „rückständig“, „fanatisch“, „obskurantistisch“ und „gefährlich“ dargestellt. Muslime, welche die „falsche“ Glaubensart praktizieren, werden als „Barbaren“ und „ungebildete Menschen“ etikettiert, die ihre Macht unter dem Vorwand pseudo-islamischer Glaubenssätze auszuweiten versuchen.

Der Diskurs von der „islamistischen Gefahr“

Der Diskurs von der islamistischen Gefahr ist weder neu noch einzigartig für Zentralasien. In der Region wurde er durch das Auftauchen einiger heimischer und ausländischer islamistischer Gruppen befeuert, darunter auch solche, die den Jihad propagieren, sowie durch eine Reihe terroristischer Attacken, derer Islamisten beschuldigt wurden.⁸ Insgesamt ist jedoch die Mehrheit der zentralasiatischen Muslime, die ihre Religion als Teil ihrer ethnischen Identität, ihres Erbes und ihrer Kultur ansehen, gegenüber den fundamentalistischen Ausdrucksformen des Islam feindlich eingestellt. Nichtsdestotrotz haben die usbekischen und tadschikischen politischen Führer, die sich zu Beginn der Unabhängigkeit ihrer Staaten von einer religiösen Opposition herausgefordert sahen, wiederholt vor einer immanen Sicherheitsbedrohung durch den Islam gewarnt und sich für Sicherheitsstrategien im religiösen Bereich eingesetzt.

Obwohl die islamistischen Gruppen in Zentralasien eine beträchtliche Diversität an religiösen Vorstellungen, politischen Zielen und Strategien aufweisen, werden sie im offiziellen Diskurs über die islamistische Gefahr homogenisiert und zu Synonymen zu „Fundamentalismus“ und „Wahhabismus“ gemacht. Die Unbestimmtheit dieser Begriffe erlaubte es den Regierungen, sie selektiv anzuwenden, um jeden Widerspruch, sei er politisch, gesellschaftlich oder religiös, auszuschalten.

Die Entstehung gefährlicher islamischer Spielarten wurde externen Einflüssen angelastet, auch wenn die Mehrheit der

Analytiker darin übereinstimmt, dass das islamische Aufleben in Zentralasien eher durch lokale Entwicklungen vorangetrieben wurde, denn durch intellektuelles Gedankengut oder Proselytismus aus dem Ausland. Zwar war Zentralasien gegenüber ausländischen Einflüssen durch das Erscheinen radikaler islamischer Gruppen nicht immun, doch waren es interne Prozesse inklusive die staatliche Repression, die die Formierung solcher Gruppen auslösten.

Alle zentralasiatischen Regierungen haben versucht, die strukturellen und institutionellen Mängel, die durch ihre ineffiziente Herrschaft entstanden sind, auf die islamistische Gefahr abzuwälzen. Die islamistische Bedrohung wurde dafür verantwortlich gemacht, dass die staatlichen Bemühungen von öffentlichen und sozialen Programmen abgelenkt sowie politische und soziale Reformen verhindert wurden. Anders gesagt: Indem Islamismus als die Quelle des nationalen Bösen dargestellt wird, lenken die zentralasiatischen Führer von ihrer eigenen Verantwortung für sozioökonomische und politische Probleme ab. Der rhetorische Hype über die Bemühungen der Regierung, ihre Bürger vor der islamistischen Bedrohung zu schützen, wird dazu benutzt, die eigenen Regimes zu legitimieren: In Usbekistan hat der verstorbene Präsident Islam Karimov sein Land als die letzte Bastion gegenüber einem islamistischen Aufstand dargestellt. Der tadschikische Präsident bezeichnete sein Land als Staat an den Frontlinien im Kampf gegen den sog. Islamischen Staat. Die kasachische Regierung hat ihre Rolle im globalen Kampf gegen Terrorismus hervorgehoben.

Der Islam in Zentralasien ist enorm vielfältig. Er kommt in einer Vielzahl lokaler Praktiken und Vorstellungen zum Ausdruck, die sich während der jahrhundertlangen Geschichte der Islamisierung der Region mit dem kanonischen Islam verflochten haben (s. RGOW 10/2012, S. 20–23). Der Reichtum und die Diversität der zentralasiatischen islamischen Tradition lässt sich nicht auf simplifizierende Darstellungen des Islam als „traditionell“, „offiziell“ oder „radikal“ reduzieren. Insgesamt ist der Islam in Zentralasien sehr gemäßigt, weil einheimische Formen der hanafitischen Rechtsschule überwiegen und religiöse und ethnische/nationale Identitäten eng miteinander verbunden sind.

Die zentralasiatischen Regierungen haben diese Kategorien jedoch als Instrumente zur Machtlegitimation angewandt. Die Rhetorik vom „traditionellen“ Islam wurde zum Legitimierungswerkzeug in den Händen der regierenden Eliten, um Unterstützung aus dem Volk zu generieren. Die politischen Eliten in den zentralasiatischen Staaten zelebrieren den Islam als nationales Erbe und moralischen Kompass und gebrauchen die islamische Identität ihrer Staaten, um produktive Beziehungen mit anderen muslimischen Staaten aufzubauen. Dabei nehmen sie das Recht und sogar die Verantwortung für sich in Anspruch, den „traditionellen“ und „offiziellen“ Islam gegenüber gefährlichen ausländischen Einflüssen, die für den Fortschritt ihrer Länder schädlich seien, zu verteidigen und zu schützen. Diese Charakterisierungen des Islam werden verwendet, um die Homogenisierung islamischer Praktiken, Einschränkungen religiöser Ausdrucksformen und Repressionen im Namen des Kampfes gegen gewalttätigen Islamismus zu rechtfertigen. Alles in allem hat die Instrumentalisierung des Islam den zentralasiatischen Staaten die Möglichkeit eröffnet, gegen religiöse und säkulare abweichende Meinungen vorzugehen und anhaltende Mängel ihrer Regierungsweise zu verbergen.

Die Instrumentalisierung des Islam zahlt sich für die Regierungen kurzfristig aus, doch enthält sie langfristige Rückwirkungen. Indem die Regierungen Religion durch eine restriktive

Scheich Absattar Derbisali, bis 2013 Großmufti von Kasachstan, vor der Großen Moschee in Astana. Er ist seither Direktor des Suleimeinov-Instituts für Orientalische Studien in Almaty und vertritt den gemäßigten traditionellen Islam des Landes.

Foto: Jerome Taylor (Wikimedia Commons)



Politik und Diskurse zu kontrollieren versuchen, tragen sie ungewollt zur Entstehung von sozialen Kräften bei, die alternative islamische Ausdrucksformen bereitwillig aufnehmen, die sich zur Radikalisierung eignen könnten. Statt die zentralasiatischen Muslime davon abzuhalten, sich „inoffiziellen“ Formen des Islam zuzuwenden, könnte die staatliche Repression den gegenteiligen Effekt erzielen – die Entschlossenheit derjenigen stärken, die sich bereits festgelegt haben, und die Gemäßigten auf einen gefährlichen Pfad lenken.

Anmerkungen

- 1) Omelicheva, Mariya Y.: Islam and Power Legitimation: Instrumentalisation of Religion in Central Asian States. In: Contemporary Politics 122, 2 (2016), S. 144–163.
- 2) Hann, Chris; Pelkmans, Mathijs: Realigning Religion and Power in Central Asia: Islam, Nation-State and (Post)Socialism. In: Europe-Asia Studies 61, 9 (2009), S. 1517–1541, hier S. 1524. Muslime in Kirgistan betonen eher ihre Beziehungen zu ihrer eigenen Sippe als mit den anderen kirgisischen Muslimen, vgl. Biard, Aurélie: The Religious Factor in the Reification of “Neo-Ethnic” Identities in Kyrgyzstan. In: Nationalities Papers 38, 3 (2010), S. 323–335.
- 3) Ro'i, Yaacov; Wainer, Aron: Muslim Identity and Islamic Practice in Post-Soviet Central Asia. In: Central Asian Survey 28, 3 (2009), S. 303–322.
- 4) Epkenhans, Tim: Defining Normative Islam: Some Remarks on Contemporary Islamic Thought in Tajikistan – Hoji Akbar Turajonzoda's Sharia and Society. In: Central Asian Survey 30, 1 (2011), S. 81–96.
- 5) Olicheva, Mariya Y.: The Multiple Faces of Islamic Rebirth in Central Asia. In: Clowes, Edith; Bromber, Shelly (eds.): New Approaches to Area Studies in the Global Era: Community, Place, Identity. DeKalb, IL 2016, S. 143–158.
- 6) Human Rights Watch: Crackdown in the Farghona Valley: Arbitrary Arrests and Religious Discrimination, 1998: <http://www.hrw.org/hrw/reports98/uzbekistan>.
- 7) Vgl. Nursultan Nazarbayevs Rede über Islam, Orthodoxie und Protestantismus am XVI. Kongress der Nur Otan Partei in Astana am 11. März 2015: <https://en.tengrinews.kz/religion/Nursultan-Nazarbayev-speaks-about-Islam-Orthodoxy-and-259371/>.
- 8) Vgl. Omelicheva, The Multiple Faces (Anm. 5).

Übersetzung aus dem Englischen: Regula Zwahlen.

Mariya Y. Omelicheva, Dr., Associate Professor, Department of Political Science, University of Kansas, USA.

Frithjof Benjamin Schenk

Das Ende der Imperien und die Folgen für das östliche Europa

Der Erste Weltkrieg führte zum Ende der drei Imperien im östlichen Europa. An ihrer Stelle entstanden neue Nationalstaaten, die jedoch vielfach ebenso multiethnisch geprägt waren wie die untergegangenen Vielvölkerreiche. Die Pariser Vorortverträge beendeten keinesfalls die Kämpfe, sondern zwischen 1918 und 1921/22 kam es immer wieder zu Kriegen und bewaffneten Konflikten zwischen den Nachfolgestaaten. – S. K.

Als Anfang März 1917 der russische Zar Nikolaus II. seinen Rücktritt erklärte und am 11. November 1918 die Verzichtserklärung Kaiser Karls I. von Österreich-Ungarn publik wurde, zeigte sich in den Städten des Russländischen Reiches und der Habsburgermonarchie ein ähnliches Bild: Jubel der Massen. Nur wenige Jahre zuvor, im August 1914, hatten die Menschen an den gleichen Orten ihren Monarchen noch gehuldet und waren kampfesmutig und siegesgewiss in den Krieg für Gott, Kaiser und Vaterland gezogen. – Der verlustreiche Erste Weltkrieg versetzte allen drei Imperien im östlichen Europa – dem Habsburgerreich, dem Russländischen Reich und dem Osmanischen Reich – den Todesstoß. Gleichsam über Nacht verschwanden Vielvölkerreiche, die über Jahrhunderte das Leben der Menschen in der Region bestimmt und von deren Zerfall kurz vorher noch nicht einmal die Vorkämpfer der osteuropäischen Nationalbewegungen zu träumen gewagt hatten. An ihre Stelle trat eine Vielzahl neuer Nationalstaaten, die sich dezidiert vom erlittenen „Joch“ imperialer Fremdherrschaft abgrenzten und gleichzeitig – *volens volens* – zu Verwaltern des Erbes der untergegangenen Reiche wurden.

Der Erste Weltkrieg, der an allen Fronten Millionen Menschenleben forderte, trug maßgeblich zur Erosion und Delegitimierung imperialer Herrschaft im östlichen Europa bei. In der Forschung ist jedoch umstritten, ob die Imperien der Romanovs, Habsburger und Osmanen auch schon vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges dem Untergang geweiht waren, bzw. wie die Überlebenschancen der komplizierten Staatsgebilde ohne den Belastungstest des Weltkrieges ausgesehen hätten. Während früher die Geschichte imperialer Ordnungen meist von ihrem Ende her, das heißt vom vermeintlich zwangsläufigen Zerfall erzählt wurde – ganz in der Tradition von Edward Gibbons *Decline and Fall of the Roman Empire* (1776–1789) – fragt die vergleichende Imperienforschung heute verstärkt auch nach Faktoren, die es Vielvölkerreichen erlaubten, Krisen zu bewältigen und über Jahrhunderte Herrschaft über ausgedehnte Territorien und polyethnische und multikonfessionelle Untertanenverbände auszuüben. Im Folgenden soll nach den Ursachen und Folgen des Zerfalls der Imperien der Habsburger und der Romanovs für das östliche Europa gefragt und dabei auch die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg in den Blick genommen werden, das Osmanische Reich bleibt dabei aus pragmatischen Gründen ausgeklammert.

Systemwechsel und Desintegration

Das Ende imperialer Herrschaft in Österreich-Ungarn und Russland implizierte zum einen einen politischen Systemwechsel: den Rücktritt von Zar Nikolaus II. zugunsten einer bürgerlichen Provisorischen Regierung im Zuge der Februarrevolution 1917 und die von Kaiser Karl I. am 11. November 1918 unterzeichnete Verzichtserklärung, die den Machtverlust der Habsburger im eigenen Land jedoch nur formalisierte. Dem Kaiser war sein Reich zu diesem Zeitpunkt *de facto* schon abhandengekommen, denn neu gebildete Nationalräte – Vertretungen aller „Völker“ Cisleithaniens – übernahmen bereits Ende Oktober 1918 die lokale Macht, so auch in Deutschösterreich. Karls Sinnspruch *Indivisibiler ac inseparabiliter* („unteilbar und untrennbar“) hatte mit der politischen Realität bereits nichts mehr zu tun.

In Russland hatte die Provisorische Regierung im Frühjahr 1917 zunächst auch noch an der Vorstellung eines „einigen und unteilbaren Russlands“ festgehalten. Die neue Regierung war entschlossen, den Krieg gegen die Mittelmächte fortzusetzen und das vom Gegner besetzte Territorium im Westen des Reiches zurückzuerobern. Die politische Neuordnung des Reiches wollte man einer später zu wählenden Verfassungsgebenden Versammlung überlassen. Erst nach der Oktoberrevolution von 1917 und der Machtergreifung der Bolschewiki (s. RGOW 4–5/2017) erklärte Russland seinen Austritt aus dem Ersten Weltkrieg. Im Diktatfrieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 verzichtete Sowjetrußland auf seine Hoheitsrechte in Polen, Litauen und Kurland und musste die Ukraine und Finnland als unabhängige Staaten anerkennen. Estland, Livland und große Teile Weißrusslands blieben weiter von deutschen Truppen besetzt. Auch wenn die Ukraine und Weißrussland in den folgenden Jahren von der Roten Armee zurückerobert werden konnten, gelang es Polen, Finnland, Litauen, Lettland und Estland, sich 1918 aus dem russländischen Reichsverband zu lösen und sich als wiederhergestellte bzw. neue Nationalstaaten zu etablieren. Formalisiert wurden die neuen Grenzen zwischen Sowjetrußland bzw. der Sowjetukraine und Polen nach Ende des Polnisch-Sowjetischen Krieges am 18. März 1921 (Friedensvertrag von Riga). Lettland und Estland hatten die neuen zwischenstaatlichen Grenzen mit Sowjetrußland bereits 1920 (Friede von Dorpat und Friede von Riga) festgelegt. Somit vollzog sich der Zerfall imperialer Herrschaft in den Vielvölkerreichen der Habsburger und Romanovs nicht 1918, sondern in einem größeren Zeitraum zwischen 1917 und 1921.

Zwei ungleiche Brüder

In der Geschichte des Habsburgerreiches und des Russländischen Reiches lassen sich interessante Gemeinsamkeiten, aber auch signifikante Unterschiede feststellen. Bei beiden Staatsgebilden handelte es sich um große Kontinentalreiche mit einer kulturell, sprachlich und religiös äußerst heterogenen Bevölkerung. Während Kaiser Franz Joseph I. Anfang des 20. Jahrhunderts über rund 51 Mio. Menschen und zwölf „Völker“ regierte, wurden im Russländischen Reich in der Volkszählung von 1897 knapp 126 Mio. Untertanen des Zaren registriert. In der Volkszählung von 1910 gaben 12 Mio. Einwohner der Donaumonarchie (= 23 % der Gesamtbevölkerung) Deutsch als Umgangssprache an, 10 Mio. Ungarisch (19,6 %). Die dritte Stelle nahm Tschechisch mit 6,4 Mio. SprecherInnen (12,5 %) ein. Zur polnischen Sprachgruppe bekannten sich 5 Mio. Menschen (9,7 %). In Russland betrug 1897 der Anteil der Großrussen an der Gesamtbevölkerung 48 % (55,7 Mio. Menschen). An zweiter Stelle folgten die Ukrainer mit knapp 18 % (22,4 Mio.), an dritter die Polen mit 6 % (7,9 Mio.). – In beiden Fällen lässt sich der Aufstieg als imperiale Macht im östlichen Europa auf das 16. Jahrhundert datieren. Beide Staaten verließen den Ersten Weltkrieg als Verlierer und zerfielen nach dessen Ende, allerdings sollte es dem sowjetischen Nachfolgestaat des Zarenreiches im Laufe des folgenden Bürgerkrieges und später des Zweiten Weltkriegs gelingen, fast das ganze Territorium des vorrevolutionären Russlands in einem neuen Staatsverband mit imperialen Zügen wiederzuvereinen.

Seit den Teilungen Polens durch die drei „Mächte der Schwarzen Adler“ im späten 18. Jahrhundert waren das Habsburgerreich und das Russländische Reich Nachbarländer und ihr Schicksal, nicht zuletzt durch die „Polnische Frage“ eng miteinander verzahnt. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts kam es jedoch zu einer zunehmenden Entfremdung der beiden imperialen Mächte. Einen Wendepunkt in den zwischenstaatlichen Beziehungen markiert der Krimkrieg (1853–1856) und die sich verschärfende „Orientalische Frage“. Beide Großmächte strebten danach, die eigene geopolitische Stellung auf Kosten des geschwächten Osmanischen Reiches auszubauen. Auf dem Balkan, wo mit der Ermordung des Thronfolgers von Österreich-Ungarn, Erzherzog Franz Ferdinand, am 28. Juni 1914 schließlich der Initialfunke des Ersten Weltkrieges gegeben wurde (s. RGOW 7/2014, S. 10–13), trafen die imperialen Interessenssphären der beiden Großmächte unversöhnlich aufeinander.

In beiden Imperien diente ein ausgeprägter Kult um den Monarchen und die regierende Dynastie als wichtige Integrationsklammer des heterogenen Untertanenverbandes. Stützen des *ancien régime* waren daneben in beiden Ländern eine polyethnische, vorwiegend adelige, privilegierte Oberschicht. Zudem galten in beiden Reichen das Militär und die Bürokratie als Klammern der imperialen Ordnung. Für beide Imperien war der eigene Großmachtstatus eine zentrale Legitimations- und Existenzgrundlage. Fragen der Innenpolitik wurden in beiden Ländern im 19. Jahrhundert häufig jenen der Militär- und Großmachtpolitik untergeordnet. Als ökonomisch rückständige Länder sahen sich die Donaumonarchie und das Zarenreich im 19. Jahrhundert zunehmend mit der Aufgabe konfrontiert, bei der wirtschaftlichen, technischen und militärischen Entwicklung den Anschluss an die westlichen Großmächte, vor allem an das aufstrebende Deutsche Kaiserreich,

nicht zu verpassen. Die Folge war ein Industrialisierungs- und Modernisierungsschub in einzelnen Regionen der beiden Reiche mit den entsprechenden sozialen Folgen und Verwerfungen.

Mit Blick auf die gesellschaftliche und innenpolitische Entwicklung in beiden Reichen im 19. und frühen 20. Jahrhundert fallen jedoch auch signifikante Unterschiede ins Auge. Während in der Habsburgermonarchie bereits 1848 die Abhängigkeit der Bauern aus der Grundherrschaft beseitigt wurde, erfolgte die Abschaffung der Leibeigenschaft in Russland erst 1861 und die Entlassung der Bauern aus der Umverteilungsgemeinde (*mir*) erst nach 1906. Während im Habsburgerreich mit der Dezemberverfassung bereits 1867 der Weg in Richtung konstitutionelle Monarchie eingeschlagen wurde, mussten die Untertanen des Zaren bis 1905/06 auf die Einrichtung einer gewählten Volksvertretung (Duma) und die Gewährung von Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit warten.

Auch im Umgang mit den Forderungen der erstarkenden nationalen Bewegungen im eigenen Reich gingen die habsburgische und die russländische Reichsregierung unterschiedliche Wege. Auf die innenpolitische Krise von 1848/49 und die militärischen Niederlagen gegen Frankreich 1859 bzw. Preußen 1866 folgte 1867 mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich die Aufspaltung des Landes in zwei Reichshälften und die Schaffung einer Doppelmonarchie. Auf diese Art sicherte sich Kaiser Franz Joseph die Loyalität des ungarischen Adels. Ein ähnliches Ziel verfolgte die Reichsregierung 1869, als der Provinz Galizien und der polnischen Oberschicht weitgehende Autonomierechte eingeräumt und die Einführung des Polnischen als offizielle Amtssprache genehmigt wurde.

Zugeständnisse dieser Art waren im Russländischen Reich, insbesondere mit Blick auf Russisch-Polen undenkbar. Während man von Seiten der österreichischen Regierung zum Beispiel dem Aufblühen der ukrainischen Nationalbewegung in Galizien tatenlos und zum Teil sogar mit Wohlwollen zusah, ließ Zar Alexander II. in seinem „Emser Ukaz“ vom 30. Mai 1876 den Druck ukrainischsprachiger Schriften sowie Theateraufführungen in ukrainischer Sprache verbieten. Gleichzeitig untersagte der Kaiser den Import ukrainischsprachiger Schriften aus dem Ausland – nicht zuletzt eine Reaktion auf das Aufblühen der ukrainischen Kultur im österreichischen Galizien.

Auch die jüdischen Untertanen bekamen die unterschiedliche Haltung der beiden Reichsregierungen in Fragen der Religions- und Nationalitätenpolitik hautnah zu spüren. Während im Habsburgerreich die Jüdinnen und Juden bereits in den 1860er Jahren den anderen Untertanen gesetzlich gleichgestellt wurden, erfolgte die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung im Zarenreich erst nach der Februarrevolution von 1917. Bis zum Ersten Weltkrieg durften sich jüdische Untertanen des Zaren – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nur im sog. „Ansiedlungsrayon“, d. h. in den westlichen Gouvernements des Reiches niederlassen.

Unausweichlicher Zerfall der Imperien?

Mit Blick auf die Historiographie über die späte Habsburgermonarchie bzw. das ausgehende Zarenreich zeigt sich eine weitere interessante Parallele: In beiden Fällen sind sich HistorikerInnen uneins, ob die beiden Reiche im 20. Jahrhundert eine ernsthafte Überlebenschance gehabt hätten, wäre der Erste Weltkrieg nicht ausgebrochen. Diese Frage ist



Karte: Bibliothèque nationale de France, ark:/12148/btv1b530651380 (Ausschnitt)
 „L'Europe musicale“ druckte 1925 auf ihrer Titelseite diese Europakarte von ca. 1900 ab, auf der die an der Pariser Friedenskonferenz diskutierten neuen Grenzen von 1919 eingezeichnet sind. Als Ostgrenze Polens ist noch die Curzon-Linie eingezeichnet, die jedoch nach dem Polnisch-Sowjetischen Krieg weit nach Osten verschoben wurde. Albanien, dessen Nachkriegsgrenzen endgültig 1921 festgelegt wurden, ist noch als Teil Jugoslawiens eingezeichnet.

zugegebenermaßen spekulativ und gehört in den Bereich der kontrafaktischen Geschichte. Zudem sollte nicht vergessen werden, dass der Weltkrieg natürlich nicht als „externer Schock“ oder Naturkatastrophe über die beiden Imperien kam, sondern beide Regierungen einen maßgeblichen Anteil an jenen fatalen politischen Entwicklungen hatten, die zum Ausbruch des Krieges führten. Beide Länder waren 1914 zum Spiel mit dem Feuer bereit, um den eigenen Großmachtstatus zu verteidigen. Die Entscheidung der Habsburger, gegen Serbien Krieg zu führen, führte zu jener Krise, die letztendlich für den Kollaps des Reiches verantwortlich war (gleiches gilt, mit umgekehrten Vorzeichen, für Russland). Insofern lassen sich die Geschichte des Krieges und jene des Zerfalls der Imperien nicht voneinander isolieren.

Dessen ungeachtet erscheint die Frage berechtigt, ob und in welchem Maße sich die beiden imperialen Ordnungen bereits vor Ausbruch des Krieges in einer Krise befanden und zum Untergang „verdammte“ waren, oder ob 1913 die Zeichen der Zeit nicht eher auf ein erfolgreiches Weiterbestehen der beiden Vielvölkerreiche hindeuteten. In der Historiographie zum russländischen Reich stehen sich hier die sog. „Optimisten“ und die „Pessimisten“ gegenüber. Während letztere argumentieren, dass sich das späte Zarenreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits in einer so tiefen Systemkrise befunden habe und der Erste Weltkrieg nur jenem Stoß gleichkam, der den sprichwörtlichen „Koloss auf tönernen Füßen“ zum Einsturz brachte, argumentieren die Optimisten, dass sich das Zarenreich nach dem verlorenen Krieg mit Japan und der ersten russischen Revolution von 1905–1907 auf einem erfolgreichen Reformkurs befunden habe und nicht zuletzt die wirtschaftlichen Daten auf eine vielversprechende Entwicklung des Landes hindeuteten. Dieser Lesart zufolge markierte in erster Linie der fatale Entschluss der imperialen Elite, auf der Seite Serbiens

in den Krieg gegen Deutschland und Österreich-Ungarn zu ziehen, den Anfang vom Untergang des Zarenreiches.

Die Geschichtsschreibung über das späte Habsburgerreich kennt zwar keine eindeutige Lagerbildung in „Optimisten“ und „Pessimisten“. Dennoch fällt die Beurteilung des „Gesundheitszustands“ der Donaumonarchie im Jahr 1913/14 in der Habsburg-Historiographie sehr unterschiedlich aus. So betonten die einen, dass Österreich-Ungarn zu Beginn des 20. Jahrhunderts keineswegs am Rande des Abgrunds gestanden habe. Vielmehr sei es dem Land gelungen, die tiefgreifende Krise von 1848/49 erfolgreich zu überwinden und entsprechende Reformen des Staatsaufbaus einzuleiten. Vor dem Ende des Ersten Weltkrieges habe sich das Land so stabil und ökonomisch potent gezeigt, wie nie zuvor in seiner Geschichte. Auch die „nationale Frage“ habe Anfang des 20. Jahrhunderts deutlich an Schärfe verloren. Im Jahr 1918 sei das Reich vor allem deshalb zerfallen, weil es einen großen Krieg verloren habe.

Demgegenüber betonten kritischere Stimmen, dass es dem Habsburgerreich an einer Staatsidee gefehlt habe, und dass ein Land nicht als stabil betrachtet werden könne, dessen Zusammenhalt in erster Linie auf der Loyalität seiner Untertanen und der Armee zum Kaiser beruhe. Die Fragilität dieser Ordnung habe sich spätestens beim Tod Kaiser Franz Josephs im November 1916 gezeigt. Sein Nachfolger, Kaiser Karl I., konnte die von Franz Joseph hinterlassene Lücke nicht füllen und war von seinem Amt sichtlich überfordert. Zudem habe im späten 19. Jahrhundert die regional ungleiche ökonomische Entwicklung sowie wachsende soziale und nationale Bewegungen die zentrifugalen Kräfte innerhalb des Reiches verstärkt. Nicht zuletzt habe der „Ausgleich“ mit Ungarn 1867 und das Autonomiestatut Galiziens von 1869 jene nationalen Eliten von der Monarchie entfremdet, denen vergleichbare Zugeständnisse verwehrt blieben, insbesondere jene der Tschechen und Südslawen. Als sich Kaiser Karl I. am 16. Oktober 1918 mit einem Manifest an „Meine getreuen österreichischen Völker“ wandte, ihnen die Bildung von Nationalräten versprach und so versuchte, den Zerfall Cisleithaniens aufzuhalten, kam dieser Schritt bereits viel zu spät.

Ob all die genannten Faktoren zu einem Sturz der Monarchie und einem Zerfall des Reiches geführt hätten, wäre dem Habsburgerreich die Belastungsprobe des Ersten Weltkrieges erspart geblieben oder hätten die Mittelmächte gar den Krieg gewonnen, muss Spekulation bleiben. Als folgenreich erwies sich zweifelsohne, dass sich im Verlauf des Krieges in den Planungsstäben der Entente-Mächte der Blick auf das Habsburgerreich grundlegend änderte. Betrachtete man die Donaumonarchie vor dem Krieg noch als unverzichtbar für das Mächtegleichgewicht in Europa, setzte sich um 1918 die Idee durch, die Zerschlagung der Habsburgermonarchie in einzelne Nationalstaaten sei der Schlüssel für die Befriedung des östlichen Europas. Die Lobbyisten verschiedener osteuropäischer

Nationalbewegungen hatten maßgeblich zu diesem Sinneswandel in den westeuropäischen Hauptstädten und Washington beigetragen.

Nach dem Zerfall

Die Idee von einem dauerhaften Frieden im östlichen Europa nach der Zerschlagung der Habsburgermonarchie und dem Ende des Russländischen Reiches erwies sich schnell als Illusion. Sowjetrussland, der neue Paria der europäischen Staatenfamilie, hatte an der Gestaltung der Nachkriegsordnung, die in den Vorortverträgen von Paris festgeschrieben wurde, keinen Anteil und blieb isoliert. Ungeachtet dessen, dass noch kurz zuvor polnische, tschechische, kroatische, slowenische, bosnische, ruthenische, ungarische und deutsch-österreichische Soldaten in den Schützengräben Seit an Seit für den Kaiser des Habsburgerreiches gekämpft hatten, gingen Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien als Sieger, die Republik Österreich und Ungarn dagegen als Verlierer aus dem Ersten Weltkrieg hervor. Und obwohl offiziell die Waffen ruhen sollten, flammten zwischen 1918 und 1921 immer wieder neue Kämpfe zwischen den Armeen der neu entstandenen und zum Teil bis aufs Messer verfeindeten Nachfolgestaaten auf. Galizien wurde zum Schauplatz von Gefechten zwischen Polen, Ukrainern sowie russischen Verbänden der „Roten“ und „Weißen“, in der Bukowina entflammten Kämpfe zwischen rumänischen und ukrainischen Einheiten, in Ungarn rangen kommunistische und bürgerliche Einheiten um die Macht. Daneben führte Ungarn Krieg gegen seine neuen Nachbarn, die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien. Dort, wo vormals die *Pax Austria* das relativ friedliche Zusammenleben verschiedener Ethnien, Religionen und Konfessionen garantiert hatte, war ein großflächiger europäischer Bürgerkrieg ausgebrochen. Auch auf dem Territorium des ehemaligen Russländischen Reiches forderte der nach dem bolschewistischen Staatsstreich ausgebrochene Bürgerkrieg Millionen Opfer.

Als wichtigen Leitgedanken für eine europäische Nachkriegsordnung hatte der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 in seinem 14-Punkte-Programm das – erstmals von Lenin proklamierte – Selbstbestimmungsrecht der Völker formuliert. An die Stelle der „Völkerkerker“ der osteuropäischen Kontinentalreiche sollten, so die Idee, möglichst ethnisch homogene Nationalstaaten treten, die ihren Bürgern die Möglichkeit politischer, ökonomischer und kultureller Entfaltung bieten und die Beziehungen zu den Nachbarn friedlich gestalten sollten. Als in den Friedensverträgen von Paris die Grenzen der Nachfolgestaaten der Vielvölkerreiche festgelegt wurden, orientierte man sich jedoch vielfach nicht an Sprach- oder anderen kulturellen Grenzen. Vielmehr wurde häufig schlicht der territoriale Status quo nach dem Ende der zwischenstaatlichen Gefechte im Nachklang des Ersten Weltkriegs festgeschrieben. Somit ähnelten viele der nach 1918 geschaffenen „Nationalstaaten“ mit Blick auf ihre Bevölkerungszusammensetzung den untergegangenen Imperien: Polen hatte eine Minderheitenbevölkerung von über 20 %, Rumänien von 28 %, Jugoslawien war ein Vielvölkerstaat wie das Habsburger oder das Osmanische Reich.

Auch die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben der Nachfolgestaaten der osteuropäischen Imperien wurde bald

enttäuscht. In den Friedensverträgen von St. Germain mit Österreich (September 1919) und Trianon mit Ungarn (Juni 1920) wurden beiden Ländern hohe Reparationen auferlegt und beiden die Wiederbewaffnung verboten. Der Republik Österreich, die mehrheitlich von Deutsch-Österreichern bewohnt wurde, wurde der Anschluss an das benachbarte Deutschland untersagt. In Ungarn ist das „Trauma von Trianon“ bis heute noch nicht gänzlich überwunden. Das Land verlor durch den Friedensvertrag zwei Drittel seines Vorkriegs-Territoriums. Über drei Millionen ethnische Ungarn fanden sich nach 1918 als nationale Minderheit in den Nachbarstaaten wieder. Der erbitterte ungarische Revisionismus in der Nachkriegszeit war eine große Bürde für die nachbarschaftlichen Beziehungen mit der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, die vor diesem Hintergrund einen anti-ungarischen Bündnisvertrag („Kleine Entente“) abschlossen. Auch zwischen Italien und Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Polen sowie zwischen Polen und Litauen schwelten in den Folgejahren Grenzkonflikte.

Die Verlierer der europäischen Nachkriegsordnung waren zum einen jene nationalen Gemeinschaften, deren Traum von nationaler Unabhängigkeit sich bald wieder zerschlug, so zum Beispiel jener der Ukrainer. Zum anderen konnten sich auch die zahlreichen nationalen Minderheiten in den Nachfolgestaaten der Imperien nicht immer darauf verlassen, dass ihr in den Friedensverträgen verbrieftes Recht auf nationale Selbstbestimmung auch eingehalten würde. Polen und Rumänien betrachteten diese Regelungen beispielsweise als Einschränkung ihrer Souveränität und machten nationalen Minderheiten immer wieder das Leben schwer.

Mit besonders nostalgischem Blick schauten viele Juden auf die untergegangene Habsburgermonarchie zurück. Rund 300 000 jüdische Männer hatten im Ersten Weltkrieg voller Patriotismus für den Kaiser gekämpft, unter ihnen 25 000 Offiziere. In fast allen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie (die demokratische Tschechoslowakei ausgenommen) sollte sich die soziale und politische Lage der Juden in den Folgejahren verschlechtern. Angesichts der imaginierten Gefahr eines „Jüdäo-Bolschewismus“ aus dem Osten und der sich verschärfenden ökonomischen Lage in den späten 1920er Jahren sahen sich die Juden in den meisten Staaten Ostmitteleuropas mit einem wachsenden Antisemitismus konfrontiert. Vor diesem Hintergrund kann es nicht erstaunen, dass zahlreiche jüdische Schriftsteller, wie z. B. Stefan Zweig oder Joseph Roth nach 1918 in ihren Werken das friedliche Nebeneinander der Kulturen und Konfessionen in „Kakanien“ nostalgisch verklärten.

Literaturhinweise

Barkey, Karen; van Hagen, Mark (eds.): After Empire. Multiethnic Societies and Nation-Building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires. Boulder (CO) 1997; **Lieven, Dominic:** Empire. The Russian Empire and its Rivals. London 2000; **Judson, Peter:** Habsburg. Geschichte eines Imperiums. 1740–1918. München 2017.

Frithjof Benjamin Schenk, Prof. Dr., Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Basel.

Julija Nabereschnaja

Das Weltnaturerbe „Westkaukasus“ in Gefahr

Der Westkaukasus zählt zu den elf Stätten des russischen UNESCO-Weltkulturerbes. Mit den Olympischen Winterspielen 2014 im angrenzenden Sotschi begann jedoch eine rege Bautätigkeit, die das Kaukasus-Naturreservat zunehmend bedroht und die Biodiversität gefährdet. Gesetzesänderungen höhlen den Naturschutz aus und erlauben die Einrichtung von als „Biosphären-Polygonen“ getarnten Skikurorten innerhalb des Weltnaturerbes. Deshalb droht die unrühmliche Aufnahme des Gebiets in die Rote Liste des gefährdeten Welterbes. – R. Z.

1999 erhielt der Westkaukasus den Status eines Weltnaturerbes (Objekt Nr. 900). Diese praktisch unberührten, schwer zugänglichen Hochgebirgsgebiete auf einer Fläche von fast 300 000 Hektaren hatten vor der Revolution von 1917 dem Zaren und Großfürsten als Jagdgebiete gedient.

Das Kaukasus-Naturreservat

Zentraler Teil des Weltnaturerbes „Westkaukasus“ ist das 1924 von Christofo Schaposchnikov initiierte „Kaukasus-Naturreservat“. Es umfasst den Naturpark „Großer Tschatsch“ sowie die Naturdenkmäler „Gebirgsrücken Bujnyj“, „Oberlauf des Flusses Zize“ und „Oberlauf der Flüsse Pschecha und Pschetschascha“ in der nordkaukasischen Republik Adygeja. Der Gebirgswaldbestand, der neben dem Reservat noch einige kleinere, besonders schützenswerte Naturgebiete umfasst, liegt im westlichen Teil des Großen Kaukasus an den Oberläufen der Nebenflüsse Malaja Laba und Belaja des Kuban-Flusses, im Süden grenzt es an den kaukasischen Hauptgebirgskamm (russ. *Glavnyj Kavkazskij chrebet*), wo die Flüsse Msymta und Schache entspringen. An der Vorbereitung der Nomination zum Weltnaturerbe waren folgende Organisationen beteiligt: der Naturschutzbund Deutschland (NABU), das Institut für Geographie der Russischen Akademie der Wissenschaften, die Dresdner Technische Universität, die Arbeitsgruppe „Nordkaukasus“, Greenpeace Russland und das Kaukasus-Naturreservat.

Das Gebiet zeichnet sich durch stark ausgeprägte Höhenstufen aus, die zu den weitläufigsten Gebirgswaldreservaten in Europa zählen. Wald macht nicht weniger als 60 Prozent der Fläche aus. Die Flora zählt mehr als 3 000 Arten, wobei jede dritte von ihnen als endemisch gilt, und jede zehnte als Relikt aus früheren Epochen. Hinzu kommen etwa 250 Vogelarten, einschließlich hier nistender seltener Raubvögel – Steinadler, Bartgeier, Flussadler, Gänsegeier etc. Unter den etwa 80 Arten von Säugetieren sind die größten der Wisent, der kaukasische Edelhirsch, der westkaukasische Auerochse, eine kaukasische Unterart des Braunbärs und der Wolf. Die lokale Wisentherde, die einige hundert Tiere zählt, ist besonders wertvoll. Bekanntlich war der Wisent in Europa und dem Kaukasus sehr weit verbreitet, doch später wurde er fast vollständig ausgerottet: Anfang der 1920er Jahre wurden die letzten frei lebenden Tiere erschossen. Einzig Sondermaßnahmen und vor allem das 1924 eingerichtete Kaukasus-Naturreservat ermöglichten das Überleben des praktisch verschwundenen Tiers. Von besonderer

Bedeutung ist auch das Projekt der Einführung des vorderasiatischen Leopards in dem Gebiet.¹

Insgesamt sind auf dem Gebiet mehr als 6 000 Pflanzen- und Tierarten bekannt, was es zu einem einzigartigen Zentrum der Biodiversität nicht nur des Kaukasus, sondern ganz Europas macht. Einige Arten gelten als selten oder aussterbend und befinden sich sowohl auf der russischen als auch der internationalen „Roten Liste gefährdeter Arten“. Die außergewöhnliche landschaftliche und biologische Vielfalt des kaukasischen Naturreservats und seiner Umgebung erlauben die Behauptung, dass die Region für den ganzen Großen Kaukasus in höchstem Maße repräsentativ ist.²

Folgen der Olympischen Winterspiele 2014

Bei der Nomination des „Westkaukasus“ als Weltnaturerbe hatten Experten ursprünglich vorgeschlagen, einen Teil des Sotschier Nationalparks, der im Süden an das staatliche Kaukasus-Naturreservat grenzt, in das Kontingent des Weltnaturerbes zu integrieren. Das ist jedoch aufgrund der Gelüste der Besitzer des Hochgebirgs-Skibusiness bisher nicht gelungen, die für die einzigartigen Naturgebiete ganz andere Pläne haben.

Der Sotschier Nationalpark war der erste Nationalpark in Russland und wurde 1983 geschaffen. Unbestritten ist die Einzigartigkeit seiner Naturgebiete, die den größten Bestand an Tertiärrelikten der Kolchis-Flora aufweisen. Zudem gibt es im Sotschier Nationalpark zahlreiche historisch-archäologische Denkmäler, darunter megalithische Gräber, Kalendersteine und Felsbilder sowie Fundstücke aus dem Paläolithikum sowie der byzantinischen Periode, die für das kulturhistorische Erbe von größter Bedeutung sind.³

Doch während der Vorbereitung zur Winterolympiade von 2014 (s. RGOW 7–8/2018, S. 21–23) und auch danach wurden dem einzigartigen Gebiet durch den Bau und die Erweiterung der Skiorte kolossale Schäden zugefügt. Die ökologischen Folgen dieser gewaltigen Transformation der Landschaften müssen zwar noch detailliert erforscht werden, doch ist unübersehbar, dass die Erschließung des Südhangs des kaukasischen Hauptgebirgskamms und des Flusstals der Msymta für die Olympischen Spiele von 2014 das Gebirgsökosystem wesentlich verändert haben. Deutlich wird dies u. a. an einer territorialen Umverteilung der Huf- und Raubtiere und den Schwierigkeiten, das Gebiet zu schützen. Die zahlreichen neuen Wege haben entfernte Waldreviere zugänglich gemacht, verursachen Unruhe für



Foto: Sergei Kazantsev (Wikimedia Commons)

Vom Kurort Rosa Chutor an der Msymta gelangt man direkt in das Skigebiet mit den für die Olympischen Winterspiele 2014 angelegten Abfahrtsstrecken.

die Tiere, fragmentieren deren Weideflächen und fördern das Eindringen adventiver Arten. Die Abholzung des Waldes an den Hängen verursachte Erdrutschprozesse, Murgänge und Erosionen der Bodendecke.⁴ Einen gewaltigen Schaden angerichtet hat die Invasion der Buchsbaumzünsler (*Cydalis perspectalis*), die 2012 zusammen mit Pflanzenmaterial zur Begrünung der Olympiaflächen in das Gebiet gekommen sind. Die Raupen haben den Bestand des Kolchischen Buchsbaums auf dem Gebiet des Kaukasus-Naturreservats sowohl südlich als auch nördlich des Kaukasischen Hauptgebirgskamms fast zu 99 Prozent zerstört. So hat Russland den ältesten (bis zu 600 Jahre) Bestand an kolchischen Buchsbäumen verloren, einer Art, die auf der Roten Liste gefährdeter Arten der Russischen Föderation aufgeführt ist.⁵ In den kommenden Jahrzehnten wird sich zeigen, wie andere Arten, deren Lebensfähigkeit direkt oder indirekt mit dem Buchsbaum verbunden ist, auf die Eingriffe reagieren.

Zur Kompensation der naturräumlichen Schäden verpflichtete sich Russland bereits vor der Olympiade auf einen Maßnahmenplan, der unter Mitwirkung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und führender Experten ausgearbeitet wurde. Gemäß Punkt 4.1. dieses „Maßnahmenplans zu Fragen der Wiederherstellung des Ökosystems des Msymta-Flusses, des komplexen ökologischen Monitorings und der Vorbereitung von Kompensationsmaßnahmen im Rahmen der ökologischen Begleitung der XXII. Olympischen Winterspiele und der XI. Paralympischen Winterspiele in Sotschi“⁶ sollte ein Teil der Böden des Sotschier Naturreservats (der obere Teil des Flusstals der Msymta, 14km vor der Mündung des Flusses Psluch in den See Kardyvatsch) in den Bestand des Kaukasus-Naturreservats aufgenommen werden. Doch diese vorolympischen Verpflichtungen wurden nicht umgesetzt. Stattdessen wurden die Gebiete an die Gesellschaft „Rosa Chutor“ vermietet, die das gleichnamige Skigebiet der Olympischen Winterspiele betreibt.

Gefährdung durch „Biosphären-Polygone“

Das staatliche Kaukasische Biosphären-Naturreservat, der Sotschier Nationalpark und das Sotschier Naturreservat stellen einen einzigen Naturkomplex dar, der von unschätzbbarer Bedeutung ist. Die Hauptgefahr droht diesem Komplex durch die Erweiterungspläne der Skikurorte von „Gazprom“ und „Rosa Chutor“.⁷ Zu deren Realisierung wurden einige normative Rechtsakte angenommen, die die bestehende Naturschutz-Gesetzgebung wesentlich schwächen. Die 2014 vorgenommenen Gesetzesänderungen zum

Bau der olympischen Infrastruktur auf besonders geschützten Gebieten sind bisher nicht wieder aufgehoben worden. Auf Initiative des russischen Naturministeriums wurde am 30. November 2011 das Föderale Gesetz Nr. 365-F3 angenommen, das den Bau von Hotels, Sport- und Tourismusobjekten in den Schutzgebieten wie auch die Verpachtung von Landstücken ermöglichte. Trotz der Versprechen, die Bauprojekte auf die für die Winterolympiade notwendige Infrastruktur zu beschränken, wächst die Infrastruktur der Kurorte weiterhin.

2015 erließ das russische Ministerium für Naturressourcen auf Initiative der Besitzer des Skiortes „Rosa Chutor“ Bestimmungen zur Veränderung der funktionalen Zonierung des Sotschier Nationalparks und des Sotschier Naturreservats und gestattete so den Bau von „Biosphären-Polygonen“ (Hotels, Hütten, Skipisten). Das Edikt Nr. 451 des Natur-Ministeriums vom 29. Oktober 2015 transferierte einen bedeutenden Teil des Gebiets aus der besonders schützenswerten Zone des Sotschier Nationalparks in eine Rekreationszone, wo der Bau von Sportobjekten erlaubt ist. Auch das Sotschier Naturreservat war von den Änderungen betroffen: Das Edikt Nr. 452 erlaubt auf seinem Territorium den Bau von Objekten der Tourismus-Industrie. 2016 kam es zu weiteren Gesetzesänderungen, die für das russische Naturschutzsystem die schwerwiegendste Schwächung seit 1961 bedeuteten.⁸ Am 3. Juli 2016 wurde das Föderationsgesetz Nr. 254-F3 verabschiedet, das die Möglichkeit der Aussonderung von „Biosphären-Polygonen“ innerhalb der Territorien von Naturreservaten vorsieht. Faktisch erlaubt das Gesetz damit den Bau von beliebigen Sport- und Tourismusobjekten und mit ihnen verbundener Infrastruktur innerhalb der staatlichen Biosphären-Naturschutzgebiete.

Auf der Grundlage dieser Änderungen reichten die Firmen „Gazprom“ und „Rosa Chutor“ bei der russischen Regierung einen Antrag zur Schaffung von neuen „Biosphären-Polygonen“ auf dem Gebiet des Kaukasus-Naturreservats ein, das den Kern des Weltnaturerbes „Westlicher Kaukasus“ darstellt. Diese „Polygone“ sollen im südlichen Teil des Reservats gebaut werden. Dadurch soll das Territorium der bisherigen Skikurorte auf 31 000 Hektaren der geschützten Gebiete ausgeweitet werden, davon gehören mehr als 22 000 Hektaren zum Kaukasus-Naturreservat. Es geht um den Oberlauf des Flusses Uruschten, das Bergmassiv Pseaschka, den Flussoberlauf Malaja Laba, den Gebirgskamm Aischcha, die Tour-Berge und den Oberlauf der Msymta einschließlich des Kardyvatsch-Sees. Die Gesellschaft „Rosa Chutor“ baut bereits eine Autostraße dahin.

Das Kaukasus-Naturreservat hat seinen Biosphären-Status aufgrund eines Entscheids des Internationalen Koordinationsrats des UNESCO-Programms „Mensch und Biosphäre“ vom 19. Februar 1979 erhalten. Infolge mehrfacher Korrekturen der Konzeption von Biosphären-Reservaten im Rahmen der Entwicklung des *World Network of Biosphere Reserves* der UNESCO wurde der Akzent von Aufgaben des Naturschutzes zu einer breiteren Integration von Aktivitäten im Bereich der ökonomischen Entwicklung verschoben. Die Besonderheit der Biosphären-Naturreservate in Russland ist nun aber die Schaffung von „Biosphären-Polygonen“ innerhalb ihrer Gebiete. Gegenwärtig kann der „Biosphären“-Status dem Weltnaturerbe im Kaukasus viel Schaden zufügen, weil es ermöglicht, unter dem Deckmantel der Bezeichnung „Biosphären-Polygon“ den Ausbau und die Erweiterung von Skikurorten zu betreiben. Diese Pläne

führen unvermeidlich zu einer Degradierung der Naturkomplexe und zum Verlust ihres universalen Werts. Die Pachtverträge des Kurorts „Rosa Chuta“ zur Erweiterung der Infrastruktur wurden bereits 2017 ausgestellt und stellen die erste Etappe auf dem Weg zur Aussonderung von „Biosphären-Polygonen“ im Kaukasus-Naturreservat zwecks Expansion der Kurorte dar.

Ein negatives Beispiel für die Schaffung eines Skikurorts als „Biosphären-Polygon“ mit entsprechenden Versuchen, diese Gebiete aus dem Bestand des Kaukasus-Naturreservats und des Weltnaturerbes herauszulösen, gibt es bereits. Das „Wissenschaftliche Zentrum „Biosphäre““ in Lunnaja Poljana in der Region des Fischt-Bergs wird zurzeit zum präsidialen Skikurort ausgebaut. Gegen die Empfehlungen der UNESCO, die an jährlichen Planungssitzungen zwecks Umwandlung des Skikurorts Lunnaja Poljana in ein echtes wissenschaftliches Zentrum gemacht wurden, wurde bereits 2008 entschieden, die Territorien des Kurorts „Lunnaja Poljana“ aus dem Bestand des Kaukasus-Naturreservats auszugliedern.

Ein neuer Eintrag auf der Liste „Welterbe in Gefahr“?

Eine Verbesserung der gesetzlichen Regelungen der besonders schützenswerten Naturterritorien der Sotschi-Region ist von internationaler Bedeutung, weil sie erstens mit der Bewahrung des UNESCO-Weltnaturerbes „Westkaukasus“ zusammenhängt, und zweitens mit den Verpflichtungen Russlands, die im Rahmen der Vorbereitungen zur Durchführung der olympischen Winterspiele 2014 eingegangen wurden.⁹

Bereits die Auszonung des Gebietes des Sotschier Naturreservats aus der Naturschutzzone und die weitere Erschließung des Msymta-Tals üben einen kolossalen, vom Menschen verursachten Druck auf die angrenzenden Gebiete des Kaukasus-Naturreservats aus und erschweren deren Schutz erheblich. Die immer weiter wachsende Infrastruktur der Skikurorte am Oberlauf der Msymta gefährdet zudem die Trinkwasserversorgung der Stadt Sotschi aufgrund der sich in letzter Zeit verstärkenden Sommertrockenheit.

Das Komitee für das UNESCO-Welterbe hat bereits mehrfach auf Gefährdungen hingewiesen, unter anderem auf die Pläne zur Erschließung des Oberlaufs der Msymta.¹⁰ Im Beschluss 42COM 7B.80 bekräftigte das Welterbe-Komitee seine Position, dass der Bau einer großmaßstäblichen Infrastruktur auf dem Plateau Lagonaki oder in jeder anderen Region innerhalb des Weltnaturerbe-Objekts ein Grund für dessen Platzierung auf der „Liste von Welterbe in Gefahr“ sein wird. Große Sorge bereitet dem Komitee zudem, dass Grundstücke zur Ausarbeitung von Investitionsprojekten in großen Maßstab verpachtet werden, die mit Sport und Erholungsaktivitäten verbunden sind und direkt an das Gebiet des Weltnaturerbes angrenzen bzw. auf dem Gebiet des Sotschier Naturreservats und des Sotschier Nationalparks angelegt sind. Das Komitee hat die russische Regierung aufgefordert, derartige Projekte nicht zu genehmigen, sofern sie einen negativen Einfluss auf den herausragenden universalen ökologischen Wert des Weltnaturerbe-Objekts haben können.

Im April 2019 ist ein staatliches ökologisches Gutachten über eine neue Infrastruktur („Lift R“) des Skikurorts „Rosa Chutor“ am Südhang des Gebirgskamms Aibga im Sotschier Nationalpark zu einem positiven Ergebnis gekommen. Das zeigt, dass die Skikurorte weiterhin ausgeweitet und die Empfehlungen der UNESCO ignoriert werden. Wenn die Pläne zum Ausbau der



Foto: Sergei Kazantsev (Wikimedia Commons)

Auch das Gebiet um den Kardvyatsch-See ist durch den Bau von sog. „Biosphären-Polygonen“ bedroht.

touristischen Infrastruktur auf dem Gebiet des Weltnaturerbes wie auch an seinen Rändern weiterhin ohne die notwendige ökologische Bewertung umgesetzt werden, könnte der „Westkaukasus“ bald in die Rote Liste des „gefährdeten Welterbes“ aufgenommen werden.

Anmerkungen

- 1) Kudaktin, Anatolij N.; Trepet, Sergej A.: Perspektivy vozroždenija populjacji barsa (leoparda) na Kavkaze. In: Sostojanie sredy obitanija i fauna ochotnič'ich životnych Rossii. Moskau 2008, S. 123–129.
- 2) <http://www.nhpfund.ru/nominations/western-caucasus.html>.
- 3) Tuniev, Boris S.: Informacija o sovremennom sostojanii i negativnom vozdejstvii na vydajuščichsja universal'nuju cennost' ob'ekta vsemirnogo prirodnogo nasledija „Zapadnyj Kavkaz“ sopredel'nych s nim territorij Sočinskogo nacional'nogo parka“. In: Trudy Sočinskogo nacional'nogo parka, vyp. 12, Sotschi 2018.
- 4) Kudaktin, Anatolij N.: Postolimpijskie problemy osobo ochranjaemych prirodnich territorij Zapadnogo Kavkaza. In: Judachinskije čtenija „Geodinamika i ekologija Barenc-regiona v XXIV. Materialy dokladov. Vserossijskaja naučnaja konferencija, 15.–17.09.2014. Archangel'sk 2014, S. 118–122.
- 5) <http://krasnodar.rcfh.ru/news/6060.html>.
- 6) Vgl. <https://library.olympic.org/Default/doc/SYRACUSE/48498/2007-2008-environment-and-sustainability-report-the-organizing-committee-of-the-xxii-olympic-winter>.
- 7) <http://m.greenpeace.org/russia/ru/high/news/2018/28-06-Greenpeace-WWF-Unesco/#WznE-NokU6B.facebook>.
- 8) 1961 schloss die UdSSR 16 Naturreservate und kürzte acht weitere um 491 200 Hektaren.
- 9) Krejndlin, Michail, Naberežnaja Julija: Territorija ob'ekta vseirnogo prirodnog nasledija Zapadnyj Kavkaz – kandidat dlja vključenija v spisok „Nasledie pod ugrozoi“. Vortrag am „The World Heritage Watch Forum – 2019“, 4.–5.02.2019, Paris.
- 10) <http://whc.unesco.org/en/soc/3758>.

Übersetzung aus dem Russischen: Regula Zwahlen.

Julija Nabereschnaja, Leiterin der Sektion für Ökologie und rationale Naturnutzung der Abteilung der Russischen Geographischen Gesellschaft in Sotschi, Russland.

Devin N. Naar

Thessaloniki – das „Jerusalem des Balkans“

Besucht man heute Thessaloniki, stößt man nur vereinzelt auf Zeugnisse der jüdischen Vergangenheit der Stadt, obwohl sie bis zum Ersten Weltkrieg eine mehrheitlich jüdische Bevölkerung hatte. In den Nachkriegsjahrzehnten tat sich Thessaloniki schwer mit der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit, erst in jüngster Zeit wird die reiche jüdische Vergangenheit der Stadt wieder vermehrt thematisiert und an sie erinnert.

Als ich meinem Großvater vor über 15 Jahren sagte, dass ich nach Thessaloniki bzw. nach Salonika reise, wie die Stadt auf *Ladino* (Judäo-Spanisch) heißt, fragte er mich warum. Dort sei „nichts übriggeblieben“, versicherte er mir – womit er nichts Jüdisches meinte. Er selbst hatte die Stadt 1924 als Junge verlassen und war nie wieder zurückgekehrt. „Am Meer sollte ein großer Turm stehen“, informierte er mich, „vielleicht ist er immer noch da“. Als ich ihm sagte, dass der Turm immer noch existiert, war er erfreut. 2012 kam ich wieder nach Salonika, um an einer Konferenz zur Geschichte der Stadt teilzunehmen, und seitdem bin ich noch mehrmals dort gewesen.

Der Weiße Turm, der auf das Mittelmeer hinausschaut, ist das Wahrzeichen der Stadt. Wie so vieles in der zweitgrößten Stadt Griechenlands, ist seine Geschichte umstritten. Die Osmanen erbauten den Turm im 16. Jahrhundert, aber einige Einheimische erinnern ihn als byzantinisches oder venezianisches Monument. Ein paar Tage nach meiner Ankunft im Oktober 2012 versammelten sich Politiker, Militär, Kleriker und tausende Einwohner – viele in traditioneller Tracht – in der Nähe des Turms, um des 100. Jahrestags der „Befreiung“ der Stadt von der osmanischen Herrschaft zu gedenken. Jeder, einschließlich mir, starrte mit großer Erwartung aufs Meer, woher bald ein Marinekampfhubschrauber eintraf. Die offiziellen Vertreter luden eine kunstvolle Ikone mit einer Darstellung von Maria und Jesus aus, die eigens für diesen Anlass vom Berg Athos gebracht worden war. Metropolit Anthimos (Roussas) von Thessaloniki hielt eine leidenschaftliche Rede und erinnerte die Versammelten an die Opfer der Einwohner der Stadt ein Jahrhundert zuvor, als sie während der Balkankriege 1912/13 die türkische „Besatzung“ abgeschüttelt hätten. Er betonte die untrennbare Verbindung zwischen der Orthodoxen Kirche von Griechenland, der griechischen Nation und der christlich-griechischen Identität der Stadt.

Anschließend hielt Thessalonikis damaliger, 2011 neu gewählter Bürgermeister, Giannis Boutaris, ein ruhig sprechender 70-Jähriger, eine Rede zur glorreichen Geschichte der Stadt. Innerhalb kürzester Zeit griffen ihn zwei orthodoxe Priester verbal an. „Anathema“, rief einer, bevor er von der Polizei weggeschafft wurde. Andere in der Menge sympathisierten mit den wütenden Priestern: „Verschwinde, Boutaris“, schrie eine Frau. Der Grund ihrer Wut war klar: Boutaris vermied eine exklusivistische nationalistische Hardliner-Rhetorik. Stattdessen malte er eine von den Rechten sehr unterschiedliche Zukunft aus, indem er darauf hinwies, dass nicht nur Christen, sondern auch Muslime und Juden die Stadt jahrhundertlang als ihre

Heimat bezeichnet hatten. „Wir können nicht in die Zukunft schauen, ohne die Vergangenheit zu kennen“, erklärte Boutaris gegenüber der *Jerusalem Post*. „Nicht umsonst wurde die Stadt das Jerusalem des Balkans genannt. Und sie könnte es wieder sein“, fügte er hinzu.

Jüdisches Zentrum

Seit der Antike lebten Juden in der Stadt. Der Apostel Paulus predigte im 1. Jahrhundert zu griechisch-sprachigen Juden (*Romanioten*) und seitdem gab es eine mehr oder weniger kontinuierliche jüdische Präsenz in der Stadt. Die jüdische Gemeinschaft blühte im 16. Jahrhundert auf, als Salonika ein wichtiger Zufluchtsort für die aus Spanien und Portugal vertriebenen sephardischen Juden wurde. Unter der osmanischen Herrschaft fügten die sephardischen Juden der einen aschkenasischen Synagoge drei Dutzend weitere Synagogen hinzu, basierend auf ihren Herkunftsorten auf der iberischen Halbinsel sowie in Italien und Nordafrika. Salonika wurde nicht nur zu einem Zentrum rabbinischer Gelehrsamkeit, sondern auch für ein frühneuzeitliches hebräisches Verlagswesen. Sie war der Geburtsort von Schlomo Alkabez, des Autors der Sabbat-Hymne *Lecha Dodi*. Und hier erarbeitete Joseph Karo seinen berühmten Kodex des jüdischen Rechts, den *Bet Josef* („Haus des Josef“). Mitte des 16. Jahrhunderts stellten Juden die Hälfte der Stadtbevölkerung und bildeten eine der größten jüdischen Gemeinschaften in der frühneuzeitlichen Welt. Das Bild des goldenen Zeitalters von Salonika im 16. Jahrhundert als Zufluchtsort und Zentrum jüdischer Gelehrsamkeit wurde mit dem Ausdruck „Jerusalem des Balkans“ beschworen.

Es gibt aber auch ein modernes Bild der Stadt, das an diese Bezeichnung erinnert. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts trat Salonika erneut als regionales Zentrum in Erscheinung – eine kosmopolitische Metropole und ein wirtschaftliches Zentrum an der Kreuzung von Europa und dem Nahen Osten. Die in Paris gegründete *Alliance Israélite Universelle* stattete eine neue Generation jüdischer Studenten mit moderner Bildung und beruflichen Fähigkeiten aus. Die Herausgabe von Zeitungen sowie Theater in *Ladino* florierten. Die jüdische Bevölkerung von Salonika umfasste alle sozialen Schichten: bedeutende Industrielle, die die erste städtische Getreidemühle, Brennerei sowie Ziegeleien und Tabakfabriken gründeten, Hafenarbeiter, Fischer, Tabakarbeiter, Schuhputzer, Anwälte, Lehrer, Zollbeamte, Näherinnen, Rabbiner, Kürbiskern- und Limonadeverkäufer und Halva-Macher. 1909 entstand eine bedeutende



Der Weiße Turm, zu osmanischen Zeiten erbaut, gilt als Wahrzeichen von Thessaloniki. Foto: Stefan Kube

Arbeiterbewegung, die *Sozialistische Arbeiterföderation*, in der sich vor allem jüdische, aber auch griechische, türkische und bulgarische Arbeiter organisierten. 1911 hielt sich David Ben-Gurion mehrere Monate in der Stadt auf und erklärte, dass Salonika „die einzige jüdische Arbeiterstadt in der Welt“ sei. Die Rolle der Juden war so groß, dass der Hafen und praktisch die ganze Stadt am Samstag aufgrund der Beachtung des Sabbats geschlossen waren. Zur Jahrhundertwende war die jüdische Bevölkerung das demographisch dominierende Element: sie stellten ca. 80 000 bis 90 000 der 170 000 Einwohner der Stadt. Nach dem Zusammenbruch der osmanischen Herrschaft 1912 plädierten führende jüdische Kaufleute für eine Umwandlung ihrer „erfolgreichen Zitadelle“ in einen autonomen jüdischen Stadtstaat.

Salonika in der Zwischenkriegszeit

Doch Salonika wurde in den griechischen Nationalstaat eingegliedert. In den folgenden drei Jahrzehnten veränderte sich die politische Kultur und das sozio-ökonomische Aussehen der Stadt – viele Juden verließen Salonika und emigrierten nach Frankreich, in die USA (so wie meine Familie) und nach Palästina. 1917 zerstörte ein Großbrand das Stadtzentrum und machte 50 000 der mehr als 70 000 jüdischen Einwohner obdachlos. Vielen wurde von Seiten des Staates nicht erlaubt, ihren Besitz wiederaufzubauen, stattdessen wurden sie aus dem Stadtzentrum verdrängt. Die Ankunft von mehr als 100 000 griechischen Flüchtlingen aus der Türkei in den 1920er Jahren veränderte zusätzlich die soziale Dynamik, und in den 1920er und 1930er Jahren waren die Juden mit wachsendem Druck seitens des Staates wie ihrer Nachbarn konfrontiert, ihre Sprache aufzugeben und ihre Loyalität gegenüber dem griechischen Staat zu beweisen. Der Staat zwang die jüdische Bevölkerung, in einem separaten Wahlausschuss zu wählen, um ihren Einfluss auf die nationale Politik zu dämpfen. 1931, inmitten der Großen Depression kam es zu einem ersten antisemitischen Angriff in der Stadt.

Salonikas Juden reagierten auf vielfältige Weise auf die sich verändernden Dynamiken, wie die unterschiedlichen Perspektiven der nicht weniger als zehn jüdischen politischen Parteien in der Zwischenkriegszeit zeigen: religiöse und säkulare Zionisten, Diaspora-Nationalisten, Kommunisten und Sozialisten, Assimilierte und Integrationisten, und es gab sogar eine Gruppe jüdischer Faschisten in der Stadt. Die jüdische Gemeinschaft

unterhielt jüdische Schulen, ein rabbinisches Gericht, eine Reihe berühmter Stadtviertel und über 20 philanthropische Institutionen. Hinsichtlich des Familienrechts unterstanden die Juden weiterhin den Entscheidungen der Rabbiner, und Heiraten zwischen Juden und Christen blieben illegal (bis 1982, es sei denn jemand konvertierte zur anderen Religion). Auch die kulturelle Produktivität in Ladino ging weiter und erreichte in den 1920er Jahren seinen Höhepunkt, gleichzeitig wuchs allerdings auch die Aneignung der griechischen Kultur. Wenn auch zögerlich fühlten sich jüngere Juden in Griechenland zu Hause: viele junge jüdischer Männer dienten in der griechischen Armee.

Als die deutschen Besatzungstruppen im April 1941 eintrafen, lebten 50 000 Juden in der Stadt. Im Frühjahr und Sommer 1943 deportierten die Nationalsozialisten, manchmal mit Unterstützung lokaler Kollaborateure, fast die ganze jüdische Bevölkerung nach Auschwitz-Birkenau, wo sie ermordet wurden. Schätzungsweise 20 Prozent der Stadtbevölkerung „verschwand“, wie es euphemistisch nach wenigen Monaten in der griechischen Umgangssprache hieß. Von den mehr als 50 Synagogen überlebte nur eine, die vom Roten Kreuz als Lager genutzt wurde. Das bauliche Erbe wurde von den deutschen Truppen zerstört, als sie aus der Stadt flohen; die übrig gebliebenen Reste baute schließlich die lokale orthodoxe Bevölkerung ab.

Antisemitische Rhetorik und neue Offenheit

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Thessaloniki zu einer Grenzstadt von zweitrangiger Bedeutung, die Griechenland gegen die kommunistische Bedrohung verteidigte. Diese Ängste spiegelten sich auch darin wider, dass Thessalonikis Administration für die nächsten 60 Jahre besonders konservativ war. Vom engstirnigen Nationalismus seiner politischen Vorgänger hob sich die Aufgeschlossenheit von Bürgermeister Giannis Boutaris, einem tätowierten vormaligen Weinbauer, der sich an seine jugendliche Liebesbeziehung mit einem jüdischen Mädchen erinnerte, besonders stark ab. Zudem stand sie im Widerspruch zum Chauvinismus von Kirchenführern wie Metropolit Anthimos und vieler Einwohner der Stadt. Aber eines ist offenkundig: Obwohl die jüdische Präsenz und Abwesenheit in Thessaloniki und Griechenland für Jahrzehnte Tabuthemen gewesen sind, werden sie in zunehmenden Maße im öffentlichen Diskurs behandelt – sowohl in vielversprechender als auch in beunruhigender Weise.

Wie in anderen Teilen Europas war die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 ein Segen für die nationalistische Rechte in Griechenland und führte zum Wiederaufleben antisemitischer Rhetorik. Die rechtsextremistische, antimuslimische und antisemitische Partei *Chrysi Avgi* („Goldene Morgenröte“) erreichte bei den Parlamentswahlen im Juni 2012 18 von 300 Sitzen im griechischen Parlament (s. RGOW 6/2013, S. 9–11). „Es gab keine Öfen. Das ist eine Lüge“, behauptete der Parteivorsitzende Nikolaos Michaloliakos im griechischen Fernsehen im Mai 2013. Und er fügte hinzu: „Und es gab auch keine Gaskammern.“ Damit folgte er dem rechtsextremen Journalisten Kostas Plevris, den die jüdische Gemeinschaft von Griechenland 2007 wegen seiner wiederholten Leugnung des Holocaust und des Anstachelns von antisemitischer Gewalt vor Gericht gebracht hatte. Das Berufungsgericht sprach Plevris jedoch frei – die Leugnung des Holocaust ist in Griechenland von der Meinungsfreiheit geschützt. Eine Richterin stimmte mit Plevris

überein, dass die Juden mit schändlichen Mitteln die Welt zu kontrollieren versuchten. Zudem las Ilias Kasidiaris, von 2012 bis 2019 Abgeordneter der Chrysi Avgi, im Oktober 2012 laut eine Passage aus den „Protokollen der Weisen von Zion“ bei einer Parlamentssitzung vor, ohne von seinen Kollegen kommentiert oder gerügt worden zu werden. Ein anderer früherer Abgeordneter der Chrysi Avgi, Artemis Matthaiopoulos, spielte Bass in der Nazipunk-Band „Pogrom“, bevor er als Vertreter der Stadt Serres, nicht weit von Thessaloniki gelegen, gewählt wurde. Der Titelsong von Pogroms Album war „Auschwitz“ und sein Text ist abscheulich.

Boutaris seinerseits erklärte öffentlich, dass die meisten Anführer der Chrysi Avgi ins Gefängnis gehörten. 2018 wurde er sogar von einer Gruppe Ultranationalisten angegriffen und musste im Krankenhaus behandelt werden. Statt die Grenzen zu schließen, wollte er sie öffnen – in der Hoffnung, so die Erneuerung der Stadt zu fördern. Zu diesem Zweck suchte er die Beziehungen zur Türkei und Israel zu stärken, indem er Muslime und Juden als Touristen zur Rückkehr in die Stadt einlud, die ihre Gemeinschaften einst bevölkert hatten. Zum Teil war diese Strategie erfolgreich: Sowohl der Tourismus aus der Türkei als auch aus Israel nimmt zu. Regelmäßige Flüge verbinden nun Tel Aviv und Thessaloniki, ein Zeichen der griechisch-israelischen Annäherung. Obwohl Griechenland zu den ersten Ländern gehörte, das vor der Balfour-Erklärung 1917 die Schaffung eines jüdischen Homelands in Palästina unterstützte, war Griechenland das letzte EU-Land, das 1991 den Staat Israel offiziell anerkannte. Mit der Abkühlung der Beziehungen zwischen der Türkei und Israel im Zuge des Ship-to-Gaza-Zwischenfalls 2010 haben sich die griechisch-israelischen Beziehungen weiterhin verbessert. In den letzten Jahren haben die beiden Länder gemeinsame Militärübungen durchgeführt, in der Cybersicherheit und Satellitentechnologie zusammengearbeitet und planen zusammen mit Zypern eine Gaspipeline durch das östliche Mittelmeer.

Zusammen mit Boutaris kandidierte Hasdai Capon, ein lokaler jüdischer Geschäftsmann, als Vizebürgermeister. Nach dem Wahlsieg wurde Capon der erste gewählte jüdische Vertreter im Stadtrat seit 1936. Capon war Vizebürgermeister für ökonomisches Management und hat die Schulden der Stadt erheblich reduziert. Simon Bensasson, ebenfalls ein Jude aus Thessaloniki, war 2019 Präsident des Stadtparlaments.

Debatte über jüdische Präsenz

Im Gegensatz zu den Holocaustleugnern von der Chrysi Avgi war Boutaris, dessen Amtszeit 2019 endete, der erste Bürgermeister der Stadt, der sich für eine öffentliche Erinnerung an den Holocaust einsetzte. Zuvor hatte zumeist Stille geherrscht. Die zunehmende offene Debatte über die jüdische Präsenz und den Holocaust erschloss sich mir schon bei meiner Ankunft 2012: Mein Taxifahrer, der sich über mein ordentliches Griechisch freute, fragte mich, nachdem er erfahren hatte, dass ich jüdisch bin, ob ich gekommen sei, um das Haus meiner Familie zurückzufordern. Diese Frage ist keineswegs müßig: Die wenigen Überlebenden, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Thessaloniki zurückkehrten, stießen auf in ihren Häusern lebende Christen. Die Restitution der mehr als 10 000 „verlassenen“ jüdischen Immobilien ist bis heute ungelöst.

Während meines Besuchs 2012 wohnte ich im Hotel Amalia an der Ermou-Straße im Stadtzentrum, in direkter Nachbarschaft



FIG. 128. — Israelitas españoles, vendedores de naranjas y semillas en Salónica.

Foto: Wikimedia Commons

Jüdische Obstverkäufer in Thessaloniki 1905.

zum Modiano-Markt, einem der wenigen Orte in Thessaloniki, der noch einen jüdischen Namen trägt. Seltsamerweise war die erste Sprache, die ich hörte, Hebräisch. Einige ältere israelische Touristen standen plaudernd vor dem Hotel. Wir sprachen zuerst auf Hebräisch und dann auf Ladino. Ihre Familien hatten ebenfalls vor dem Krieg in Thessaloniki gelebt und waren – genauso, wie es sich Bürgermeister Boutaris erhofft hatte – gekommen, um zu sehen, was aus der Stadt geworden ist.

Ich traf zwei Freunde zum Abendessen und zu einem nächtlichen Spaziergang durch das Stadtzentrum. Diese dreißigjährigen Freunde kamen aus Familien von griechisch-jüdischen Holocaustüberlebenden und gehören zu den relativ wenigen Juden, die im heutigen Thessaloniki leben (vielleicht 1 000 von einer Million Einwohner im Ballungsraum der Stadt). Diejenigen, die heute noch dort leben, und insbesondere die jüngeren haben ein tiefgreifendes Interesse an der Vergangenheit der Stadt und den übriggebliebenen Spuren. So nahmen sie mich mit zu einer Tour zu jüdischen Gebäuden, erhaltenen Inschriften und Orten, wo vormals jüdische Gemeindeinstitutionen standen.

Die Konferenz, der ich 2012 beiwohnte, hatte den Titel: „Thessaloniki: Eine Stadt in Transition 1912–2012“. Das offizielle englischsprachige Programm-Material vermied nationalistische Rhetorik und sprach nicht von der „Befreiung“ der Stadt „von den Türken“, noch von ihrer „Befreiung“ durch die Griechen 1912. Die Wahl von Mark Mazower, Professor für Geschichte an der Columbia University, als Eröffnungssprecher offenbarte den relativ offenen Zugang der Konferenzorganisatoren zur Vergangenheit der Stadt. Mazowers Buch „Salonica. City of Ghosts“ von 2005 platzierte die Stadt und ihre multikulturelle Vergangenheit auf der internationalen wissenschaftlichen Landkarte. Die griechische Übersetzung des Buches wurde zu einem Bestseller und zwang die Einwohner der Stadt, sich zum ersten Mal direkt mit der ganzen Geschichte auseinanderzusetzen.

Aber obwohl an der Konferenz bestimmte kontroverse Aspekte der Vergangenheit der Stadt offen diskutiert werden konnten, blieben andere im Stillen verborgen. Die Deportation von Salonikas Juden durch die Nazis ist eine unbestrittene Tatsache. Aber die jahrhundertelange Geschichte der Juden wurde nahezu auf diesen Moment reduziert. Die Juden treten in diesem Narrativ nur 1943 mit ihrer Deportation und Ermordung in fremden Ländern auf. 2008 lehnte die Stadtverwaltung den



Überreste eines jüdischen Grabsteins im Hof der Rotunde. Das jüdische Jahr 5664 begann am Abend des 22. September 1903 und endete am 9. September 1904.

Foto: P. Vasiliadis (Wikimedia Commons)

Vorschlag ab, dass Thessaloniki der „Vereinigung der Märtyrerstädte“ beitrifft, einem Netzwerk von 90 Orten im ganzen Land, das an Massaker an der griechischen Zivilbevölkerung während der deutschen Besetzung 1941 bis 1944 erinnert. Thessalonikis Stadtverwaltung lehnte den Vorschlag mit zwei bemerkenswerten Erklärungen ab: dass die Vernichtung der Juden außerhalb Griechenlands stattgefunden habe, und dass die Juden erst seit 1492 in der Stadt gelebt hätten.

Der anonyme Blogger „Abravanel“, einer der wenigen, der engagiert über jüdische Themen in Griechenland berichtet, wies darauf hin, dass insbesondere der zweite Punkt deprimierend war, da er die gut dokumentierte 2000-jährige Präsenz der Juden in der Stadt, also noch vor ihrer Vertreibung aus Spanien, leugnete. Es ist zudem eine bittere Ironie angesichts der Tatsache, dass die Vorfahren der heute in Thessaloniki lebenden wenigen Juden dort für über ein Jahrhundert lebten, während die meisten der griechisch-orthodoxen Einwohner erst im 20. Jahrhundert ankamen, hauptsächlich als Flüchtlinge aus der Türkei.

Universität auf dem jüdischen Friedhof

Mit Boutaris als Bürgermeister wurden auch Diskussionen zur Umgestaltung des schlichten und leicht mehrdeutigen Holocaust-Denkmal angestoßen. Dieses war 1997 errichtet worden, als Thessaloniki Kulturhauptstadt Europas war, und 2006 an einen zentraleren Ort versetzt, als der israelische Präsident Mosche Katzav die Stadt besuchte. Es gab Vorschläge, Steintafeln mit Namenslisten aller Opfer der Nazis in Thessaloniki hinzuzufügen. Obwohl dies niemals umgesetzt wurde, enthält das Konzept eines zukünftigen monumentalen Grabsteins für Salonikas Juden eine schmerzhaft Ironie, da der einstige riesige jüdische Friedhof – also dort, wo einst tatsächlich Grabsteine standen – während der deutschen Besetzung vollständig verschwunden ist. Die Geschichte der Zerstörung des jüdischen Friedhofs – einstmals einer der größten in Europa – war bis 2014 von Schweigen umhüllt. Der Friedhof umfasste die Fläche von 80 Fußballfeldern und beherbergte hunderttausende Gräber, einschließlich solchen von berühmten Persönlichkeiten, die bis ins späte 15. Jahrhundert zurückreichten: von den Töchtern von Joseph Karo und von dem berühmten Arzt Amato Lusitano, der als einer der Entdecker des Blutkreislaufs gilt.

Die schmerzliche Wahrheit ist, dass die Stadtverwaltung und die Aristoteles-Universität von Thessaloniki von der deutschen Besetzung profitierten, um einen Plan umzusetzen, der bereits zuvor seit mehr als einem Jahrzehnt in Entwicklung war: den jüdischen Friedhof zu enteignen und den Campus der Universität auf ihm zu erweitern. Auf Kosten der Stadtverwaltung verwüsteten 500 Arbeiter mit Spitzhacken im Dezember 1942 den Friedhof. An seiner Stelle wurde die Universität erbaut. Als ich 2012 die Stadt besuchte, wies keine Markierung oder Zeichen daraufhin, dass der frühere jüdische Friedhof unter dem Universitätscampus liegt. Angesichts der bewundernswerten Stimmung auf der Konferenz und der verbreiteten Bereitschaft, über die nationalsozialistischen Deportationen zu sprechen, war es alarmierend, einem Vortrag eines Professors von der Universität zuzuhören, der über die Erweiterung des Campus seit den 1930er Jahren sprach. Den jüdischen Friedhof erwähnte er kein einziges Mal.

Trotz dieses Schweigens schlichen sich Spuren des jüdischen Friedhofs in die Nachrichten. Vor der Wirtschaftskrise 2008 begann die Stadtverwaltung mit dem Bau einer U-Bahn. Als beim Bau der Haltestelle für die Universität Überreste des jüdischen Friedhofs ausgegraben wurden, entbrannte eine hitzige Debatte. Der Blogger Abravanel schlug vor, die zukünftige Haltestelle „Jüdischer Friedhof“ statt „Universität“ zu nennen, oder dass wichtige archäologische Funde dauerhaft ausgestellt werden. Weder dieser Vorschlag noch der Bau der U-Bahn sind sehr weit gediehen. Im Dezember 2012 machte ein Bericht internationale Schlagzeilen, dass Thessalonikis Polizei über 600 Fragmente von jüdischen Grabsteinen in der westlichen Ecke der Stadt gefunden hat. Die jüdische Gemeinschaft kam in den Besitz der Fragmente und transferierte sie zum jüdischen Nachkriegsfriedhof, der im Vorort Stavroupolis liegt. So ist der Nachkriegsfriedhof ist faktisch zu einem Friedhof für Grabsteine geworden.

Dass die „Entdeckung“ der Grabsteinfragmente als berichtenswert erachtet wurde, ist auch insofern bemerkenswert, wenn man bedenkt, in welchem Ausmaß sich deren Spuren in jedem Teil der Stadt finden lassen. Nach der Zerstörung des Friedhofs verwendeten die Stadtverwaltung, die Universität, die Kirchen und Einwohner die marmornen Grabsteine in der ganzen Stadt als Baumaterial: zum Pflastern von Straßen, zum Auskleiden von Latrinen sowie zum Bau des Innenhofs des Nationaltheaters von Nordgriechenland und der Cafeteria des Jachtclubs von Thessaloniki. Die Nazis benutzten sie auch zum Bau eines Schwimmbads. Einige wenige Grabsteine mit hebräischen Inschriften lassen sich noch auf dem Universitätscampus finden. Andere kann man aufgestapelt in Kirchenhöfen oder hinter der Rotunde des Galerius sehen; oder eingebaut in verschiedene Bauten, wie in den Boden der Kirche Hagios Demetrios, den zentralen Navarinou-Platz und anderswo. Der lokale jüdische Apotheker Iosif Vaena rettet lose Grabsteinfragmente und lagert sie in seiner Apotheke, bevor er sie dem jüdischen Museum der Stadt übergibt.

2014 schließlich wurden sich die Aristoteles-Universität, die jüdische Gemeinschaft von Thessaloniki und das Büro von Boutaris einig, das sieben Jahrzehnte währende Schweigen offiziell zu brechen und anzuerkennen, dass der Universitätscampus auf dem zerstörten jüdischen Friedhof erbaut wurde. Ein schlichtes, aber rührendes Denkmal mit Inschriften in Ladino, Griechisch, Hebräisch, Französisch und Englisch wurde auf einem eher

verborgenen Teil des Campus errichtet. Aber auch bei diesem mutigen Akt war die ganze Wahrheit zu viel: So schreibt die Inschrift auf dem Monument die Zerstörung des Friedhofs den „nationalsozialistischen Besatzungstruppen und ihren Kollaborateuren“ zu. Die Inschrift fährt fort, dass sich die jüdischen Gräber bis 1943 auf diesem Land erstreckten, „als die Kräfte des Bösen alles Menschliche vernichteten, aber Menschen waren ihnen nicht genug. Sie wollten auch die Erinnerung auslöschen. Und wie sie die Lebenden in den Tod schickten, zerstörten sie die Gräber der Toten und verstreuten ihre Gebeine. Diejenigen, die hier begraben sind, starben zum zweiten Mal.“ Obwohl es die Rolle der Kollaborateure bei der Zerstörung des Friedhofs anerkennt, ordnet das Denkmal die Initiative und Verantwortung auffallend deutlich den Nazis zu. Das Denkmal schließt an einen langjährigen Trend an, der die primäre – wenn nicht ausschließliche – Verantwortung für die Zerstörung des Friedhofs den deutschen Besatzungskräften zuschreibt – und entschuldigt so die lokalen Behörden.

Zunehmende historische Forschung

Während eines Abendessens bei der Konferenz 2012 fragte ich einen älteren griechischen Kollegen, warum sich nicht mehr griechische Wissenschaftler mit der Geschichte der Juden in Salonika befassen. Zuerst stellte er es als Sprachproblem dar: „Wir können kein Ladino“. Aber wenn ein Doktorand in Griechenland wirklich französische Geschichte studieren wollte, würde er oder sie nicht Französisch lernen? Der Kollege antwortete mir mit der Erzählung, dass seine Eltern, griechisch-orthodoxe Christen, während des Zweiten Weltkriegs zur Schule gingen. Eines Tages seien die Juden nicht mehr in der Schule erschienen. Niemand weinte, niemand klagte und es gab keine öffentlichen Anzeichen von Trauer. Dies, so sagte er, ist der Grund, warum nicht mehr griechische Wissenschaftler Ladino lernen und nicht über die jüdische Geschichte schreiben.

Aber vielleicht ändert sich auch das. Die ersten, die über die jüdische Geschichte schrieben, waren Salonikas Juden selbst. Wissenschaftlerinnen wie Rena Molho, die die jüdischen Historiker der Zwischenkriegszeit wie Joseph Nehama, Michael Molho und Isaac Emmanuel aufgriffen, fügten die jüdische Bevölkerung in den 1980er Jahren wieder in die Geschichte von Thessaloniki und Griechenland ein. Aufbauend auf diesen Bemühungen gründeten lokale jüdische und christliche Intellektuelle eine Gruppe zur Erforschung der Geschichte der Juden von Griechenland und führten ein regelmäßiges Seminar an der Universität Makedonien (auf der anderen Straßenseite der Aristoteles-Universität) ein. In einem beispiellosen Schritt anerkannte der neue Minister für Makedonien und Thrakien am Holocaust-Gedenktag am 27. Januar 2013 Thessaloniki nicht nur als Stadt von Aristoteles, sondern auch von Schlomo Alkabez. 2016 schließlich eröffnete die Aristoteles-Universität einen neuen Lehrstuhl für Jüdische Studien, gefördert von der jüdischen Gemeinschaft.

Heutige Orte jüdischen Lebens

Obwohl ihre Mitglieder heute nur noch weniger als zwei Prozent der Vorkriegsbevölkerung ausmachen, existiert die jüdische Gemeinde von Thessaloniki unter der Leitung ihres Vorsitzenden David Saltiel weiter. Die einzige erhaltene Vorkriegssynagoge wurde jüngst renoviert und wird zu hohen

Feiertagen und bei wichtigen Ereignissen im Lebenslauf, wie Hochzeiten, genutzt. Am anderen Ende der Stadt steht ein anderes der wenigen erhaltenen jüdischen Gebäude: *Matanoth Laevionim*, das auch während der deutschen Besatzung als jüdische Suppenküche diente. Mein Großonkel war in deren Kollegium, bevor er zusammen mit seiner Frau und zwei Kindern nach Auschwitz deportiert wurde, wo sie umgebracht wurden. Heute dient das Gebäude als jüdische Gemeindeschule mit über 40 Schülern.

Die religiöse Führung kommt heute aus Israel, und manche Einheimische beklagen den Verlust von charakteristischen Traditionen von Salonika. Während meines Besuchs 2012 traf ich den 80-jährigen David Saltiel, einen der letzten Juden, die mit der unverwechselbaren Liturgie und Melodien von Salonika eng vertraut sind. Saltiel hatte die Traditionen von Mosche Halegua erlernt, dem letzten in Thessaloniki geborenen Rabbi, der vor mehr als 20 Jahren verstarb, und fürchtet, dass die Liturgie von Salonika verloren geht, wenn er stirbt. Zum Glück hat er ein Album von berühmten judeo-spanischen Liedern aufgenommen, das Aspekte der reichen Volkstradition der jüdischen Gemeinschaft bewahrt.

Der primäre Ort zur Bewahrung des jüdischen Salonika ist das Jüdische Museum von Thessaloniki als wichtigstes öffentliches Gesicht der Gemeinschaft. Seit seiner Eröffnung 2003 hat das Museum, das der mehr als 2000-jährigen Geschichte der jüdischen Präsenz in der Stadt gewidmet ist, mehrere wichtige Ausstellungen kuratiert. Das Museum beginnt mit dem Tod – nicht mit dem Holocaust selbst, aber mit dem jüdischen Friedhof: das Museum öffnet in einen Flur mit geretteten jüdischen Grabsteinen vom Friedhof. 2016 hat die deutsche Regierung zehn Mio. Euro zum Bau eines Holocaust-Museums und Bildungszentrums für Menschenrechte nahe der Eisenbahn, von wo die Juden nach Auschwitz deportiert wurden, zugesagt. Das Museum befindet sich noch im Bau.

* * *

Meine griechisch-jüdischen Freunde, die mich 2012 nachts durch die Stadt führten, erinnerten mich daran, dass trotz der Annäherungsversuche von Boutaris, der Hoffnungen der Leitung der jüdischen Gemeinde und der Aktivitäten von Intellektuellen das breitere Klima in der Stadt und im Land ambivalent bleibt. Nach wiederholten Angriffen auf das Denkmal für den jüdischen Friedhof auf dem Universitätscampus erklärte Boutaris 2019: „Auch wenn sie das Denkmal hunderte Male zerstören, werden wir es 110 Mal wieder instand setzen.“ Nach dem Rücktritt von Boutaris 2019 sind die Zukunftsaussichten ungewiss. Als Enkel von Salonika hoffe ich meinen Freunden beim Erzählen ihrer Geschichte zu helfen.

Übersetzung aus dem Englischen: Stefan Kube.

Bei dem Beitrag handelt es sich um eine erweiterte Version eines Artikels, der 2013 erstmals in der Jewish Review of Books erschien.

Devin N. Naar, Dr., Isaac Alhadeff Professor in Sephardischen Studien und Ass. Professor für Geschichte am Stroum Center für Jüdische Studien der Universität Washington.